

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 13. Dezember 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten folgende Parteibeiträge ein:

Machen, soz. Verein, 3. Quart. 07 74,95. Groß-Berlin a Konto seiner acht Wahlkreise 12.000.— (darunter: Tischlerei Schupke, Königsbergerstr. 7, 10.—, Schneider, Sebastianstr. 1.—, Möbelfabrik Hümel 50.—, Dr. Veitram 10.—, A. B. Wüster 1.—, Monatsbeitrag G. Naichke 10.—, Sechserklasse der Firma Hamburger Kaffeimport E. Fenzelmann 10.—, Bierprocente von den Kollegen der Argus-Motorwerke 22,50, Tischlerei Vorshmidt u. Löwenthal 25.—, Alt 5.—, von den Möbelpolierern der Firma Raumann u. Sohn durch Gzlewicz 5,45, Tischlerei Fern u. Alb. Schulz, Vogthagenstr. 20,70, Sportverein „Ehrlichkeit“ 10.—, Tischlerei John, Pester u. Co. 5.—, Juno Doppelsoffen 1.—, Bierprocente A. John, Wicnerstr. 10, 30.—, Tischlerei Raumann u. Umar 30.—, Sommer, Gitschinerstr. 80, 3,50, Tischlerei Lude, Vogthagenstr. 31a, 10.—, Dietrich 3.—, Kranzüberwurf, Kollegen der Firma Stimmel u. Friedrichsen 10,80, ein Referat des Gen. Müller 6.—, Referat des Gen. Wurm 8.—, Rigdorf, Bezirk 20b, durch A. Sch. 3.—, Ehrlich, für Mertens 20.—, Sparverein „Hammer“ 5,80, Roter Stern, Schwarz und weiße Schale, Juli bis Dezember 6.—, A. 5,60, von Mitgliedern der Union-Druckerei 5,75, Gutenberg 87.—, von Büttler überwieien 28.—, von Rollenbühr überwieien 300.—, Berlin, diverse Beiträge: W. M. 5 10.—, Agitation für Antimilitarismus, von den Kollegen d. F. Harris u. Sachdon 10.—, Dr. A. M. 25.—, E. Baute, Kochbrud 10.—, Rigdorf, Arbeiter von Parde- mann u. Co. 25.—, Personal der Buchdruckerei Vorwärts, Nr. Buchbinderei 20,50, Sechserklasse der Kutscher der Holzbearbeitungs- fabrik Südost 5.—, Maches 5.—, Heinstätte Buch, Patienten für Freizeitanlage d. Müller 11,15, Kolleg. d. Fa. Vergmann u. Weiphol, Wühlentstraße 7.—, Kranzüberwurf D. A. M., durch W. E. 1,40, „Einquengel“ 9,10, Dr. E. A. 100.—, Sechserklasse der Kochmacher, Spandau 10.—, Ueberichug d. Kranzgebäude für F. G. durch E. D. 13,25, Friedenau F. 5.—, Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, Gf. auf einer Geburtstagsfeier durch Brandt —75, P. S. 50.—, A. W. 50.—, „Bombe“ —50, Durbach E. 4 8.—, Baden-Baden, Kreisorganisation 49,95, Bonn-Rheinbach, Beitrag des Wahlkreises, 3. Quart. 20.—, Fern 50.—, Breslau, Agitationsbezirk 334,74 (darunter: Breslau (Land-)Neumarkt 233,90, Vrieg 38,10, Plegnis 69.—, Wittich 12,76, Oppeln 1,12, Reiffe 1,900, Burt- hude von den Alten d. Weber 2.—, Camislat, 2. württem- bergischer Wahlkr., 3. Quart. 07 890,40, Coburg, 1. Rate 50.—, Dresden-Ritzstadt, soz. Verein, 1. Quart. 1. 7. bis 30. 9. 07 600.—, Deimenhöfz, 3. odenburg. Wahlkr., 3. Quartal 07 89,80, Dessau, soz. Verein Anhalt I 4. Quartal 140.—, Durlach, 9. bad. Wahlkr., 3. Quartal 275,10, Dresden, „Aus Unverstand und Vobheit“ 1,50, Emden, 1. hann. Wahlkr., 3. Quartal 07 75,54, Eßlingen, 5. würt- temberg. Wahlkr., 3. Quartal 195,56, Eilenburg, soz. Wahlverein 100.—, Falkenberg O.-Säl. 5.—, Göttingen, 10. württemberg. Wahlkr., 3. Quartal 07 171,44, Gera, soz. Verein Neuh. j. L. 3. und 4. Quartal 07 600.—, Goslar, 18. hann. Wahlkr., 3. Quartal 07 77.—, Hannover, 8. hann. Wahlkr. a Konto Sept./Okt. 07 1000.—, Garburg, 17. hann. Wahlkr. Juni bis inkl. September 1033,20, Hamm-Soest, Wahlkreis 3. Quartal 216.—, Hamburg, eingegangen in der Expedition des Hamb. „Echo“ 190.—, Köln, Reg.-B. 20.—, Kiel, 7. schlesw.-holst. Wahlkr., 2200.—, Königsberg, Beitrag des Kreisvereins Labian-Weslau, 3. Quart. 1907 14,56, Ludwigshafen, Beiträge vom Gau Pfalz 630.—, Leisnig, ein paar gute Freunde 40.—, Leisnau, 771 Beiträge a 3 Pf. 23,13, Liebau, Zehlfelle der Glasarbeiter 10.—, Lübeck, 3. Quartal 1907 500.—, Ludenwalde, Rufas 5.—, Neumärkten 12.—, Neuwied, Wahlkreis, 3. Quart. 10,54, Neustadt, 9. schlesw.-holst. Wahlkr., 42,06, Oberlandelsheim, Extrabeitrag aus d. Culenengeb. d. Kähn 100.—, Ronndorf, Wahlkr. Seimep-Renscheib-Mettmann, 3. Quart. 07 507,90, Rowitsch-Gölin, 3. Quartal 4,90, Striegau-Schweidnitz 195,85, Stuttgart G. II. 10.—, Stendal, 3. Quartal 1907 70,08, Siegen- Wittenstein-Biedenkopf 7,00, Stuttgart, 1. württemb. Wahlkreis, 3. Quartal 229,64, Schweib. a. D., Wahlkr. Preusslau-Angernünde, 3. Quartal 35,30, Tönning, 4. schlesw.-holst. Wahlkr., 52,56, Weimar, 1. weimarer Wahlkr., 2. u. 3. Quartal 1907 140,98, Berlin, den 12. Dezember 1907.

Für den Parteivorstand: i. V.: Fr. Ebert, Lindenstr. 69.

Zentrum und Wahlrecht.

Das Zentrum hat sich die Verantwortung seinen Wählern gegenüber immer sehr leicht gemacht. Der ersten Pflicht einer Partei, nach außen hin Farbe zu bekennen in grundsätzlicher wie praktischer Hinsicht, Forderungen zu stellen, für deren Verwirklichung sich die Partei ihrem Gesolge gegenüber verbindet, diese Pflicht ist das Zentrum bis heute auszuweichen. Mit ein paar halt- und gehaltlosen Phrasen, die als „Programm“ bezeichnet werden, trat das Zentrum im Reichstag wie im preussischen Abgeordnetenhaus ins Leben. Nichts ist darin gesagt von der Stellung der Partei zu den politischen Grundgesetzen, z. B. zum Wahlrecht, nichts zum Steuerwesen, nichts zur Sozialpolitik. Nur in den Wahlaufsätzen der Fraktion werden einzelne dieser Fragen berührt, allerdings meist in einer Art, die zu nichts verpflichtet und die den Parteiführern gestattet, den Kopf aus der Schlinge zu ziehen auch dann, wenn sie das Gegenteil dessen tun, was die Wähler von ihnen erwartet haben.

Es ist richtig, daß das Reichstagszentrum in seinen letzten Wahlaufsätzen für die Erhaltung des allgemeinen, gleichen, geheime und direkten Wahlrechts für den Reichstag eingetreten ist, und zwar mit unabweidenden Worten. Wenn wir auch wissen, daß das demokratische Wahlrecht, wie es zum Reichstag besteht, in den bürgerlichen Parteien seine Gegner hat, so ist diese Gegnerschaft doch noch weit entfernt, sich praktisch in einem Versuche zur Abschaffung des Reichstagswahlrechts zu betätigen. Für so „nieder-

geritten“ hält auch der stärkste Optimismus im reaktionären Lager die Sozialdemokratie nicht, daß er einen Versuch in dieser Richtung für ungefährlich und aussichtsvoll halten könnte. Es ist deshalb kein besonderes Verdienst des Zentrums, wenn es in seinen Wahlaufsätzen verkündet, daß es etwaigen Angriffen auf das Reichstagswahlrecht sich widersetzen werde.

Viel bedeutsamer als diese Versicherung scheint uns die Zurückhaltung, deren sich das preussische Landtagszentrum bezüglich des Stimmrechts in seinen Wahlumgebungen befleißigt. Die Blätter und Redner des Zentrums versichern, daß die Partei allzeit entschieden für die Einführung des Reichstagswahlrechts auch in Preußen eingetreten sei. Wertwürdig, daß sich davon nicht einmal in den Wahlaufsätzen etwas findet. So heißt es in der Kundgebung der Landtagsfraktion im Jahre 1893:

Bei Beratung des Wahlgesezes hat das Zentrum alle Kraft eingesetzt, die durch die neue Steuergesegebung zu be- fähigenden plutokratische Verschiebung der Wähler- klassen zu verhindern; leider ist diese Absicht trotz unserer ein- mütigen Haltung nicht zu erreichen gewesen. Es wird daher auch in Zukunft unsere Aufgabe sein, diesen gegen unseren Willen herbeigeführten Wirkungen nach Kräften entgegen- zutreten und Abhilfe herbeizuführen.“

Nichts von einem Einreten für das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für den Landtag, nur die Sorge, in den Gemeinden an Einfluss in der zweiten Klasse zu gewinnen, um sich dem Liberalismus gegenüber zu behaupten — darin bestand die preussische „Wahlreform“ im Sinne des Zentrums. Und weiter ging das Streben des Zentrums auch in der Folge nicht, wie der Wahlaufsatz der Landtagsfraktion von 1898 beweist. Darin heißt es nämlich:

„Unter Aufrechthaltung und Anerkennung aller bestehenden Rechte und Rechtsverhältnisse haben wir ferner in Wahrung der Rechte des Volkes wiederholt die bei der Beratung der neuen Steuergesegebung angelegte Reform des Wahlrechts verlangt, durch welches die durch jene Geseze bewirkte Verschiebung und Verkümmern des Wahlrechts ausgeglichen werden sollte.“

Hier also die ausdrückliche Betonung der „be- stehenden Rechte und Rechtsverhältnisse“, womit das Zentrum auf eine grundlegende Wahlreform von vornherein verzichtet. Im Aufruf von 1903 heißt es dann auch, daß die vollzogene „Wahlreform“ nicht alle Wünsche erfüllt, daß die Fraktion aber doch zugestimmt habe, „weil dadurch in zahlreichen Gemeinden zugunsten des Mittelstandes eine nicht zu unter- schätzende Erweiterung des Wahlrechtes ge- sichert wird“. Damit war der reformerische Ehr- geiz des Zentrums gestillt; von dem Landtags- wahlrecht ist überhaupt nicht die Rede.

Schon einmal haben katholische Arbeiter in Preußen das Wort in der Wahlrechtsfrage ergriffen. Das war anfangs der siebziger Jahre, wo sie am Niederrhein, besonders in Aachen und Essen, eine lebhaft christlichsoziale Bewegung entfaltet hatten. Das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle Vertretungen war eine ihrer Hauptforderungen — und um diese Zeit, November 1873, war es auch, daß im preussischen Abgeordnetenhaus der Antrag Windthorst auf Einführung des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts in Preußen verhandelt wurde. Windthorst, der im Grunde durchaus konservativ dachte, meinte zwar, wo die Möglichkeit eines „altdeutschen ständischen Wahlrechts“ gegeben sei, halte er ein solches für das beste; aber für unsere Verhältnisse sei diese Möglichkeit nicht gegeben. Sodann erklärte er, „daß das im Deut- schen Reiche bestehende Wahlrecht richtiger und gesunder ist als das in Preußen be- stehende Wahlrecht mit dem Dreiklassensystem, indirekt und mit öffentlicher Abstimmung.“ Weiter sagt Windthorst:

„Es ist zudem ein großes schwerwiegendes Faktum eingetreten, vor dem wir die Augen nicht verschließen können: Man hat im Staatswesen höherer Ordnung, das über dem preussischen Staate steht, in Deutschen Reich ein anderes Wahlsttem eingeführt, und ich halte es für unmöglich, daß wenn in diesem Staatswesen höherer Ordnung ein so wesentlich verschiedenes Wahlsttem existiert, in Preußen, dem größten und führenden Staate Deutschlands, das abweichende stätt- finden kann. Es ist notwendig, daß die Staaten niederer Ordnung den Impulsen folgen, die in dem Staate höherer Ordnung gegeben worden sind. Dazu kommt, daß wir in allen Staaten der Welt sehen, daß es mit dem Beschränkten des Wahlrechts nicht mehr geht.“

Windthorst nannte bei dieser Gelegenheit das Geld das „destruktivste Element der Welt“, und meinte: „Der Versuch, das allgemeine Wahlrecht durch den Geldbeutel zu korrigieren, ist der aller- bedenklteste, den man machen kann.“ Windthorst, der sich früher (1867) für die öffentliche Stimmabgabe an- gesprochen, sah sich jetzt, wo er die preussische Wahlmacht kennen gelernt hatte, zu der Erklärung genötigt: „Es geht nicht mit der öffentlichen Abstimmung... Wir müssen den Leuten die Möglichkeit gewähren, nach freier Ueberzeugung zu stimmen, ohne ihre Existenz aufs Spiel zu setzen.“ Der Zentrumsantrag fand keine Mehrheit im preussischen Abgeordnetenhaus. Anstatt nun den Antrag zu wiederholen

und im Volke eine Bewegung zugunsten der Wahlreform zu entfachen, hat das Zentrum nach diesem ersten Versuche die Sache ruhen lassen und bis heute nicht das mindeste getan, der Dreiklassensystem in Preußen ein Ende zu machen. Und doch lassen sich aus Zentrumskreisen gewichtige Neuerungen anführen, die beweisen, daß man sich auch hier der Einsicht in die Unhaltbarkeit des elendesten aller Wahlsttmes nicht verschließen kann. Da ist Professor Hise, der in jungen Jahren sich für das ständische und gegen das allgemeine Wahlrecht erklärt hat, der aber mit der Zeit zu anderen An- sichten gekommen ist. Während der jüngsten Verhandlungen über die österreichische Wahlreform sprach er sich auf eine An- frage des Merikalen „Ringer Volksblattes“ dahin aus:

„Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht ist heute das praktisch allein mögliche“

Und bei derselben Gelegenheit äußerte sich Hise in einem Schreiben an den Landeshauptmann Dr. Ebenhoch:

„Gewiß, auch das allgemeine, gleiche Wahlrecht ist nicht ideal, aber es ist ein einfaches Prinzip, wird schnell begriffen, entspricht der allgemeinen Wehpflicht und ist nun einmal das heiz ersehnte politische Ziel auch unserer weiten christ- lichen Volkstiefe geworden... Ich würde es für eine geradezu verhängnisvolle Politik erachten, wenn Sie sich dieser gewaltigen Strömung entgegenstemmen wollten... Aus Liebe zu unserer gut katholischen Bauern, Handwerkern und vor allen Arbeitern müssen Sie sich für die dahintretende Lokomotive schwingen und mit ins Land des allgemeinen Wahl- rechts fahren, anstatt sich der Lokomotive entgegenzustemmen und sich überfahren zu lassen.“

Herr Hise wird, so nehmen wir an, mit uns der Meinung sein, daß das allgemeine gleiche Wahlrecht, das er für Österreich so warm empfiehlt, für Preußen nicht minder dringend ist, um so mehr, als hier die Massen als Reichsbürger bereits seit vier Jahrzehnten zum Verständnis und zum Gebrauch dieses demokratischen Wahlrechtes erzogen worden sind. Auch das wissenschaftliche Organ des deutschen Merikalismus, die „Historisch-politischen Blätter“, hat sich im vorigen Jahre zugunsten der Abschaffung des Dreiklassen- wahlrechts ausgesprochen. Im August 1906 forderte es das Zentrum in Preußen auf, „die alte Forderung Windthorsts aufs neue zu erheben und sie durchzusetzen“. Dabei hieß es:

„Schließlich muß doch jeder ruhig Denkende sagen, daß es eine Ungerechtigkei ist, die Sozialdemokratie vom preussischen Landtag auszuschließen und einer kleinen Clique die Mehrheit zu geben, die im Volke selbst nur eine Minderheit darstellt. Die preussischen Arbeiter, die für das Zentrum stimmen, erwarten auch eine kräftige Aktion in dieser Richtung; sie wird klärend nach verschiedenen Seiten hin wirken.“

Eine „kräftige Aktion“ verlangt das wissenschaft- liche Organ der deutschen Katholiken vom Zentrum, und es begnügt sich nicht mit dem Verlangen, den Wahlrechtsantrag im Abgeordnetenhaus einzubringen, sondern es fordert von der Partei, diesen Antrag auch durchzusetzen, womit gesagt ist, daß die „Historisch-politischen Blätter“ die jetzige Lattit des gelassenen Abwartens, die das Zentrum befolgt, nicht billigen. Endlich sei hingewiesen auf die Ausführungen, die das Staatslexikon der Görresgesellschaft, an dem die hervorragenden katholischen Gelehrten und Politiker mitarbeiten, zum Wahlrecht macht. Es heißt da:

„Das allgemeine gleiche Wahlrecht ist nichts anderes als eine Art Korrelat der allgemeinen Staats- bürgerpflichten, die politische Gleichberechtigung aller Bürger eine Art Konsequenz der Berufung aller zum Staats- dienst. Der Unbegüterte unterliegt gerade so gut wie der Begüterte der allgemeinen Wehpflicht; die indirekten Steuern treffen ihn gerade so gut und viel- leicht noch mehr wie den anderen; am allgemeinen Volkswohl arbeitet er gerade so gut zu seinem Teil wie der Besitzende, unter Umständen vielleicht noch entsprechend mehr. Andererseits dürfte aber doch auch der Untertan unumwund zum Staatsaufwande beizutragen haben, je reicher und ergiebiger das Vermögen ist, dessen Besitz und Genuß ihm der Staat gewährt. Dazu kommt, daß der Besitzer eines größeren Vermögens einen viel größeren und ausgiebigeren Gebrauch von den öffentlichen Einrichtungen macht; ferner, daß größerer Besitz und höhere Bildung so wie so schon einen gewissen Einfluß auf weitere Personenkreise verleiht. Die Anschauung, daß Besitz und Bil- dung ein erhöhtes Wahlrecht verleihe, beruht auf ganz falschen, unhaltbaren Grundlagen und mit Recht meinte Windthorst gegenüber der einsichtigen Betonung des Besitzes, daß das Geld das „destruktivste Element der Welt“ sei und daß der Versuch, das allgemeine Wahlrecht durch den Geldbeutel zu korrigieren, der allerbedenklichsten sei, den man machen könnte.“

Weiter führt der Artikel zugunsten des allgemeinen, gleichen Wahlrechts an, daß „nichts geeigneter sei den Regierenden wie den sozial bessergestellten Schichten in Bezug auf ihre sozialen Pflichten gegen die weniger Begüterten das Gewissen zu schärfen, als die Notwendigkeit, mit der Vertretung jener in den gesetzgebenden Körperschaften rechnen zu müssen.“ Bezüglich der Art der Stimmabgabe, die bekanntlich beim preussischen Wahlsttem öffentlich ist, heißt es: „Die

Die Inserions-Gebühr

Bekannt für die hochgelobte Kolon- gelle oder deren Raum 10 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichts- und Beschlüsse-Anzeigen 20 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (ein- gedruckt) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellengese und Schließ- stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

geheime Wahl kann daher nicht genug Sicherung erfahren. Soll der Reichstag verfassungsgemäß eine Vertretung des gesamten Volkes sein, so muß auch allen Kreisen die Möglichkeit gewährleistet sein, nach freier Ueberzeugung stimmen zu können. Darum ist besonders auch im Interesse des kleinen wirtschaftlich abhängigen Mannes die geheime Wahl stets zu fördern."

Bei den Wählern des Zentrums liegt die Entscheidung, ob sie sich in der preussischen Wahlrechtsfrage auf die Seite der Grafen Strachwitz und Genossen oder auf die Seite von Windthorst und Sipe stellen wollen: ob sie den Scharfmachern der zentrumsagrarisches "Rheinischen Volksstimme" oder den Männern der "Börres-Gesellschaft" und der "Historisch-politischen Blätter" folgen wollen. Danach hat sich auch zu entscheiden, ob die Wähler des Zentrums, namentlich seine Arbeiteranhänger, die jetzige Gelassenheit der Partei unterstützen oder ob sie, wie es die "Historisch-politischen Blätter" verlangen, ihre Partei zu einer kräftigen Aktion drängen wollen.

Städte- und arbeiterfeindliche Politik in Preußen.

Das preussische Abgeordnetenhaus ist am Donnerstag in die Ferien gegangen. Zu einer Erörterung der Wahlrechtsfrage haben die Herren keine Zeit und keine Lust mehr gehabt, sie nehmen Rücksicht auf die Regierung, die sich erst überlegen muß, welche Stellung sie zu einer Frage einnehmen soll, die das Volk als die brennendste empfindet, einer Frage, deren Lösung nicht nur in Preußen, sondern in ganz Deutschland als dringend und unauflösbar erachtet wird. Aber was kümmert das Volk die Männer des Dreiklassenparlamentes? Sie haben wichtigeres zu tun, denn nicht die Wahrnehmung der Interessen der Allgemeinheit, sondern die ihrer eigenen Klasse betrachten sie als ihre Aufgabe. Die Rechte der Besitzenden zu erweitern, die der Arbeiter immer mehr einzuschränken, ist das Ziel, das ihnen vorsteht, und diesem Gefühl geben sie in der unerschütterlichsten und nachstehen Weise Ausdruck.

Am Donnerstag überwies er zunächst den Entwurf eines Polizeikostengesetzes nach kurzer Beratung an eine Kommission. Es ist die erste gesetzgeberische Tat des neuen Ministers des Innern v. Nolcke, er hat damit den Befähigungsbeweis erbracht, daß er der echte Polizeiminister für Preußen ist, der sich seinen Vorgängern würdig an die Seite stellen kann; er hat die Hoffnungen des Preussens gründlich geklärt, wenn anders man Leuten gegenüber, die getuschelt werden wollen, diesen Ausdruck gebrauchen darf. Der Entwurf, dem außer den Freisinnigen die Redner aller Parteien wohlwollend gegenübersehen, bürdet den Städten nicht nur erhebliche neue Lasten auf, er bedeutet auch einen schweren Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung. Die Städte dürfen, wie Abg. Cassel (fr. Sp.) treffend betonte, in die Verteilung der Lasten nicht hineintreten, sondern sie haben sich einfach mit dem zu begnügen, was die Regierung beschickt. In die Uebertragung bestimmter Zweige des Polizeiwesens denkt die Regierung natürlich nicht, die Einwohner der Stadt mit königlicher Polizei haben einfach zu zahlen, im übrigen aber haben sie hübsch den Mund zu halten, und die Stadtverwaltungen, die es sich einfallen lassen, gegen polizeiliche Uebergriffe zu protestieren, werden von der Regierung in ihre Schranken gewiesen. Das nennt man in Preußen Selbstverwaltung. Will der Preussens es nicht mit Bülow und dem Bloch verderben, so wird er trotz seiner grundsätzlichen Gegnerschaft das Gesetz wohl schlucken müssen. Wenn er sich nur nicht den Fragen daran verbeißt!

Nach Beratung des Polizeikostengesetzes trat das Haus in die Besprechung der beiden konservativen Interpellationen betr. den Kontraktbruch ein. Die eine derselben verlangt gesetzgeberische und im Verwaltungswege zu treffende Maßnahmen gegen das Ueberhandnehmen des Kontraktbruchs ausländischer landwirtschaftlicher Arbeiter, die andere Anordnungen gegen die überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter und Maßregeln gegen den Kontraktbruch im Arbeitsverhältnis.

Es war ein bewegliches Klagebild, das Herr v. Pappenheim zur Begründung der Interpellation anstimmte. Die ausländischen Industriearbeiter werden als Verbrecher hingestellt; besonders in den Industriegebieten sind die Mißstände so groß, daß von einer Sicherheit auf den Straßen dort keine Rede mehr ist, Lustmorde, Stillschleppungen und Eigentumsvergehen sind an der Tagesordnung. Um diesen Mißständen zu begegnen, verlangt der konservative Redner die polizeiliche Ueberwachung aller ausländischen Arbeiter und ihre Ausweisung, wenn sie keine Legitimationspapiere haben. Und ferner fordert er, damit auch die heimischen Arbeiter die Segnungen reaktionärer Gesetzgebung zu spüren bekommen, wieder einmal ein Kontraktbruchgesetz, das sich aber nicht gegen die Arbeitgeber, sondern in erster Linie gegen die Arbeitnehmer richten soll.

Der Landwirtschaftsminister v. Arnim ist im Gegensatz zu seinem Vorgänger v. Boddieckli den konservativen Scharfmachern nicht zu Willen, er hat in der feinsinnigen Verkäuflichkeit des Kontraktbruchs ein Haar gefunden und gibt rüchlos zu, daß das Gesetz von 1851 nicht genügt hat. Davon, daß er es aufheben will, sagte er allerdings nichts; die preussische Regierung wird sich auch schwerlich zu der Beseitigung eines Ausnahmegesetzes aufraffen. Um aber den Agrariern entgegenzukommen, will der Minister vom 1. Februar 1908 ab die Einführung der Legitimationspapiere an der ganzen östlichen Grenze strikte durchführen, d. h. es darf kein ausländischer Arbeiter in Preußen Arbeit nehmen, wenn er nicht eine Legitimation hat, die nicht nur über seine Personalien Auskunft gibt, sondern auch über die Arbeitsstelle, zu der er sich verpflichtet hat, also so eine Art Steckbrief. Diese Legitimation darf nur bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsvertrages auf einen anderen Ort geschrieben werden — eine unglaubliche Maßnahme, die die ausländischen Arbeiter völlig zu Sklaven macht, die entweder sich alles gefallen lassen müssen oder aber Hungers sterben können. Die Folge wird ganz zweifellos eine Drängung der Löhne und der Arbeitsverhältnisse der einheimischen Arbeiter sein.

Noch unglücklicher als diese Maßnahme der Regierung ist es freilich, daß der Abg. Goldschmidt (fr. Sp.) über die Erfüllung des Ministers der lebhaften Befriedigung seiner Freunde Ausdruck geben konnte, und daß, obwohl der Minister nochmals erklärte, daß auch die ausländischen industriellen Arbeiter mit Legitimationskarten versehen werden sollen.

Die übrige Debatte war belanglos. Hervorzuheben ist höchstens noch, daß der Zentrumsagrariet Herrold, der früher den Landarbeitern das Koalitionsrecht bestritten hat, ausdrücklich ein Streikrecht für die ländlichen Arbeiter anerkannte. Die Wahlen werfen ihre Schatten voraus.

In der nächsten Sitzung, die am 8. Januar stattfindet, wird der Finanzminister den Etat einbringen.

Für und wider die Börse.

Aus dem Reichstage. Mit dem Börsengesetz von 1896 hat man üble Erfahrungen gemacht. Die Agrarier hatten es durchgesehen, weil sie für die Nachteile, die ihnen der Fortgang der kapitalistischen Entwicklung zufügte, die Börse mitverantwortlich machten. Sie konnten es nicht verstehen, daß die Börse nur die oberste regulierende Instanz bei der Ueberleitung der Produkte in den Konsum, bei der Neubildung von Kapital und beim Abfluß des Kapitals in den Produktionsprozeß ist. Besonderen Argwohn erweckte der Terminhandel, also der Verkauf von Waren zu einem bestimmten späteren Lieferungs- und Zahltag, weil an diese Form auf der Börse effektuierter Geschäfte sich die Spekulation mit allen ihren Ausartungen wesentlich knüpft. Bei den Agrariern setzte sich der Glaube fest, am Terminhandel liege es, daß sie selbst bei ihren Geschäften nicht alle die Profite einheimsten, die sie sich davon versprochen hatten. Die Unterdrückung des Börsenterminhandels war deshalb der Zweck des Börsengesetzes, das die Regierung mit der agrarischen Mehrheit durchsetzte. Damit ist es nun gegangen, als wenn man die Uebelstände rauchender Oefen zu beseitigen hoffte, indem man ein paar Schornsteine zumauerte. Es stellten sich allerhand neue Uebelstände heraus, an die die politischen Kurpfuscher in der Regierung und den herrschenden Parteien nicht gedacht hatten. Die deutschen Börsen verödeten, da die Termingeschäfte an die großen ausländischen Börsen getrieben wurden. Die Bankgeschäfte mußten mit weit größeren Kapitalien arbeiten. Dadurch wurden die kleineren Bankiers ruiniert, die größeren wurden noch stärker. Es ward dadurch dem auch, weil stärkere Umlaufsmittel erforderlich waren, das Geld knapper, was sich besonders bei einer Krise, gleich der jetzt heranziehenden, im gesamten Geschäftsleben höchst fühlbar machte. In allen kaufmännischen und industriellen Interessentenzirkeln wurde deshalb seit Jahren auf Aenderung des Börsengesetzes in der Richtung einer Aufhebung des Terminhandelsverbois gedrängt. Es wurde das naturgemäß eine Hauptforderung der liberalen Parteien. Als die Blokkäre hereinbrach, wurde ihnen denn auch die Befriedigung dieses Wunsches in erster Reihe zugesagt.

Der vorliegende Gesetzentwurf trägt, wie das die zwieschlächtige Bildung des Blocks bedingt, den liberalen Forderungen allerdings nur zum Teil Rechnung. Den Agrariern wird doch noch ein Reservatverbot vorbehalten. Der Börsenterminhandel wird zwar im allgemeinen gestattet und das sogenannte Börsenregister, ein toigeborenes Kind, wird aufgehoben, aber verboten soll bleiben das Börsentermingeschäft in Getreide und Mühlenfabrikaten, wobei allerdings auch wieder bestimmte Ausnahmen zugunsten der Landwirte vorgesehen sind.

Die Begründung für den Gesetzentwurf gab im Anschluß an die schriftlich dargelegten Motive der preussische Handelsminister Delbrück. Sie lief auf das Eingeständnis hinaus, daß die Regierung und ihre agrarische Mehrheit im Jahre 1896 eine Dummheit gemacht haben.

Die Parteien, die damals mit der Regierung gegangen waren, jetzt aber sich eines besseren besonnen hatten, mußten mit einigermaßen betrübter Miene sich diesem Eingeständnis anschließen. Für die nationalliberale Partei war diese Aufgabe Herrn Semler zugesallen. Er entledigte sich ihrer in einem trübselig weinerlichen Entschuldigungstone, aber wie ein Dinkel, der für seinen ungeratenen Reffen mißbernde Umstände geltend macht. Dabei wurde seine Seele von einem gräßlichen Zwiespalt zerrissen. Als Hamburger Advokat ist er im Grunde seines Herzens für die Börse; er ist aber in dem vorwiegend agrarischen Wahlkreise Aurich gewählt, und so suchte er denn, jedes Bekenntnis zur Freiheit der Börse, um es mit den agrarischen Freunden nicht zu verderben, gleich wieder durch irgend ein agrarisches Argument abzuschwächen. Diese ganz der Fraktion Drehelbe angepaßte Taktik erweckte auf beiden Seiten des Hauses unvorhergesehene Heiterkeit.

Eine konsequent börsenfeindliche Agrarrede hielt darauf der in Osnabrück neugewählte Zentrumsabgeordnete Ritter. In tabelloser Form förderte dieser Kieler Advokat die merkwürdigsten Sophistereien jutage. Trogdem seine Argumentation für eine ernsthafte Prüfung nicht stichhaltig ist, erzielte seine wirksame Rhetorik doch donnernden Beifall nicht nur im Zentrum, sondern auch bei den Konservativen, die ihm einen gleichwertigen Redner nicht an die Seite zu stellen haben.

Der konservative Graf Ranig, der nummehr das Wort erhielt, wurde nach wenigen Minuten von einem plötzlichen Unwohlsein befallen, das ihn zwang, die Rednertribüne zu verlassen.

Namens der Reichspartei gab Herr Arendt eine sehr bedingte Zustimmung zu dem Gesetz zu erkennen, wobei er natürlich in die unvermeidliche Silberrede entgleiste.

Den börsenfreundlichen Standpunkt vertrat der volksparteiliche Herr Kampf in einigen unbedrücklichen Ausführungen und wirksamer Herr Romfen, der besonders scharf betonte, daß der Terminhandel eine wertvolle volkswirtschaftliche Funktion ausübe, indem er größere Umlaufsmittel entbehrllich mache.

Morgen wird Singer für die Sozialdemokratie sprechen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 12. Dezember 1907.

Zur Krise im Flottenverein.

Der Rücktritt des Prinzen Ruprecht von Bayern hat doch in manchen Kreisen der Blokk-Rechten Bedenken gegen die Wahl Reims zum geschäftsführenden Vorsitzenden des Flottenvereins erregt. So erklärt die "Deutsche Tageszeitung", daß auch sie Reim nicht für den geeigneten Mann halte, die Leitung des Flottenvereins zu repräsentieren. Besonders aber sei die "so wenig vornehme" Art des Abg. Stresemann zu mißbilligen, der so geringschätzend von dem "Einen in Bayern" gesprochen habe. Daß das Agrarierorgan die Brüstierung des der Rechten trog alledem nachstehenden Zentrums mißbilligt, ist erklärlich. Aber auch die "National-Zeitung", eine der führenden nationalliberalen Blätter, meint:

Die Deklarierung Reims zum Geschäftsführer des Flottenvereins ist ein Affront gegen den Prinzen, ein Beuühler, da der Zentrale des Flottenvereins bekannt gegeben war, welche Konsequenzen sich ergeben. Und nun hat Prinz Ruprecht das Protektorat niedergelegt. Das Zentrum triumphiert; was seiner passiven Resistenz nicht gelungen war, das hat die unpolitische Haltung des politisierten Flottenvereins zuwege gebracht. Man mag die Sommerkampagne der Bayern gegen Reim für übertrieben gehalten haben, die Rücksicht auf die drohenden und nun eingetretenen Schwierigkeiten hätten zum mindesten die Abancierung des General Reim verhindern müssen. Der Schaden ist nicht mehr so bald

wett zu machen, der politische Effekt des unpolitischen Flottenvereins war tausendmal mehr wert, als ein politisierter Flottenverein je erreichen kann. Heute wird sich General Reim auch von seinen früheren Jährgeßern verlassen sehen."

In dem Schreiben, durch das Prinz Ruprecht seinen Rücktritt von dem Protektorat der bayerischen Landesabteilung des Flottenvereins angeht, heißt es:

"Auf die durch die geänderten Verhältnisse bedingte Notwendigkeit einer starken Flotte in rein sachlichem Vortrage hinzuweisen und ausfüßend auf weite Kreise der Bevölkerung zu wirken, erschien die vornehmste Aufgabe des Flottenvereins". Alle Fragen in Bezug auf nationale Wehrkraft sollten lediglich vom nationalen, nicht aber parteipolitischen Gesichtspunkte betrachtet werden; eben deshalb aber sollte gerade der Flottenverein sich nicht auf parteipolitische Gebiet begeben, um so mehr, als hierdurch der gewollten Sache kaum neue Anhänger gewonnen werden dürften aus Kreisen, denen bisher die Notwendigkeit einer kräftigen Flotte nicht einklanglich erschien. Wenn nun auch der bayerische Landesverband stets erfolgreich bestrebt war, in diesem Sinne zu wirken, so war dies seitens der bei der Vereinsleitung tätigen Personen nicht immer der Fall, und ist nach neueren Vorkommnissen innerhalb des Präsidiums ein meinen Anschauungen und den Voraussetzungen, unter denen ich das Protektorat übernommen, entsprechendes Verhalten seitens der Vereinsleitung nicht zu erwarten, so daß ich mich zu meinem Bedauern genötigt sehe, aus dem Verein zu scheiden und folglich auch das Protektorat über den bayerischen Landesverband niederzulegen, dem ich für sein sachdienliches Wirken volle Anerkennung zu gößen vermag.

Ich werde selbstverständlich noch wie vor jede Verstärkung der Flotte freudig begrüßen."

Es erscheint danach nicht ausgeschlossen, daß Reim doch noch zum Rücktritt veranlaßt wird, um zu verhindern, daß es in Bayern zu einer Sezession kommt. Die Rechte hat keine Lust, die Blokkpolitik im Flottenverein mitzumachen.

Die Flottentreibereien im Flottenverein würden trotzdem die selben bleiben, nur von "nationaler", statt von der Blokkflagge gebedt werden! —

Kompromiß in der Polenvorlage.

Mascher, als erwartet wurde, scheinen sich die preussischen Konservativen mit ihrer Regierung über ihr Ausnahmegesetz gegen die Polen geeinigt zu haben. Die Kommission des Abgeordnetenhauses, die in der ersten Lesung die Enteignungsbestimmungen verworfen hat, wird morgen, Freitag, die zweite Lesung vornehmen, bei der die Regierung ihre Abänderungsvorschläge vorlegen wird.

Es ist ganz charakteristisch, wie beschieden Fürst Bülow bei diesen Unstimmigkeiten mit den Konservativen aufgetreten ist. So ganz anders, als bei den liberalen Oppositionsgelächten im Reichstag. Diesmal hat er es wohlweislich unterlassen, mit einer Krise oder einer Demission zu drohen. Er weiß, daß das nur auf nationalliberale und freisinnige Klapperbeine Eindruck macht. Konservativ oder Klappen nicht zusammen. Sie wissen, daß wenn nicht Bülow, so irgend ein anderer Junker das Geschäft übernehmen wird. Der Name ihres Protektors ist ihnen weiter nicht wichtig. Sie sind ernste Leute, die sich auf das Geschäft verstehen und überlassen die Schaumschlägereien, — sowohl den Schaum als auch die Schläge — bereitwillig dem Liberalismus. Das weiß niemand besser als Fürst Bülow. Er hat es deswegen vorgezogen, nachzugeben und den Bedenken der Junker Rechnung zu tragen. Diese Junker hatten gefürchtet, daß die Expropriationsbefugnis der Regierung die Rechtsfrage nach dem Grund und Boden allzusehr einschränken und der raschen Preissteigerung ein Ende machen würde. Sie verlangten daher eine wesentliche Einschränkung des Enteignungsrechts. Die Regierung hatte sich das Recht vorbehalten, durch königliche Verordnung zu bestimmen, in welchen Orten und auf welche Dauer das Enteignungsrecht gelten sollte. Für diese Gebiete sollte es aber für jeden Grundbesitzer, ob Deutscher oder Pole, gelten. Damit wollte die Regierung vermeiden, daß der Wortsaut der Verfassung, nach dem alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind, offen verächt werde. Um solche Bedenken klammern sich preussische Konservativ nicht. Sie verlangen, daß eine Enteignungsbefugnis und ein Parzellierungsverbot ausschließlich für polnische Besitzer Geltung haben soll. Die Regierung zeigt nun gegenüber diesen Wünschen Entgegenkommen. Sie verzichtet auf die allgemeine Enteignungsbefugnis für Posen und Westpreußen und erklärt sich mit deren Beschränkung auf bestimmte Bezirke einverstanden. Der Bezirk in Westpreußen dürfte etwa 12000 Hektar, derselbe in Posen (und zwar ausschließlich im Regierungsbezirk Bromberg) etwa 45000 Hektar nicht übersteigen. Außerdem soll der Geldbedarf auf 275 Millionen Mark eingeschränkt werden. Ob diese Zugeständnisse die Konservativen befriedigen, wird die morgige Kommissionsberatung zeigen.

Wucherpraktiken.

Wiederholt schon wiesen wir darauf hin, wie die "Deutsche Tageszeitung" in ihren Ausfällen gegen das Kohlenyndikat den Grundsat von der Heiligkeit des Eigentums über Bord wirft. Neuerdings gibt sie wieder einer Zuschrift Raum, in der folgende Sätze vorkommen:

"Seit Jahr und Tag seufzt das deutsche Volk unter einer ständig wachsenden Kohlennot... Geradezu verblüffend aber muß es wirken, wenn die in solche Notlage versetzten Staatsbürger mit eigenen Augen sehen oder von anderen hören, wie Millionen über Millionen Zentner der von ihnen so schmerzlich entbehrten Kohle nach dem Auslande hin verfrachtet werden. Doppelt bedenklich aber ist es, daß diese immer weiter um sich greifende Verblüffung der notleidenden Kohlenkonsumenten sich nicht allein gegen die wucherische Dividenden einstreichenden Kohlengrubenbesitzer, sondern gegen unsere Staatsregierung selber richten muß. Das liegt doch sehr nahe, weil die Regierung nicht nur jede Erschwerung dieses gemeinlichlichen Kohlenexportes (z. B. durch einen Ausfußzoll) rundweg ablehnt, sondern weil sie denselben sogar noch durch ganz ausnahmungsweise billige Frachttarife auf den Staatsbahnen, also durch eine indirekte Exportprämie im Werte von mehreren Millionen, unterstützt. Das ist ein wirklich unbeschreibliches Verbrechen."

Nach dem in der jetzigen Situation unerhörten Vorgehen des Landesisenbahnrates scheint es ganz klar zu sein, daß die Reichheit derselben die Interessen des Kohlenyndikats und seiner großkapitalistischen Hintermänner und Verbündeten für allein maßgebend, den Interessen des gesamten Volkes und des Staates voranstehend hält. Man sollte diesen "Sonditrat" durch eine ständige Tariffkommission aus erwählten Volkvertretern ersetzen. Jedenfalls dürften der preussische und auch die Landtage der anderen Bundesstaaten gut tun, sich der Sache der ausgebeuteten Kohlenkonsumenten gegen die verblüffeten großkapitalistischen Kohlengrubenbesitzer sehr energisch anzunehmen, wenn die allgemeine Enttäufung über die fortdauernde Unterstützung von deren Wucherpraktiken durch eine schlecht beratene Staatsbahnverwaltung nicht sehr böse Früchte zeitigen soll."

Es verzieht sich von selbst, daß wir Sozialdemokraten diesen neuen Beweis von der Schädlichkeit des Privateigentums die unterzeichnen. Aber das gilt nicht nur für den Privatbesitz von Kohlengruben, sondern für jeden Privatbesitz an Produktions-

mitteln, insbesondere auch für den Privatbesitz an Grund und Boden in der Landwirtschaft. Die der Kohlengrubenbesitzer den Konsumenten durch hohe Kohlenpreise, Ausbeute, so auch der landwirtschaftliche Großgrundbesitzer den Verbraucher durch hohe Korn- und Fleischpreise; und wie jenem der Staat durch indirekte Ausfuhrprämien hilft, so diesem durch hohe Zölle. Letzteres ist aber in den Augen der „Deutschen Tageszeitung“ und ihrer Gesinnungsgenossen etwas ganz anderes! Erst gestern wehrte sich im „Tag“ der Freiherr v. Ribbach gegen die Idee, man solle infolge der hohen Steigerung der Güterpreise nun endlich an eine Ermäßigung der Kornzölle denken, und schrieb dabei u. a.:

„Nichts ist verkehrter als solche Deduktion. Ihr gegenüber sei vor allem hervorgehoben, daß der Käufer, der heute, trotz der durch Arbeitermangel und hohe Löhnen stetig zunehmenden Schwierigkeit und Unsicherheit des landwirtschaftlichen Betriebes, das Risiko eines hohen Anlagepreises bei einem Gutserwerb eintrifft, dies unter der Voraussetzung tut, daß eine verständliche Wirtschaftspolitik ihm wenigstens die Möglichkeit des Prosperierens durch Anrechterhaltung der bestehenden Zollschränken gibt.“

Also weil die Privatbesitzer der Güter die Fortdauer der Zollschränken „voraussetzen“, deshalb soll das Volk weiter unter der Feuerung feuern! Herr v. Ribbach verlangt sogar: „Wenn deshalb zurzeit in der Erwartung des Andauerns einer besseren Konjunktur höhere Preise für den Grundbesitz erzielt werden, so sollte dieser Vorgang von jedem Volkswirt mit Genugtuung begrüßt werden.“

Selten ist wohl so deutlich herborgetreten, daß die Politik nichts weiter ist als die Interessenvertretung der Klassen. Genau daselbe, was der Agrarier bei den Kohlengrubenbesitzern „Ausbeutung“ und „Wucherpraktiken“ schilt, will er „mit Genugtuung begrüßt“ haben, wenn es die Großgrundbesitzer praktizieren.

Zur Programm-Revision der Dirsch-Dunderschen

Sowohl der Generalrat der Dirsch-Dunderschen Gewerksvereine wie Prof. Harms in Jena bestritten, daß Herr Harms der Auftrag geworden sei, ein neues Programm für die Gewerksvereine auszuarbeiten. Die Nachricht, die auch bürgerlichen Blättern, z. B. dem „Berl. Tagebl.“, zugegangen war, ist offenbar auf einen Verstoß des „Weichenfelder Tageblatts“ über die akademischen Vorlesungen des Prof. Harms in vorliegender Zeitschrift zurückzuführen, in dem es hieß: „Prof. Harms teilt dann mit, daß er vom Generalrat der deutschen Gewerksvereine aufgefordert worden ist, ein neues Programm für die Gewerksvereine auszuarbeiten.“

Das freimüthige Vereins-Ausnahmengesetz.

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht ohne Kommentar die Zuschrift eines F. St., der dem freilich folgenden schönen Kundweg empfiehlt aus der Klemme, in die ihn der Ausnahmeparagraph 7 des Vereinsausnahmengesetzes dringt:

„Der § 7 stellt als Regel die Freiheit der Sprache fest, fügt jedoch zugleich hinzu, daß von dieser Regel in einzelnen Fällen abgegangen werden darf. Diese Ausnahmen festzustellen, soll aber nicht der Polizeibehörde überlassen bleiben. Sondern nur der Bundesrat soll das Recht haben, und auch nur mit Zweidrittelmajorität nur für einen bestimmten Bezirk und nur für eine bestimmte Zeit, etwa drei Jahre, eine Sprache für unzulässig als Versammlungssprache zu erklären.“

Herr F. St. meint dazu begründend: „Damit wäre allen Teilen geholfen. Die Regierung wird in allen wirklich dringenden Fällen das notwendige Kampfmittel haben. Andererseits bleibt die staatsbürgerliche Freiheit aller Reichsangehörigen im Prinzip unangefastet. Keine Gruppe ist mit ihrem teilsweisen Verlust bedroht, nur weil ihre Abkündigung sie von den Deutschen unterscheidet. Erst wenn sie feindseligen Willen zeigt, kann sie durch eine Wiederrückung ihres Bürgerrechts gestraft werden. Und auch dann nicht durch untergeordnete Beamte, sondern nur durch die höchste Behörde des Reiches, unter allen Garantien, die man verlangen kann: mit größter Majorität, die sich durch lange Fristen erhalten muß.“

Der Vorschlag zeigt, was sich alles mit dem vielgerühmten freimüthigen Grundgesetz: Kein Ausnahmengesetz! verhält. Denn Ausnahmegericht bleibt Ausnahmegericht, mag es auch mit noch so vielen Kautelen umgeben werden. Außerdem aber sind die von Herrn F. St. vorgeschlagenen Kautelen für die Rep. Die Sozialdemokratie hat darüber aus sozialistengesetzlicher Zeit noch die bittersten Erfahrungen. Im Entwurf des Sozialistengesetzes war vorgesehen, daß Beschwerden gegen die Verbote der Landespolizeibehörden (betreffend Vereine, Verbindungen und Druckschriften) an den Bundesrat gehen sollen. Die Rationalisten fanden diese Instanz noch für zu bedenklich und eine der jämmerlichen Verbesserungen, womit sie ihre Zustimmung zu dem Schandgesetz zu entschuldigen suchten, war die Einsetzung einer Reichskommission als Beschwerdebekleidungsstelle, die aus vier vom Bundesrat aus seiner Mitte erwählten Mitgliedern und fünf aus dem höchsten Gerichtshof vom Bundesrat ausgewählten Richtern bestand. Und was hat diese verbesserte Beschwerdebekleidungsstelle genügt! Nichts! In der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, IV. Band sagt Genosse Mehring auf Seite 166 über ihre Rolle: „... Die Reichskommission, um deren „richterliche Garantien“ wochenlang gestritten worden war, erwies sich als das reine Schattenbild an der Wand; von den 627 Verböten, die bis zur Mitte des Jahres 1879 ergangen und mindestens zu drei Vierteln nach dem Sinne und Wortlaut selbst dieses Gesetzes unzulässig waren, hob sie gerade sechs auf, meistens auch nur solche, welche die bürgerliche Literatur betrafen hatten, wie Schöffens „Quintessenz des Sozialismus“ und eine Nummer eines fortschrittlichen Blattes; von allen irgend nennenswerten Ergebnissen der sozialistischen Literatur gab sie nur Lassalles „Affektrede“ von 1849 wieder frei!“

Man kann an dem Beispiel erkennen, was Kautelen wert sind, wie sie Herr F. St. vorschlägt. Und die Reichskommission war noch eine quasi vom Bundesrat unabhängige Instanz. Wie würde erst der Bundesrat selbst entscheiden haben, den Herr F. St. zum Hüter der Vereinsfreiheit der fremdsprachigen Rationalisten im Reich setzen will!

Ob dem Postgeizstaat den kleinen Finger und er nimmt die ganze Hand und laßt aller liberalen Kautelen. Das mag sich der Freisinn gefügt sein lassen, wenn er etwa später einmal seinen Verrat damit entschuldigen will, daß er ja Kautelen getroffen habe!

Der Streit um den „Modernismus“.

In Köln tagte dieser Tage eine Konferenz der deutschen Bischöfe, die sich außer mit verschiedenen anderen Fragen hauptsächlich mit dem sogenannten „Modernismus“ beschäftigte. Die päpstliche Enzyklika gegen diesen „Modernismus“ soll nicht von allen Bischöfen Zustimmung gefunden haben. Wie die „Aöln. Zeitung“ wissen will, wurde von der großen Mehrheit unter Führung des Kardinals Kopp-Wreslau die Ansicht vertreten, der Papst sei zu verständigen, daß es angebracht sei, sich erst in Deutschland zu unterrichten, bevor wieder plötzliche Erlasse herausgegeben würden, die auch für Deutschland Bedeutung hätten.

Gegen diese Ansicht opponierten Kardinal Fischer-Köln, Bischof Koppier-Köln, Bischof Karm-Elber. Zu einer Verständigung

kam es nicht. Es wurde vielmehr beschlossen, im nächsten Jahre eine zweite Konferenz in Fulda abzuhalten.

Olshausen belohnt.

Der Oberreichsanwalt Dr. Olshausen ist an Stelle des in den Ruhestand tretenden Dr. Treplin zum Senatspräsidenten am Reichsgericht ernannt worden. An seine Stelle tritt Reichsanwalt Dr. Zweigert. Treplin rückte von der Stelle eines Reichsanwalts nach dem verhängten Prozeß gegen Reinsdorf in seine jetzige Stellung. Olshausen dürfte seine Ernennung als Pflichten dafür zu betrachten haben, daß die „Nordd. Allg. Zig.“ neulich in einem Anfall von Schamhaftigkeit preussische Behörden von einer Verantwortlichkeit für die Einleitung des Liebtnecht-Prozesses freizusprechen suchte, in dem Olshausen durch seinen mit dem Gesetz unvereinbaren Antrag auf Zuchthausstrafe bekanntlich bis tief in konervative Richterkreise hinein Widerwillen erregt hat. —

Keine Fleischnot!

In Bonn verurteilte dieser Tage eine Anzahl Studenten einen Kaufmann dadurch, daß sie mit auseinandergebundenen Bratwürsten allerlei Alotria trieben. Als ein armes Kind eine angefallene Würst aufheben wollte, wurde es von den Herren Studenten zurückgeschoben und dann geriet man die Würst zu einer formlosen Masse. Später tauchte ein Arbeiterfamilien in Deutschland müssen bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen sich den Fleischgenuss verlagern, während die Sprößlinge der Besitzenden die Rot des Volkes verhöhnen dürfen.

Die badische Zweite Kammer hält am Montag ihre letzte Sitzung vor den Weihnachtsferien. Sie wird die Eingemeindung Altmieslochs in Biesloch, ferner des Dorfes Weihenhausen in Freiburg i. N. beschließen.

Die Generaldebatte zum Etat beginnt am 13. Januar. Für dieselbe sind 5 Tage in Aussicht genommen, darunter ein besonderer Tag für die sozialdemokratische Interpellation zum Fall Säufele. Als Etatsrechner wurden von der Fraktion bestimmt die Genossen Beck und Kolb.

Das Reichsvereinsgesetz vor der Zweiten hessischen Kammer.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Schmidt betreffend die Vereins- und Versammlungsgesetze, erwiderte Staatsminister Ewald, die hessische Regierung habe an sich keine Veranlassung gehabt, die bestehenden Bestimmungen zu ändern. Nachdem aber der allgemeine Wunsch nach einem Reichsvereinsgesetz sich gedrängt und die Reichsregierung einen neuen Entwurf ausgearbeitet habe, könne sich die hessische Regierung der Mitarbeit bei dem Entwurf nicht verschließen. Die Stellungnahme der großherzoglichen Regierung sei naturgemäß auf die Wahrung der Grundzüge gerichtet gewesen, wie sie sich seit Jahrzehnten in Hessen bewährt haben. In diesem Sinne sei sie bestrbt gewesen, auf eine liberale Ausgestaltung der einzelnen Bestimmungen hinzuwirken. —

Aus dem Großherzogtum Sachsen.

Als Chef des Ministeriums des Innern und Bauern wird am 1. Januar der stellvertretende Bundesrats-Bevollmächtigte Dr. Paulsen in Berlin treten. Als Nachfolger desselben wird der Ministerialdirektor Dr. Rebe aus Weimar nach Berlin übersiedeln. An die Stelle des Ministerialdirektors Rebe soll der Bezirksdirektor Dr. Vermeiren aus Dornbach in das Ministerium des Innern und Bauern eintreten. Dr. Vermeiren ist der höhere Verwaltungsbeamte, von dem jetzt erst der Bürgermeister in Weimar beauftragt, er habe an die Bürgermeister seines Verwaltungsbezirks eine Verfügung ergehen lassen, nach der die Bürgermeister verpflichtet sein sollen, jede sozialdemokratische Versammlung von vornherein zu verhindern. Kommt er wirklich als Direktor ins Ministerium, dann haben unsere Genossen bald Gelegenheit, sich persönlich mit dem Herrn über seine ausnahmegesetzlichen Bestimmungen auseinander zu setzen.

Unsere „Literarische Rundschau“ in der Nr. 200, die Besprechung des Davidischen Rezentenführers, ist durch einen argen Druckfehler entstellt worden. In der dritten Spalte, Absatz 5 von oben heißt es zu Beginn: „Die chronologische Anordnung des Stoffes in einem Teil des § 12 (Geschichte der sozialistischen Bewegung) ist wenig angenehm.“ Natürlich muß es heißen: Die chronologische Anordnung... ist wenig angemessen.

Oesterreich.

Ugram, 12. Dezember. Der kroatische Landtag ist aufgelöst worden.

Soldatennikandlungen.

Wien, 12. Dezember. Ein Erlaß des Kriegeministers verurteilt neuerlich auf das entschiedenste die Mißhandlungen und herabwürdigenden Beschimpfungen von Soldaten. Er erinnert darin an die früheren Erlasse, die unmaßstäblich strenge Abmahnung und Einschreiten gegen die Truppenkommandanten androhen, und spricht sich gegen die zu weit gehende Milde der Militärgerichte aus, insbesondere in Ausübung des gerichtsherrlichen Begnadigungsrechtes, gegen die allzu häufige Nachsicht bei der Degradierung sowie gegen allzu rasche Beförderung von Unteroffizieren, die wegen Mißhandlungen zum Chargenverluste verurteilt waren. Der Kriegminister ordnet für die Zukunft sofortige Verweisung wegen Mißhandlung verurteilter Unteroffiziere zu anderen Truppenabteilungen nach Verhängung der Strafe an. —

Schweiz.

Bern, 12. Dezember. Die vereinigte Bundesversammlung wählte zum Bundespräsidenten für das Jahr 1903 den Bundesrat Brenner-Basel (radikal), zum Vizepräsidenten den Bundesrat Kemp-Luzern (katholisch-konservativ).

Frankreich.

Die Affäre Content.

Paris, 11. Dezember. (Fig. Ver.) Der Deputierte Jules Content des Pariser Vorortes Jureh, der ehemals zur revolutionären Gruppe gehörte und sich neuerdings, als er mit seinen sozialistischen Wählern in Konflikt geraten war, den „Vollständigen“ angefreundet hat, ist von einer Versammlung der Parteisektionen seines Wahlkreises aus der geeinigten Partei ausgeschlossen worden.

Content hatte seit längerer Zeit einen Zwist mit der sozialistischen Gemeinderatsmajorität von Jureh und glaubte dabei seiner Sache durch entehrende Anklagen gegen seine Gegner zu dienen. Die Versammlung brachten die Sache vor ein Schiedsgericht und dieses erklärte einstimmig, also auch mit den Stimmen der von Content gewählten Schiedsrichter, die von diesem erhobenen Anwürfe für durchaus unbegründet. Content weigerte sich, sich dem Schiedsspruch zu unterwerfen, und die Parteiversammlung schloß ihn demgemäß aus. Von etwa 600 Anwesenden stimmten nur vier gegen den Ausschluß.

Content will nun nicht „gegangen“ sein und veröffentlicht in der Bourgeoispresse einen Brief, in dem er dem Genossen Dubreuil seinen „Aussritt“ aus der geeinigten Partei anzeigt. Er behauptet, durch das Verfahren seiner Gegner „angeekelt“ zu sein, schimpft über den „Korporalismus“ in der geeinigten Partei usw.

Die Persönlichkeit Contents, der sich in der Kammer nur durch brutale Zwischenrufe hervorgetan hat, wird in der Partei ziemlich schmerzlos entehrt werden. Diese hat allerdings in allernächster

Zeit wohl noch einige „Verluste“ dieser Art in Aussicht. Die Freizimmerler deren die sämigen Deputierten ihre Parteistimmen zu zahlen hatten, ist nämlich abgelaufen! In ihnen gehört Debaye, der am Sonntag für das Budget gestimmt hat. — Er bewilligt das Budget des bürgerlichen Staates, aber nicht das der sozialistischen Partei. . . .

Dänemark.

Der Justizminister klagt gegen „Socialdemokraten“.

Am Montag erhielt „Socialdemokraten“ verantwortlicher Redaktionssekretär Lundbeck die Aufforderung, vor der Vergleichskommission von Kopenhagen Amt wegen „Korruption“ und „Widerlegung schriftlicher Injurien“ zu erscheinen; die gleiche Aufforderung ging anderen Tages dem Obergerichtsanwalt Koch zu, der in demselben Blatt den Artikel „Alberti lügt“ veröffentlicht hatte. Bei der Sache gegen Genossen Lundbeck handelt es sich um einen redaktionellen Artikel mit der Ueberschrift: „Herr Alberti verhöhnt seinen eigenen Vater.“ Der Justizminister hatte nämlich in seinem Blatte „Dannebrog“ über einen dieser Tage wieder zur Behandlung gebrachten sozialdemokratischen Gesetzentwurf geschrieben:

„Redakteur Wijnblad führte im Folkeeting den alten sozialistischen Traber von der Abschaffung von Orden, Titeln und Rang vor.“

Dieser „alte Traber“ ist in Wirklichkeit eine der demokratischen Forderungen der alten dänischen Linkspartei, zu deren wichtigsten Vertretern E. C. Alberti, des Justizministers Vater, und Christen Berg gehörte, dessen Sohn jetzt Minister des Innern ist. Und im Jahre 1874 konnte man in der konservativen Presse Kopenhagens lesen: „Christen Berg, E. C. Alberti und die ganze Linke führten im Folkeeting den alten linken Traber von der Abschaffung von Orden, Titeln und Rang vor.“ (1)

Auf Grund dieser Tatsachen hatte „Socialdemokraten“ dem Justizminister vorgeworfen, daß er seinen eigenen Vater verhöffe.

Ueber den Inhalt des Artikels „Alberti lügt“ haben wir bereits berichtet. Dieser Tage veröffentlichte nun der Obergerichtsanwalt Koch in unserem Kopenhagener Wochenschrift einen „Offenen Brief an den Ministerpräsidenten Christensen“, in dem er die Beschuldigungen gegen Alberti wiederholte und Christensen aufforderte, dafür zu sorgen, daß jener sich rechtfertige oder seinen Ministerposten verlasse. Es sind vier Wochen darüber vergangen, daß Alberti dem Verfasser mit der Anklage gedroht hat, ohne sie zu erheben.

Daß der Justizminister jetzt, statt auf gerichtliche Entscheidung und Bestrafung der Beleidiger zu dringen, einen — Vergleich anstrebt, steht überdies im Widerspruch zu einer noch geltenden Verordnung aus dem Jahre 1800, die besagt, daß Beschuldigungen förmlicher Beamter über ihre Amtsführung und ehrenrührige Verschuldigungen, die ihr Privatleben betreffen, von der Behandlung vor den Vergleichskommissionen ausgeschlossen sind, und die Beamten verpflichtet, in solchen Fällen sofort und unmittelbar die zuständigen Gerichte anzurufen!

Der oberste Beamte der dänischen Justiz hat also nicht nur die ehrenrührigen Behauptungen, daß er das Folkeeting angelogen und seinen Vater im Grabe verhöhnt habe, allzu lange auf sich sitzen lassen, sondern er schlägt nun auch noch einen für Regierungsbeamte unzulässigen Weg ein, um seine Ehre endlich einmal zu reparieren. —

Holland.

Amsterdam, 12. Dezember. (S. S.) Die hiesige Garnison ist infolge der Abfuhr der Arbeitslosen, morgen eine große Kundgebung zu veranstalten, bedeutend verstärkt worden.

Rußland.

Kiew, 12. Dezember. Wegen Teilnahme an den jüngsten Unordnungen an der Universität sind weitere 80 Studenten relegiert worden. Der Minister für Volkserziehung hat die Wiedereröffnung der Universität noch vor den Weihnachtsferien angeordnet.

Amerika.

Zum Prozeß in Idaho. Die Auflage gegen Bettihone soll nun doch zur Verhandlung kommen! Man glaubte, daß nach der Freisprechung von Haywood weitere Mordanklagen gegen die Beamten der Vereinigung der Vergleuten unterbleiben würden, unumkehrbar als die vom Staate bewilligten Mittel aufgebraucht waren. Der Gouverneur Groding hat aber 10 000 Dollar für den Prozeß gegen Bettihone flüssig gemacht, und er erwartet die nachträgliche Bewilligung der Staatslegislatur, die gegenwärtig nicht tagt, für neue Prozeßgelder.

Der Prozeß hat in Boise in den ersten Tagen des Dezember damit seinen Anfang genommen, daß man ein Geschworenengericht zusammenstellte, was ebenso wie bei dem ersten Prozeß gegen Haywood längere Zeit in Anspruch nehmen kann. Die Verteidigung liegt in den Händen desselben Rechtsanwalts Darrow, der für Haywood die Freisprechung glänzend erzielte.

Die Sozialdemokraten des ganzen Landes sowie die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wenden natürlich dem weiteren Verlaufe des Prozeßes ihre volle Aufmerksamkeit zu und bringen auch die Mittel auf zur Verteidigung des Angeklagten. Moyer, der dritte Angeklagte, befindet sich gegen hohe Bürgschaft auf freiem Fuße. —

Brasilien.

Allgemeine Wehrpflicht.

Rio de Janeiro, 12. Dezember. Die Kammer hat in der letzten Sitzung den Gesetzentwurf betreffend die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht angenommen.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

35. Sitzung vom Donnerstag, den 12. Dezember, nachmittags 6 Uhr.

Der Vorsitzende Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr mit einem Nachruf für den verstorbenen früheren Leiter des Statistischen Amtes der Stadt Berlin, Dr. Voelck.

In den Ausschuss für die Vorlage wegen neuer oder erhöhter Forderungen an Vereine, Gesellschaften usw., hat die sozialdemokratische Fraktion die Stadtverordneten Dr. Vernekin, Voermann, Glöck und Nichte, in den Ausschuss für die Vorlage betr. den Botanischen Garten die Stadtverordneten Singer, Stadthagen, Wurm und Jubeil deputiert.

Den Ankauf des Grundstücks Lindenstr. 40 zur Erweiterung des Terrains für die Hauptfeuerwache hat der eingeleitete Ausschuss abgelehnt. Ohne Debatte entscheidet die Versammlung im gleichen Sinne.

In den Vorentwürfen für neue Gemeindeforschulgebäude in der Schönig-, Zwingl- und Panstraße hat der niedergesetzte Ausschuss mehrfache Änderungen empfohlen. In der Schönigstraße will er einen mittleren Rebenhof angelegt wissen, wodurch größere Hoffnungen und ein Kinderhort geschaffen werden könnten; in der Zwinglstraße soll, wenn möglich, der rechte Seitenflügel beseitigt und dafür sollen an der linken Nachbargrenze die Aborte zwischen Rebenhöfen angelegt werden; in der Panstraße soll geprüft werden, ob 1. der linke Flügel des Schulgebäudes sich umformen lasse für den Fall, daß das Restgrundstück dauernd von der Stadt als Spielplatz benutzt werden soll, 2. die beiden Heizungsanlagen zu einer zu vereinigen und die Brausebäder anderweit unterzubringen seien, 3. Räume für einen Kindergarten zu beschaffen sein möchten.

Stadtverorath Hoffmann: Die Anträge, die von verschiedenen Seiten im Ausschuss gegeben worden sind zum Ausbau der Schulen, habe ich bearbeitet und Ihnen heute schon die neuen

Entwürfe mitgebracht. Diese Anregungen waren mir wertvoll, sie haben auch, wie Sie sehen, keine Verzögerung mit sich gebracht. (Beifall.)

Darauf wurden die Ausschufsanträge ohne Debatte genehmigt. Mit dem Vorentwurf zum Neubau der III. Oberrealschule auf dem Grundstück Poststr. 44/47 erklärt sich die Versammlung einverstanden.

Die Magistratsvorlage betreffend den Vorentwurf zum Neubau eines Tuberkuloseheims auf dem Gelände des Rummelsburger Waisenhauses hat der Ausschuss gar nicht in specie Beratung genommen, schlägt vielmehr vor, den Entwurf zunächst der Krankenhausdeputation zur Begutachtung zu überweisen und ferner die Waisenanstalt in Rummelsburg durch die Deputation besichtigen zu lassen und dazu auch den Ausschuss einzuladen.

Ohne Diskussion wird dieser Ausschufsantrag zum Beschluss erhoben.

Am 20. März 1907 hat die Versammlung durch eine Resolution den Magistrat ersucht, in Zukunft bei allen Errichtungen von Bauwerken auf öffentlichen Plätzen und Straßen die Beschlussfassung der Versammlung herbeizuführen. Der Magistrat teilt mit, daß er sich dieser Resolution angeschlossen hat, hält sich aber des Einverständnisses der Versammlung dahin berichtigt, daß es hinsichtlich der Aufstellung von gewöhnlichen Bedürfnisanstalten, Trinkhallen, Wärrerbadern und dergleichen ortswähligen Anstalten an nicht besonders hervortragenden Stellen bei dem bisherigen Verfahren auch weiterhin beizubehalten ist.

Stadtv. Staps (A. L.): Diese Eröffnung deutet sich nicht ganz mit unserer Resolution, an der wir festhalten. Es wird aber bei gegenseitigem Vertrauen ein befriedigender Modus zu finden sein.

Stadtv. Kreitzing (A. L.): Wir sind nicht so vertrauensvoll, beantragen vielmehr, daß in gemischter Deputation der Magistrat mit uns darüber verhandeln möge.

Bürgermeister Dr. Reide: Wenn der Magistrat ausdrücklich erklärt, sich der Resolution anzuschließen, darf er doch das Vertrauen von der Versammlung erwarten, daß er dem entsprechen wird, was hier mit guten Gründen gewünscht worden ist.

Stadtv. Dr. Langerhans (A. L.): Ich habe es erlebt, daß die Gemeindebehörden große Schwierigkeiten und viel Kosten gehabt haben, um die vielen alten Buben, die überall herumstünden, wegzuschaffen. Ich empfehle die Beratung der Frage in gemischter Deputation.

Bürgermeister Dr. Reide: Es handelt sich ja nur um jederzeit widerrufliche Verträge.

Stadtv. Kreitzing: Die Antwort des Magistrats ist so dehnbar, daß er danach eigentlich machen kann, was er will. Rechnen Sie unseren Antrag an. Unsere Resolution hat sich ausdrücklich auf alle Bauwerke erstreckt.

Der Antrag Kreitzing gelangt darauf zur Annahme. Die Stadtv. Dr. Arons und Genossen haben am 3. Dezember beantragt:

Die Versammlung ersucht den Magistrat, Einrichtungen zu treffen und Mittel im kommenden Etat bereitzustellen, die es ermöglichen, die Speisung bedürftiger Schulkinder von Stadtwegen zu bewerkstelligen.

Antragsteller Stadtv. Borgmann (S.): Vor einigen Tagen ist im Reichstage von dem Abg. Erzberger wieder die Beschuldigung erhoben worden, daß die Reichshauptstadt in sozialer Beziehung außerordentlich rückständig wäre. Es ist nicht meine Absicht, zu untersuchen, wie weit er recht hat. Unser Kollege Dove gab im Reichstage Herrn Erzberger zur Antwort, daß die Beschuldigung nicht berechtigt sei; er führte allerlei soziale Lagen der Stadt Berlin an und sagte auch, man wolle jetzt die Speisung der Kinder vornehmen. Ich freue mich, daß diese Aeußerung gefallen ist, um so mehr, weil ich annehmen kann, daß er nicht so aus dem Handgelenk heraus eine solche Aeußerung getan haben würde, und ich hoffe, daß der Antrag damit in seinem Zweck gesichert ist. Es ist aber doch etwas sonderbar, wenn er Anträge, die jetzt noch in der Säube sind, schon davor eskompieren muß, um Berlin zu entlasten. Unser Antrag ist ja nicht neu; er ist in der Öffentlichkeit und hier in der Versammlung schon oft angeregt worden, leider bisher mit sehr wenig Erfolg. Kommen wir heute damit wieder, so deshalb, weil sich herausgestellt hat, daß die freiwillige Wohltätigkeit durch den Druck der Verhältnisse einfach an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt ist; der Verein für Kindervollständigung spricht in seiner Denkschrift offen aus, daß er nicht mehr eine Subvention vom Magistrat verlangen kann, sondern mit ihm darüber verhandeln muß, wie die Institution überhaupt weitergeführt werden könne. Ueber die Notwendigkeit der Speisung von Schulkindern sind alle Einsichtigen einig; Pädagogen und Hygieniker sind einstimmig darin, daß hungernde Kinder unmöglich einen gedeihlichen Unterricht genießen können. Der englische Unterrichtsminister hat die Frage in erster Linie als

Schulfrage

bezeichnet; es sei eine Grausamkeit, hungernde Kinder unterrichten zu wollen. Daraufhin hat die liberale Regierung dort die Sache gesetzlich geregelt. Wie schlechte Ernährung Körper und Geist degenerieren, lehrt eine in Dresden angestellte Untersuchung, die ergeben hat, daß die Arbeiterkinder, die in der Ernährung hinter den Kindern der besitzenden Klasse zurückbleiben, auch in der Entwicklung wesentlich zurückgeblieben sind.

Auch die Mediziner haben in dieser Richtung ganz klare Stellung genommen und auch auf die Beeinträchtigung der Befähigung des Landes hingewiesen. Eine Reihe von Ländern hat auf diesem Gebiete ganz bedeutende Fortschritte gemacht. In Belgien, Norwegen, Italien, England und der Schweiz wird Frühstück und warmes Mittagbrot gewährt; Frankreich hat seine Schulkantinen, dort sind die Verhältnisse geradezu glänzend geordnet. Bei uns in Deutschland sind solche Einrichtungen in verschiedenen Städten auch schon getroffen, Barmen gibt 4750, Pannheim 2100 M. jährlich aus; nach dem Mannheimer Beispiel würden für Berlin 500 000 M. erforderlich sein. Auch Hannover, Charlottenburg, Leipzig, Dresden, Hamburg und Stuttgart geben erhebliche Summen dafür aus; im diesjährigen Etat Stuttgarts stehen 90 000 M., das würde für Berlin 1 Million bedeuten! Und die sozialen Verhältnisse Stuttgarts sind doch nicht schlechter als die Berlins. Nirgends darf diese Unterstützung als Armenunterstützung angesehen werden. In Berlin entstand vor circa 15 Jahren eine derartige private Einrichtung, der Verein für Kindervollständigung. Heute hat er 13 Ämtern, die aber durchaus noch nicht genügen. Berlin hat jährlich durchschnittlich 1200 M. dafür ausgegeben; erst in den letzten Jahren 3000 M.; im ganzen eine höchst geringe Summe. Diese Mägen entsprechen dem Bedürfnis schon deshalb nicht, weil sie nur im Winter, statt während des ganzen Jahres, geöffnet sind. Durch diese Vereinsmäßigkeit wird ferner nur schwächlichen oder kranken Kindern diese Unterstützung zuteil.

Gesunde erhalten nichts;

sie müssen erst so lange hungern, bis sie krank werden, um dann hier Speisung zu erhalten. Der Meinung, als wenn die Einrichtung, wenn sie von Stadtwegen getroffen würde, von vielen bemutet werden würde, die es eigentlich gar nicht nötig hätten, muß ich aufs entschiedenste entgegen treten. Ich habe mich genau informiert und erfahren, daß

geradezu grauenvolle Zustände

herrschen. Ein Lehrer bittet z. B. um noch einen Platz für seine Schule für einen Knaben, der 8 Tage lang nicht ein einziges Mal warmes Essen gehabt hatte, weil sein Vater arbeitslos ist, sich aber geigelt hatte, die öffentliche Wohltätigkeit in Anspruch zu nehmen. (Zurufe.) Es gibt in Berlin eine große Menge Armut, die sich verreckt und nicht an die Öffentlichkeit kommt, weil die Leute sich scheuen, ihre Armut zu betonen und damit ihre öffentlichen Rechte zu verlieren. Die angehenden Mediziner über die Armut, Mangel und Bedürftigkeit der Kinder sind absolut einverstanden.

Regamin, Redakteur: Hans Weber, Berlin, Inzeratenteil verantw.: Th. Viede, Berlin, Druck u. Verlag: Bormanns Buchdr. u. Verlagsanstalt

Es wird gefragt, ob die Arbereliosigkeit die Ursache des Notstandes ist, ob die Mutter Witwe oder eheverlassen ist, ob Armenunterstützung gefahrl. wird, ob mittags gekocht wird, ob das Kind kranklich oder schwächlich ist usw. Diese Fragestellung der recherchierenden Lehrer ist durchaus mufertig. 1906 sind im November 81 400 Portionen verabfolgt worden;

in diesem November ist die Zahl auf 177 000 gestiegen.

Ermeffen Sie das Geld, wenn die Steigerung in einem Jahre über 100 Proz. betragen könnte! Und wieviel Tausende bleiben ungespeist! Nach den Angaben der Rektoren allein sind noch

14 000 bedürftig,

die nicht gespeist werden können. Die städtischen Armenspeiseanstalten sind nicht viel mehr als eine schöne Dekoration, sie werden erst am 15. Dezember eröffnet, so lange ist auch den Armen diese Unterstützung versagt. — Wenn Sie nun anfangen, hungernde Schulkinder zu speisen, so wird damit der sozialdemokratische Zukunftsstaat noch lange nicht eingeführt. Der Verein kann nicht mehr weiter; die Gemeinde ist verpflichtet, hier helfend einzugreifen, sie muß die Vereinsmäßigkeit entweder selbst übernehmen, oder dem Vereine eine größere Subvention geben. Wir haben vor 8 Tagen beantragt, dem Verein sofort die nötigen Mittel zu gewähren; aber der betreffende Ausschuss ist heute erst gewählt worden und wird erst nach Neujahr zusammentreten! (Hört! hört! Unruhe.) Wenn es in diesem Tempo weiter geht, steht der Verein bald vor seinem Zusammenbruch. Kann Berlin das eventuell verantworten? Stadtrat Münchberg hat vor kurzem auf unsere Ausgaben für Schulärzte und für Sänglingspflege als auf große soziale Taten Berlins hingewiesen; Die Schulfrage ist von uns in Flug gebracht worden und hat uns einen ganz kolossalen Kampf gekostet. (Stadtv. Cassel ruft: Uns auch!) Ja, Sie haben gegen uns gekämpft, das ist der Unterschied! Wie hat unter verstorbenen Kollege Freudenberg gearbeitet, um der Idee Eingang zu verschaffen! Und ein Erfolg in der Sänglingspflege wäre vielleicht noch nicht da, wenn nicht eine recht hohe Stelle sich dafür interessiert hätte. Und jetzt führen Sie diese Dinge als Paradepferde vor! Übernehmen Sie die Speisung der Schulkinder in eigene Verwaltung, so wird wahrscheinlich in verhältnismäßig kurzer Zeit einer unserer Magistratsvertreter oder einer unserer bürgerlichen Kollegen auch dieses Paradepferd vorreiten! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Die Furcht, daß der Zusammenhang mit der Familie verloren gehen könnte, besitz gar keine Substanz. Soweit es sich um die aufgefärrte Arbeiterschaft handelt, wird alles daran gesetzt, diese Verpflichtung zu erfüllen, aber wo dieses Verständnis nicht vorhanden ist, können Sie darum die Kinder nicht Not leiden lassen. Ich bitte Sie dringend, dieser ersten Frage Ihre Aufmerksamkeit zu widmen. Nicht große soziale Probleme sind zu lösen, sondern man soll die Kinder nicht hungern in der Schule lassen. Das ist eine unbedingte Aufgabe unserer Gemeinwesen! (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtv. Goldschmidt (A. L.): Weshalb polemisiert denn der Antragsteller bei dieser Gelegenheit gegen die Mehrheit? Die Schuldeputation beschließt sich ernstlich mit dieser Frage, sie hat eine Kommission dafür eingesetzt; auch der Magistrat befaßt sich mit der Frage. Daher ist wohl die Aeußerung des Kollegen Dove im Reichstage zu erklären. Keiner von uns wird ruhig mitansetzen wollen, daß Kinder hungrig dem Unterricht beimohnen sollen. Meinungsverschiedenheit besteht nur darüber, wie dem abzuhelfen. Daher wird der Antrag an einen Ausschuss verwiesen werden müssen. Den Anspruch Erzbergers hat sich Kollege Borgmann erfreulicherweise nicht angeeignet. Die Berliner Stadtbehörden werden sich durch Angriffe ihrer politischen Gegner in ihrer sozialen Arbeit nicht läden lassen. Ein politischer Gegner wird nie das Gute bei seinem Gegner anerkennen (Hört! hört!), nur wir sind tolerant und machen davon eine Ausnahme, wir nehmen das Gute, wo wir es finden. Das Material des Vorstandes des Volkskassenvereins ist ja in den Händen der Mitglieder; es wird noch näher zu prüfen sein.

Stadtschulrat Dr. Fischer: Wir wenden der Frage stündig unsere Aufmerksamkeit zu. Wir haben jetzt auch alle Rektoren, deren Schulen nicht beteiligt sind, zur Aeußerung aufgefordert, und die Antworten sind doch zum Teil sehr interessant. Ein Ausschuss zur weiteren Beratung der Sache wird morgen abend zusammentreten, die Schuldeputation wird vielleicht schon am Mittwoch darüber beraten und über 8 Tage vielleicht schon der Magistrat. Eine Nachprüfung der Angaben des Vereins ist nach dem mit vorliegenden Material dringend notwendig.

Stadtrat Münchberg: Ja kann für die Armenverwaltung eine ähnliche Erklärung abgeben. Herrn Borgmann bemerke ich, daß ich auf jener Konferenz ausführlich über die Sache gesprochen und vor allem ausgeführt habe, daß die Verhältnisse von London und Paris sich mit denen von Berlin gar nicht vergleichen lassen ohne weiteres, da namentlich London die offene Armenpflege fast ganz ausschließt. In diesem Zusammenhang habe ich Berlin in Schutz genommen und auch auf die sozialen Fortschritte der jüngsten Zeit hingewiesen. Endlich habe ich gesagt, mir schiene, eine so ernsthafte Frage dürfte seitens der Stadt nicht unbeachtet bleiben, ohne die allergeringste Prüfung dürfte es aber nicht dabei abgehen, weil eine allzu freie Gewährung die Familien ge- wöhnlich würde, sich allzu sehr darauf zu verlassen, und eine Prämie auf die Nachlässigkeit setzen würde. Ueber die Grundzüge sind wir alle einverstanden, wir können nicht wünschen, daß hungernde Kinder die Schule besuchen. Wir sind aber auch verpflichtet, festzustellen, wie weit eine wirkliche Notlage vorliegt.

Stadtv. Dr. Breuß (soz.-fort.): In jedem Falle ist es erfreulich, daß die Sache soweit gefördert ist, und wir können wohl den Streit um die Urheberschaft fallen lassen. Sicher muß das Material sorgfältig geprüft werden, ich fürchte nur, daß doch vielleicht zu sehr der angeborenen Farbe der Entscheidung des Gedankens Wasse angedrückt wird. Die Schuldeputation hat einen Ausschuss eingesetzt; heute vor acht Tagen haben wir einen Ausschuss beschlossen und der heutige Antrag muß auch an einen Ausschuss gehen. Da haben wir 3 Ausschüsse für dieselbe Frage. Ich kann die Befürchtung nicht los werden, daß jeder sich mehr oder minder auf die beiden anderen verlassen wird. Die Forderung vor acht Tagen sollte doch wohl eine provisorische Ordnung der Sache bringen (Zustimmung); das muß auch jedenfalls geschehen, damit der Verein nicht in seiner Hilfslosigkeit gelassen wird. Mit einer bloßen erhöhten Subvention ist die Sache nicht abzumachen; das Bedürfnis muß nach jeder Richtung erzwungen und angemessene Abhilfe geschaffen werden. Am letzten Ende wird die Sache ja ganz von Stadtwegen gemacht werden müssen; aber ob nicht für den Uebergang die Mitwirkung des Vereins unter Aufsicht und weitgehender Mithilfe der Stadt heranzuziehen ist, mühte auch erzwungen werden. Die Konfuzenzfrage zwischen Armen- und Schulverwaltung sollte jedenfalls die Sache nicht erschweren, damit möglichst rasch und wirksam eingegriffen werden kann.

Stadtv. Cassel (A. L.): Wir haben einstimmig für einen Ausschuss und entschieden. Wir wollen den Antragstellern jedenfalls Gelegenheit geben, ihre Gedanken in einem Ausschusse zu entwickeln, da sie in der Schuldeputation nicht vertreten sind. Hebrigens sollte die Liebe zu den Kindern weiter gehen als ein falsches Schamgefühl; eines solchen Vater, der sich scheut, an die öffentlichen Einrichtungen heranzutreten, verleihe ich nicht. In allen derartigen Fällen Abhilfe zu schaffen, würde überhaupt nicht möglich sein. Wenn mit vollem Rechte angeführt wird, was Berlin getan hat, so nennt das Herr Borgmann Paradepferde vorführen! Es wird sich in nächster Zeit bei einer bestimmten Veranlassung Gelegenheit ergeben, mit denen abzurechnen, welche die unwahre Behauptung aufstellen, daß die Gemeindebehörden Berlins so wenig in sozialer und kultureller Beziehung getan hätten.

Stadtv. Herzberg erklärt für die „Freie Fraktion“, die Wohltätigkeit, eine Herde unserer Stadt, solle durch die städtische Maßnahmen nicht ausgeschaltet werden. Die Frage sei mehr oder

weniger eine Vorherbergsfrage. Dem Verein solle mit großen Mitteln möglichst bald geholfen werden. Uebernehme man die Sache auf die Stadt, so würden bald auch diejenigen, die es nicht nötig haben, diese Leistung als ihr Recht von der Stadt fordern. Ausschussberatung sei unnötig.

Stadtv. Mischelet (Z. Fr.): Bei der heutigen Konstituierung des vor acht Tagen beschlossenen Ausschusses war Herr Borgmann mit seinen Kollegen nicht anwesend, und heute erhebt er trotzdem gegen diesen Ausschuss, der mich zum Vorsitzenden gewählt hat, Vorwürfe! Ich bitte die Versammlung, den vor acht Tagen diesem Ausschusse überwiesenen Antrag Acons dem heute eingesehenen Ausschuss mitzugeben.

Stadtv. Dove (A. L.) erklärt, der Kollege Borgmann sei im Irrtum, wenn er annehme, daß er (Dove) in der Erwiderung auf Erzberger von der Kinderpeisung gesprochen habe.

Damit schließt die Beratung.

Stadtv. Borgmann (Schlußwort): Der Ton, der heute durchklang, läßt zweifellos erkennen, daß die ganze Angelegenheit auf manchen Seiten einen unangenehmen Eindruck gemacht hat. (Widerpruch!) weil auf diesem Gebiete bisher von Berlin so wenig geleistet worden ist. Stadtschulrat Fischer bemerkte, auch die Frage habe geprüft werden müssen, wie es komme, daß eine Reihe von Schulen in ärmeren Gegenden sich nicht an der Einrichtung beteiligen, und hat gemeint, die erhaltenen Antworten gäben ernten Erwägungen Raum. Es erscheint doch eigenartig und merkwürdig, wenn man jetzt diejenigen, die sich nicht beteiligt haben, gegen die anderen ausspielen will (Unruhe.). Das von den Rektoren und Lehrern gelieferte vorhandene Material können Sie doch damit unmöglich aus der Welt schaffen. Herrn Cassel erwidere ich, daß unsere ersten Anregungen wegen der Schulärzte von der Mehrheit als ein Einbruch in die heiligsten Rechte der Familie abgelehnt worden sind. Nichts sollte energischer abgelehnt werden als die Beteiligung der Armenverwaltung; die muß hier ganz ausbleiben (Zurufe), aus dem Grunde, weil eine Armenunterstützung von den Eltern abgelehnt wird. (Lebhafter Zustimmung bei den Soz.) Wunderbar ist jedenfalls, daß die Armenverwaltung, wenn sie sich mit der Sache befaßt, noch nicht damit zu Ende gekommen ist, denn die erste Anregung geschah doch schon im Januar! Auch in Berlin haben wir unausgeseht eine rückläufige Geburtsziffer; die Abweisung des Vergleiches mit Paris ist also nicht strikte zu nehmen. Unsere Pflegegebäude sind erst jüngst von 8 auf 9 W. für das Kind erhöht worden; manche Kommissionen sind noch heute engherzig genug, nur 6 W. zu geben; was kindt wohl eine Mutter mit 20 Pf. für die Ernährung eines Kindes an? Der Forderung, der freien Liebestätigkeit die Sache zu überlassen, steht die Erklärung des Vereins entgegen, daß es damit nicht wege weiter geht. Wir haben doch die allgemeine Schulpflicht, die Speisung ist eine notwendige Ergänzung dieses Zwanges. (Beifall.)

Nach persönlichen Bemerkungen der Stadtv. Cassel, Goldschmidt und Borgmann wird der Antrag einem Ausschuss überwiesen. Bezüglich der Anregung des Stadtv. Mischelet wird auch eine längere Aussprache gepflogen; schließlich folgt die Versammlung einer Anregung Singers, den Ausschussvorsitzenden Mischelet zu bitten, den Ausschuss zur gesonderten Beratung des Antrages Acons baldigt zu berufen.

Hierauf gibt der Vortrager bekannt, daß ihm soeben ein dringlicher Antrag eingereicht sei, der sich auf die der General-synode vorliegenden Anträge des Kirchenregiments betr. das Pfarr-mehrrecht beziehe. Es sei sofortige Erledigung beantragt.

Stadtv. Modler (A. L.) will den Antrag begründen; Stadtv. Rhlmann (Z. Fr.) protestiert indes gegen ein so wenig sach-gemäßes Verfahren, und die Verhandlung des Antrages wird damit hinfällig.

Die Vorlage betr. die Weiterführung der beiden nördlichen städtischen Straßenbahnlinien vom Weddingplatz nach dem Augustenburgerplatz und vom Wallenplatz (Vorgeschleife) bis zur Warschauerbrücke wird unverändert angenommen.

Die Vorlage betr. die Veränderung der Baufluchtlinie der Französischen Straße wird auf Antrag Galland (A. L.) einem Ausschuss von 10 Personen überwiesen.

Inzwischen hat Stadtv. Modler seinen Dringlichkeits-antrag erneut eingebracht, wogegen diesmal niemand Widerspruch erhebt; er lautet:

„Ich dem Magistrat bekannt, daß der zurzeit tagenden General-synode ein Antrag, das Pfarrbesetzungsrecht betr., vorliegt, durch dessen Annahme die vitalsten Interessen der evangelischen Landeskirche aufs schwerste bedroht und geschädigt werden und der Stadt Berlin das Patronatsrecht genommen wird? Welche Schritte gedenkt der Magistrat dagegen zu tun?“

Stadtv. Modler führt aus, daß die ganze liberale Christenheit sich gegen die geplanten Maßnahmen der General-synode, durch die das Pfarrbesetzungsrecht der Gemeinden illusorisch würde, sträuben mühte. Nachdem alle anderen Bemühungen dagegen zu Wasser geworden seien, mühte der Magistrat Schritte dazu tun.

Bürgermeister Dr. Reide: Auch der Magistrat ist leider ganz überrascht worden; er wäre auch gar nicht in der Lage gewesen, Stellung zu nehmen. Es wird nötig sein, die Sache morgen im Magistrat zur Sprache zu bringen, damit dieser schleunig Stellung nimmt und vielleicht auf der General-synode eine Vertagung erzielt. Das will ich gern in die Hand nehmen.

Stadtv. Modler dankt für diese Zusage. Eine Abstimmung über den Antrag findet nicht statt. Schluß 9 Uhr.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Einer da drunten in München!

München, 12. Dezember. (W. T. B.) In der heutigen Sitzung des geschäftsführenden Ausschusses des Bayerischen Landesverbandes des deutschen Flottenvereins, welche von fast sämtlichen Mitgliedern besucht war, hat der gesamte Vorstand und geschäftsführende Ausschuss einstimmig beschlossen, aus denselben Gründen wie Prinz Rupprecht, sein Amt niederzulegen, unter einstimmiger Annahme einer Erklärung, welche sich gegen die Wahl des Generals Reim wendet.

Wirkungsvolle Wahlrechtsdemonstration.

Wgram, 12. Dezember. (W. T. B.) Anlässlich der heutigen Eröffnung des kroatischen Landtages, der sofort wieder geschlossen und aufgelöst wurde, haben die Sozialdemokraten behufs Demonstration für Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts den Generalsireit proklamiert. Alle Betriebe, Gastwirtschaften usw. sind geschlossen. In den Straßen fanden Demonstrationsumzüge statt, die gesamte Polizei und Gendarmarie war aufgeboten, das Militär war in den Kasernen konzentriert. Bisher ist die Ruhe indessen nirgends gestört worden. Mittags begab sich eine Deputation der Sozialdemokraten in das Landtagsgebäude und überreichte dem Präsidenten ein Memorandum. Der Präsident versprach, sein Möglichstes zu tun, daß die darin geäußerten Wünsche erfüllt werden.

Verkehrverbesserungen.

Wien, 12. Dezember. (W. T. B.) Die Internationale Fahrplankonferenz hat heute ihre Arbeiten beendet. Zur Beratung gelangten u. a. die Einführung einer neuen Schnellzugverbindung Wien—Berlin, eines direkten Schnellzuges Wien—Kiew—Odesa und eines solchen Lemberg—Berlin.

Eisenbahnkatastrophe.

Besancon, 12. Dezember. (W. T. B.) Auf der Strecke Basoul—Besancon stießen in der Nähe der Station Valerol-le-Bois zwei Züge aufeinander. Fünf Personen sind getötet, fünfzehn verletzt worden.

Paul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 4 Beilagen u. Unterhaltungsblatt

Reichstag.

72. Sitzung, Donnerstag, 12. Dezember 1907, 1 Uhr nachm. Am Bundesratssitz: Delbrück, v. Bethmann-Hollweg.

Die Anträge der Geschäftsordnungs-Kommission, die Genehmigung zur Strafverfolgung der Mitglieder Schwabach (natl.) und Dr. Pichler (Z.) nicht zu erteilen, werden debattiert...

Abgeordnetenhaus.

6. Sitzung vom Donnerstag, 12. Dezember, 11 Uhr. Am Ministerische: v. Koltke, Fehr, v. Rheinbaben, v. Arnim.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die erste Beratung des Entwurfs eines Polizeikostengesetzes.

Nach dem Entwurf sollen die Orte mit königlicher Polizeiverwaltung zu den Kosten dieser Verwaltung zwei Fünftel beitragen und an den Einnahmen aus dieser Verwaltung zu zwei Fünfteln teilnehmen.

Minister des Innern v. Koltke: Ich bedauere, daß dieser Entwurf, die erste Vorlage, die ich zu machen habe, einem großen Teil unserer großen und größten Städte kein willkommenes sein wird.

Abg. v. Tressow (L.): Zu prüfen wird sein, ob der Abschlag von 4 Proz. in Berlin genügend ist, um diese Stadt vor ungerechtfertigter Belastung zu schützen.

Abg. Schrader-Kassel (natl.): Wenn gesagt wird, daß die Gemeinden mit eigener Polizeiverwaltung höhere Kosten aufbringen müssen als diejenigen mit staatlicher Verwaltung...

Abg. Dr. König-Krefeld (Z.): Der größte Teil meiner politischen Freunde sieht dem Gesetzentwurf nicht ungenügend gegenüber.

Abg. Dr. Nowaldt (H.): Auch meine politischen Freunde sind mit der Ueberweisung an eine Kommission einverstanden...

Abg. Cassel (fr. Sp.): Es bedeutet einen schmerzlichen Eingriff in die Rechte der Selbstverwaltung, wenn sie bei der Verteilung der Kosten gar nicht mitreden darf...

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

Abg. Graf Knitz (L.): An dem Rückgang der Börsen ist nicht das Börsengesetz schuld, das zeigen uns die alljährlichen Verhältnisse an ausländischen Börsen.

gemacht werden, damit wieder Ordnung in die Arbeiterverhältnisse gebracht wird. (Beifall rechts.)

Die zweite Interpellation begründet

Abg. Dr. v. Bohna (H.): Mit der gesteigerten Lebenshaltung und der fortgeschrittenen Schulbildung werden die Arbeiter immer mehr der Landwirtshaft entfremdet...

an die Grenze befördert

werden! Wir halten die Einführung des Legitimationszwanges für sehr notwendig. (Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim:

Die Industriearbeiter unterstützen die Gewerbeordnung, und gegen sie Maßregeln zu treffen, wäre Sache des Reiches. Bei den Maßnahmen gegen die landwirtschaftlichen Arbeiter handelt es sich in der Hauptsache um eine Befämpfung des Kontraktbruchs.

die Wanderarbeiter

zum großen Teil mit einer ganzen Reihe von falschen Pässen versehen sind. Wir haben daher für die Einwanderung über die östliche Grenze eine

Legitimationskarte

eingerichtet, in der der Name und die Nationalität des Arbeiters sowie auch der Name des Arbeitgebers enthalten ist, welchem er verpflichtet ist. Die Karte darf nur bei ordnungsmäßiger Lösung des Arbeitsvertrages auf einem anderen Ort gefordert werden.

ein möglichst dichtes Netz von Legitimationsämtern.

Eine große Zahl „gemeinnütziger Arbeitsnachweise“ hat sich der Regierung hierzu zur Verfügung gestellt und mit ihrer Hilfe sind Legitimationsämter an der schlesischen und einem Teil der böhmischen Grenze errichtet worden.

Es wird abzuwarten sein, wie sich diese Maßregel bewährt, ehe wir zu weiteren Maßnahmen übergehen.

Abg. Dippe (natl.): Wir begrüßen jedes Mittel, das und geeignet erscheint, dem Kontraktbruch der Arbeiter entgegenzuwirken. Das vom Minister genannte Mittel des Legitimationszwanges greift an die Wurzel des Übels.

Landwirtschaftsminister v. Arnim: Ich habe noch nachzutragen, daß

auch die industriellen ausländischen Arbeiter

mit Legitimationen versehen werden, und sie werden ebensohin ausgewiesen wie die landwirtschaftlichen Arbeiter, wenn sie keine oder eine falsche Legitimation haben.

Abg. Goldschmidt (fr. Sp.): Wir haben die Erklärungen des Ministers mit lebhafter Befriedigung entgegengenommen. Wir freuen uns, daß auch die Staatsregierung der Meinung ist, daß die Arbeiterfrage in der Landwirtschaft nicht durch Polizei und Strafrecht gelöst werden kann.

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Abg. v. Pappenheim (L.) und Genossen: Welche Anordnungen gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um den überhandnehmenden Rechtsverletzungen ausländischer Arbeiter Einhalt zu tun?

Nächste Sitzung: Freitag, 1 Uhr. Tagesordnung: 1. Rechnungsachen. 2. Fortsetzung der Beratung über das Gesetz betr. Änderung des Börsengesetzes. 3. Erste Beratung eines Gesetzes betr. Erleichterung des Wechselverkehrs. 4. Erste Beratung eines Gesetzes betr. den Vogelsschutz. Schluß 6 1/2 Uhr.

anderen deutschen Staaten Verträge abzuschließen, damit auch diese den Legitimationszwang einbüßen.

Abg. Frick (nat.): Die Industrie hat ebenso unter dem Kontraktzwang der ausländischen Arbeiter zu leiden wie die Landwirtschaft, in dem aber auch der Meinung, daß das von der Regierung angewandte Mittel des Legitimationszwanges geeignet ist, dem Kontraktbruch entgegenzuwirken.

Abg. Verold (Z.) bemerkt, daß die Durchführung des Kontraktzwanges der Landarbeiter in der Landwirtschaft wohl mit Schwierigkeiten verbunden sei, daß diese aber sehr wohl in der Lage sei, sich über diese Schwierigkeiten hinwegzusetzen.

Ein Schlußantrag wird angenommen. Damit sind die Interpellationen erledigt, und die Tagesordnung ist erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch, den 8. Januar 1908, 1 Uhr. (Einbringung des Etats. Antrag Hammer, betr. des Verdingungsweises.)

Schluß: 4 1/2 Uhr.

Die Flottenpumpwirtschaft in der Budgetkommission.

4. Sitzung vom 12. Dezember.

Wichtig bei den Flottenplänen über gibt eine ungeheure Steuervermehrung? Das war die Frage, welche heute die Budgetkommission sehr lebhaft beschäftigte. Abg. Müller-Gulda schlägt vor, die Bedienung ganz anders als bisher zu regeln. Bisher sind auf Ersatzbauten auch Anleihen genommen worden, das hat die Schuldenlast so stark erhöht, daß man auf dem Wege nicht weiter gehen kann. Er schlägt vor, alle

Ersatzbauten aus dem ordentlichen Etat

zu bezahlen und nur Neubauten auf Anleihen zu nehmen. Wenn der Neubau auf Anleihen geht, kann man nicht den Ersatz desselben Schiffes wieder auf Anleihen nehmen. Falls dieser Vorschlag abgelehnt wird, möge ein größerer Prozentsatz der Bauausgaben auf den ordentlichen Etat genommen werden. Nach dem Flottengesetz von 1900 sollen 6 Proz. des Wertes des ganzen Schiffbestandes aus laufenden Mitteln erneuert werden. Dieser Prozentsatz sei zu niedrig. Der Referent stimmt diesem Vorschlag zu, da gegenwärtig sich Graf Deists gegen diese Finanzierung

Schaffmeister von Stengel wendet sich zunächst noch einmal zu den

Flottenplänen der Nationalliberalen.

Wenn man verstanden haben sei, daß er diesen Plänen nicht schatzgenu entgegen getreten sei, so bemerkt er, daß er dazu keine Veranlassung gehabt habe. Für 1908 würde nichts verlangt und hätte er sich gegen die 1912 wirksam werdenden Pläne wenden wollen, da möchte er nicht,

da er sich nicht mit den Absichten der Regierung in Widerspruch

setze, da er diese noch nicht kenne. Was die Deckungsfrage anbelange, so sei ihm der Zentrumsantrag sehr sympathisch. Trotzdem müsse er um Ablehnung des Antrages bitten und zwar wegen der Schwierigkeit, die erforderlichen Summen für den ordentlichen Etat zu beschaffen. Die Annahme des Antrages würde eine

ungeheure Steuervermehrung

notwendig machen, jetzt, wo man über die neuen Steuern noch nicht einig, aber eine Vermehrung sehr schwierig sei. Man möge es also vorzuziehen noch bei den Anleihen belassen.

Schaffmeister (Dem.) möchte wissen, wie die 100 Millionen Defizit gedeckt werden sollen. Er möchte jetzt dem Zentrumsantrag nicht zustimmen, nächstes Jahr will er mit sich reden lassen, dieses Jahr soll es beim Schuldenmachen bleiben. Der Meinung sind auch die Freisinnigen; Dr. Wiemer verweist auf die Finanzierung des Etats, wenn man diesen Antrag, vor dem er eine prinzipielle Verabredung macht, annehme. Er rat dem Zentrum, neue Steuern vorzuschlagen und zu bewilligen, dann könne man wieder darüber reden. Wammes spricht sich in ähnlichem Sinne aus. Auch v. Blüthner lehnt für die Konventionen gleichfalls den Zentrumsvorschlag ab. Gräberer polemisiert gegen v. Stengel, weil dieser sich nicht schatzgenu gegen die nationalliberalen Flottenpläne gewandt hat, in anderen Fällen sei er immer sehr rasch bei der Hand, die hohen Mehrausgaben vorzubringen. Den freisinnigen Rat, neue Steuern zu suchen, gibt er zurück, es sei

Sache der Mehrheit, für neue Steuern zu sorgen.

Der Zentrumsantrag sei durchaus zeitgemäß, da jetzt doch neue Steuern kommen sollen, sei es nur richtig, gleich möglichst gründlich für Ordnung der Reichsfinanzen zu sorgen. Müller-Gulda führt noch aus, daß

mit dem Gebe der Steuergahler schauderhaft gewirtschaftet

werde. In Schiffen, die 1908 fertig geworden und 1904 in Dienst genommen wurden, müssen heute Grundreparaturen vorgenommen werden, die Neubauten gleich kommen. Gräberer protestiert den Blick weilt, indem er schadenfroh meint, auf ein paar Duzend Millionen neuer Steuern werde es der Mehrheit nicht ankommen, wenn sie die langverwartete Finanzreform vornehme. Wollte man den Antrag Müller-Gulda nicht annehmen, so möge man wenigstens beschließen, daß von 1908 ab ein größerer Anteil an den Schiffbaukosten in den ordentlichen Etat übernommen werden. Der nationalliberale Abg. Semler will auch für 1908 keine Bindung, also eine

merkliche Flottenpolitik und nichts beschließen!

Alles auf Anleihen! Wohin das führen soll, darüber machen sich die Herren keine Kopfweh.

Der Antrag Müller-Gulda, die Ersatzbauten künftig auf den ordentlichen Etat zu nehmen, wird von der Mehrheit abgelehnt. Auch der Eventualantrag Gräberer, 1909 einen höheren Anteil der Baukosten in den ordentlichen Etat zu nehmen wird abgelehnt, da für ihn nicht außer Zentrum und Sozialdemokratie nur Abg. Paasche. Auch die Freisinnigen stimmen trotz ihrer angeblichen prinzipiellen Zustimmung dagegen! Längere Debatten entwickelten sich nun noch über die Forderungen für

kapitalintensive Grundreparaturen.

Müller-Gulda erinnert an den von ihm schon erwähnten Fall, wo an einem kaum fertig gestellten Schiffe Grundreparaturen gemacht werden mußten. Der Minister soll doch mal erklären, ob Orsola recht hat, daß eine ganze Reihe Schiffe nur als Reparaturen bestehen, absolut wertlos seien.

Krippe nimmt die Marineverwaltung gegen die Forderung an, die in dem Bericht der Kommission enthalten sind. Es sei notwendig, daß in Deutschland langsame gebaut werde, wie in anderen Staaten. Er gibt dann noch eine längere vertrauliche Mitteilung über den Stand der Flotte. Die Debatte wendet sich nun wieder einmal den

Angriffen in der „Kundschau“

zu. Paasche und Orsola schütteln die „Kundschau“ ziemlich energisch ab, sie hätten nicht die geringste Verbindung mit der „Kundschau“. Semler und Stresmann schweigen. Bekterer verweist auf die Sitzung, als diese Diskussion lebhafter zu werden droht.

Es wurde übrigens gestern, als Herr Stresmann in der Budgetkommission durch den Abg. Wammes erwidert war, angenommen, die nationalliberale Partei habe es für ratsam gehalten, diesen Herrn, der vor der Budgetkommission im Namen der leitenden Herren im Flottenkreise Erklärungen abgab, in der Berichterstattung zu lassen. Da hatte man die nationalliberale Partei überhört. Heute war Herr Stresmann wieder am Platz. Ueber die Gründe für seine Abwesenheit tauchte innerhalb der Kommission die Ansicht auf, Herr Stresmann, der in seinem Privatverhältnis Generalprokurator der vereinigten Schokoladenfabriken ist, habe eine Schokoladenfabrik zur Strafgewinnung

gegen Kaiser mobil gemacht und sei heute noch eine florierende Geschäft „da unten in München“ lordegeschäftlich zurückgekehrt.

Strescher verlangt Veröffentlichung der Sitzungsprotokolle, er lasse sich nicht gern nachhaken, daß er weniger flottenferndlich sei, als die Nationalliberalen. Semler, Wiemer und andere wenden sich gegen Veröffentlichung der Protokolle, sie wollten nicht gegen die Presse polemisieren. Auch in den wiederholten Reden zu dieser Sache gibt Semler keine bestimmte Erklärung zu der „Kundschau“-Notiz an. Referent Abgeordneter Thünefeldt stellt den Antrag, für Grundreparaturen und Umbauten einen eigenen Abschnitt im Etat zu bilden und diese Positionen aus den Schiffsbauten, welche auf Anleihen gehen, herauszunehmen und sie in die Ausgaben des ordentlichen Etats einzureihen. Der Antrag wird mit Mehrheit angenommen.

Die Titel 1—16 des Kapitels 6 „Schiffsbauten und Armierung“, welche meist Katenbewilligung für Ersatzbauten enthalten, werden genehmigt.

Müller-Gulda kündigt an, daß er zu den weiter geforderten Ersatzbauten eine Reihe Fragen zu stellen habe, desfalls wird die Sitzung abgebrochen.

Parlamentarisches.

Resolutionen über Arbeitsverhältnisse.

Die sozialdemokratische Fraktion hat zum Reichstag des Juners fünf Resolutionen eingebracht, die sich auf Arbeitsverhältnisse beziehen.

In der ersten wird die Vorlegung eines Gesetzentwurfes verlangt, der alle Arbeits- und Dienstverhältnisse betrifft, durch welche sich jemand verpflichtet, einen Teil seiner geistigen oder körperlichen Arbeitskraft für die häusliche Gemeinschaft, ein wirtschaftliches oder gewerbliches Unternehmen eines anderen gegen Lohn zu verwenden. Der Gesetzentwurf soll die Verhältnisse aller Arbeiter und Angestellten in der Industrie, im Handel, in der Landwirtschaft und in den häuslichen Diensten einheitlich regeln. Insbesondere soll das verlangte Gesetz die Zeit, die Dauer und die Art der Arbeit so regeln, wie es die Erhaltung der Gesundheit, die Gewähr der Stillschließlichkeit, die wirtschaftlichen Bedürfnisse der Arbeiter und ihr Anspruch auf gesellschaftliche Gleichberechtigung fordern. Ferner soll er die Kranken-, Unfall-, Invaliditäts-, Alters-, Arbeitslosen-, Heilkosten- und Pensionskassen-Versicherung für alle Angestellten und Arbeiterkategorien ausbauen. Die Vorlegung eines derartigen einheitlichen, sämtlichen Arbeitsverhältnisse, insbesondere auch die der Privatangestellten, ländlichen Arbeiter und des Gefängnis-unterstellten Gesetzentwurfes ist vom Reichstage bereits im Jahre 1896 fast notwendig erklärt.

Eine zweite Resolution verlangt ein Reichs-Vergleichs-, reichs-gesetzliche Regelung der Arbeitsverhältnisse der Bergleute im Sinne des von der Fraktion wiederholt, zuletzt am 20. Februar 1907 vorgelegten Gesetzentwurfes sowie eine einheitliche Regelung des Knappschaftskassenwesens unter reichsgesetzlicher Festlegung des geltenden Wahlverfahrens für die Vertreter der Knappschaftskassenmitglieder.

Die dritte Resolution verlangt Bundesratsverordnungen auf Grund des § 120a der Gewerbeordnung zum Schutze der in Glashütten beschäftigten Arbeiter gegen Anreizgefahren, Beschränkung der Arbeitszeit auf acht Tagestunden, Verbot der Nachtarbeit in Glashütten an den Gläsern behufs Verarbeitung der Glasmasse sowie des Streckens an den Strecköfen; ferner Verbot der Sonn- und Festtagsarbeiten in Glashütten mit Ausnahme der erforderlichen Erhaltung des Feueres an den Öfen. Für Glas- und Strecköfen, bei denen Schichtwechsel eingeführt ist, soll die erste Schicht nicht vor 4 Uhr morgens und die zweite nicht nach 10 Uhr abends enden dürfen.

Zum Schutze der in Walzstättenwerken und Metallschleifereien beschäftigten Arbeiter sind die in der vorjährigen Resolution und in dem kürzlich gestellten Antrage aufgestellten Forderungen in einer vierten Resolution wiederholt.

Die fünfte Resolution verlangt Vorlegung eines Gesetzentwurfes zum Schutze der Arbeiter des Baugewerbes durch Einrichtungen der Baubetriebe, Unterflurräume, Unfallverhütungsvorrichtungen und Pantontourneure gemäß dem von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Bauarbeiter-Schutzgesetzentwurfes.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beendigte gestern die Prüfung des gegen die Wahl des Abg. Gräberer (Z. Meinungen, Sonneberg-Saalfeld) eingelegten Protestes. Das Resultat war, daß dem Protest vorläufig stattgegeben und die Wahl beanstandet wurde.

Kud der Majestätsbeleidigungskommission.

Die Kommission erledigte gestern den Gesetzentwurf, der eine Einschränkung der Majestätsbeleidigungsprozesse bringen soll, in zweiter Lesung. Eine lange Debatte entwickelte sich nochmals über die geringen Verbesserungen, die von der Kommission in erster Lesung herabgebracht waren. Der Staatssekretär Riederding predigte wieder den alten Vers von dem „Gnadenbengel“ der Fürsten, an dem möglichst wenig geändert werden dürfe. Ganz unannehmbar sei für die Regierung, daß die Verfolgung aller, auch der öffentlich, böswillig und mit Ueberlegung ausgeprochenen Beleidigungen noch auf Genehmigung der Landesjustizbehörde gebunden sein soll. Man könne dem Kaiser nicht zumuten, ein Gesetz zu vollziehen, das Majestätsbeleidigungen, die böswillig und mit Ueberlegung ausgesprochen wurden, unter gewissen Umständen für straflos erklärt. Seine tritt diesen Ausführungen sehr lebhaft entgegen: Die Gemeindegewaltverbrechen mache keine Beleidigung straflos, verhöre aber triviale Prozesse. Es blieb indeffen jedes Wort vergeblich: Die Mehrheit war einig in der Ansicht anzufallen.

Schon vor der Sitzung lag ein Kompromißantrag Müller-Gulda vor, der einige Vorteile der ersten Lesung preisgab; durch einen Antrag Orsola wurde noch mehr geapert und von der Mehrheit halfen die Abgg. Barenhorst, Brunckermann verabschieden. Da kam etwas heraus, das fast schlimmer ist als die Regierungsvorlage. Nur in einer Richtung drang die sozialdemokratische Fraktion mit einem Antrag durch: Keine und Genossen beantragten, Abt. 2 des § 95 zu streichen; dieser bestimmt, daß neben Gefängnisstrafe auf Verlust eines öffentlichen Amtes und eines aus Wahlen hervorgegangenen Mandates erlaubt werden kann. Hier wurde nun mit einigen Stimmen Mehrheit die Besetzung der Aberkennung des Mandats gestrichen. Das Strafminimum wurde nicht allgemein herabgesetzt. Das Gesetz hat nun folgenden Wortlaut:

Die Beleidigung ist nur dann auf Grund der §§ 95, 97, 99 und 101 strafbar, wenn sie in der Absicht der Ehrverletzung, böswillig und mit Ueberlegung begangen wird. Sind mildernde Umstände vorhanden, so kann die Gefängnisstrafe auf sechs Monate bis auf eine Woche herabgesetzt werden. Die Aberkennung eines aus öffentlichen Wahlen hervorgegangenen Mandats ist unzulässig.

Die Verfolgung verjährt in sechs Monaten. Ist die Verjährung nach Absatz 1 ausgeschlossen, so finden die Vorschriften des vierzehnten Abschnitts des Strafgesetzbuches Anwendung.

Das ganze Gesetz wurde mit 188 gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Vollstreckung.

Die Kommission des Abgeordnetenhauses zur Vorbereitung der Vollstreckung hält heute (Freitag) noch eine Sitzung ab, um die Vorlage in zweiter Lesung zu erledigen. Die Verlaute ist zwischen der Regierung und den beiden konservativen Parteien sowie den Nationalliberalen eine Verständigung auf der Grundlage erfolgt; daß sechs Kreise ausdrücklich in den Gesetzentwurf aufgenommen werden, in denen die Entzignung von Grundbesitz zulässig sein soll. —

Aus der Partei.

Konferenz der Sozialdemokratie Rußlands.

Der kürzeste hat eine allgemeine Konferenz der sozialdemokratischen Partei Rußlands gelagt, die sich im wesentlichen mit dem beiden Fragen: Sozialdemokratie und Duma und Beteiligung von Parteimitgliedern an der bürgerlichen Presse beschäftigte.

Wie fast in allen Fällen, wo es sich um wichtige taktische Fragen handelt, fanden sich beim ersten Punkt zwei Anschauungen — die der Volkswilki und die der Menschewiki — gegenüber, die in den Referaten deutlich zum Ausdruck kamen. Der bolschewistische Referent wies auf die Möglichkeit zweier Richtungen in der gegenwärtigen Duma hin: einer orthodox-rechten und einer orthodox-linken. Beide „Blöcke“ sind ihrem Wesen nach konterrevolutionär; der Unterschied besteht nur darin, daß der erstere offen nach der Wiederaufrichtung der alten Selbstherrschaft strebt, der letztere dagegen durch Scheinreformen der Volksbewegung Einfluß tun will. Die Sozialdemokratie müsse daher beide „Blöcke“ bekämpfen. Besonderen Nachdruck legte der Referent auf die Kritik der Arbeitern. Er verlangte, die Sozialdemokratie solle unter keinen Umständen und in keiner Form, selbst nicht in der eines Informationsbureaus, mit ihnen zusammenwirken. Dagegen solle ein Zusammengehen mit den Kadetten der Fraktion als Pflicht aufgelegt werden. Die Ansicht der Menschewiki und des „Bundes“, dessen bester Führer das zweite Referat übernommen hatte, ging dahin, die Sozialdemokratie dürfe mit keiner Partei, auch nicht mit den Kadetten, ein Bündnis schließen; dafür müsse sie aber alle diejenigen Schritte, die in der Richtung ihres eigenen Programms liegen und dem Volk neue Kampfsmöglichkeiten bieten, unternehmen. Einerlei von welcher Partei solche Schritte auch ausgehen mögen, selbst wenn sie vom orthodox-linken Block getan werden, über dessen Zustandekommen freilich in den Reihen der Menschewiki selbst die Meinungen auseinandergehen. Die schließlich angenommene Resolution kennzeichnet den Sieg der Volkswilki. 10 Volkswilki, 5 Polen und 3 Letten stimmten gegen 4 Menschewiki (2 Letten), 6 Bundisten und einen Letten. Die Resolution fordert eine scharfe Abgrenzung der sozialdemokratischen Fraktion von den Kadetten und ein Zusammengehen mit der „Linken“. Sollte der Fall eintreten, daß die sozialdemokratische Fraktion mit der bürgerlichen Opposition stimmen müsse, so soll sie dafür sorgen, daß dieses Vorgehen nicht als Unterstützung dieser Opposition gedeutet werden kann.

Lebhafte Debatten entzifferte die Frage über die Beteiligung von Parteimitgliedern an der bürgerlichen Presse — eine Erscheinung, die, außer vielleicht in Frankreich, nirgends so verbreitet ist, wie in Rußland. Die Partei verfügt ja über kein legales Vorkörperorgan. Nun muß aber festgestellt werden, daß bei dieser Mitarbeit mandamental das Wort des vom Parteivorstande Kommissar und Erlaubnis überschritten und die bürgerliche Presse zum Schauplatz von Fraktionsstreitigkeiten u. a. gemacht wurde. Auf Grund solcher traurigen Vorkommnisse wollten die Unversöhnlichen der Volkswilki ein für allemal jede Beteiligung an der bürgerlichen Presse verboten wissen. Andere verlangten eine strenge Regelung dieser Beteiligung und scharfe Kontrolle durch das Zentralkomitee oder durch eine spezielle Kommission. Die Menschewiki und der Bund verließen sich auch nicht der Notwendigkeit einer Regelung, hielten jedoch eine Kontrolle durch die Parteimitglieder für gefährlich, solange man nicht sicher ist, daß diese wirklich Partei- und nicht Fraktionsinteressen sind. Zur Annahme gelangte eine Kompromißresolution, die eine redaktionelle sowie auch eine anonyme Redigierung von Parteimitgliedern in der bürgerlichen Presse verweist, sowie auch die Veröffentlichung von Artikeln usw. für unzulässig erklärt, die direkt oder indirekt auf Verwundung der Partei oder einzelner ihrer Institutionen oder Teile gerichtet sind; die Kontrolle durch die Partei beschränkt sich auf Fälle, wo die Redigierung der Parteimitglieder von praktischer-politischer Bedeutung und von Einfluß auf die Massen sein kann.

Außer diesen beiden Punkten stand die Schaffung eines engeren Zusammenhanges zwischen dem Zentralkomitee und den lokalen Organisationen zur Diskussion, in der das leider allzu bekannte Bild von Fraktionsreiterei und der daraus resultierenden Desorganisation in kräftigen Farben hervortrat. Sie endete mit der Annahme einer Reihe von Resolutionen, die die praktische Seite der Frage betreffen. Zwei weitere Punkte der Tagesordnung — lokale Vereinigung der nationalen Organisationen und Genossenschaftswesen gelangten infolge Zeitmangels nicht mehr zur Verhandlung — gelangten infolge Zeitmangels nicht mehr zur Ver-

Gemeindevahlen.

Einen glänzenden Sieg errang die Sozialdemokratie am 10. Dezember bei der Bürgervertreterwahl in Wismar. Es wurden nicht nur die drei Sitze im Wahlbezirk behauptet, sondern auch noch ein neuer hinzu erobert.

In Mainz sind die vereinigten Sozialdemokraten und Demokraten dem Kartell des Zentrums, der Nationalliberalen und Freisinnigen unterlegen. Die sozialdemokratisch-demokratische Liste erzielte 4787, die zentrumliberal-nationalliberal-freisinnige Liste 5029 Stimmen. Die Sozialdemokraten verlieren ein Mandat, die Demokraten drei.

In Hanau siegten in der Stichwahl die vereinigten Bürgerlichen mit 150 Stimmen Mehrheit über die Sozialdemokraten.

Siege in Württemberg.

Die diesjährigen Gemeindevahlen lassen das Fortbringen der Sozialdemokratie auf der ganzen Linie erkennen. In Gillingen eroberten wir, wie bereits berichtet, von sechs Mandaten drei, in Heilbronn von acht Eigen zwei, in Göttingen von neun Mandaten drei. Im Urmach gelang es uns zum ersten Male, einen Sitz im Gemeinderat zu erobern, bezugnehmend in Göttingen und Weiningen. In Göttingen behaupteten wir unser Mandat. In Heilbronn wurde nach erbittertem Kampfe der erste Sozialdemokrat in den Gemeinderat gewählt. In einer Reihe anderer Orte hat unsere Stimmzahl rapide zugenommen. Sie verdoppelte sich in Göttingen. In Göttingen hat die Sozialdemokratie sieben Mandate gewonnen, in Weiningen vier. Die übrigen anderen Gemeinden stehen unserer Partei nahe. Die Mehrzahl der Wahlen findet erst in der zweiten Hälfte des Dezember statt.

Arbeiter als Schöffen. Bei der vor einigen Tagen bekanntgegebenen Schöffensliste des Duisburger Schöffengerichtes für 1908 taucht neben einigen Fabrikarbeitern auch ein — Fabrikarbeiter in der Liste auf. Natürlich wird da erst gedörrt gefiecht sein, bevor der Mann hängen dürfe. Doch darauf kommt es momentan nicht an, sondern auf den Umstand, daß mit dem Disziplinieren der Arbeiter als Schöffen auszuschließen, gebrochen wurde. Zwar steht es in keinem Gesetz, daß Arbeiter als Schöffen und Geschworenen nicht zugelassen werden, indes unser Klassenhaß hat die Praxis auch ohne Gesetz so zu handhaben verstanden. Ni aber nun das Prinzip durchbrochen, so wird es Aufgabe der Arbeiterklasse sein, das ihr zustehende Recht auch weiter auszuweihen, indem sie Augenblickeingebungen oder Verweigerung dies in ihrer Weisheit zulassen wollen.

Soziales.

Ein bekehrter Antivorkörper.

Vertrieben wir in Nummer 277 des „Kornfelds“ über den Konflikt, in welchem sich der Antivorkörper von Permsdorf in Sachsen-Altenburg mit dem Paragraf 163 der Gewerbeordnung befand, so können wir jetzt mitteilen, daß aufeinander unsere beiderseitigen Feilen nicht ohne Nachwirkung auf den Antivorkörper geübt sind. Auf einer gewöhnlichen Postkarte teilt nämlich

der Herr Amtsrichter einem der mit einem Strafmandat be-
dachten Arbeiter folgenden mit:
„Herrn R. R. Die von mir gegen Sie und Herrn R. unter
dem 18. 11. 07 erlassene Strafbefehlsurkunde ist hiermit zurück-
gezogen. Bitte teilen Sie es Herrn R. mit.“
Herr R. R. hat die Strafbefehlsurkunde erhalten. Es wird nun so
ganz nebenbei befragt, auch diesen Strafbefehl wieder zurück-
zugeben. Mit derselben — Gemüthlichkeit wie der § 153 der Ge-
werbeordnung zu Unrecht herangezogen wurde, um eine fixirbare
Handlung gegen einen streikenden Arbeiter zu konstatieren, wird
jetzt die Sache wieder beigelegt. — Auf die Tätigkeit eines alten-
burgischen Amtsvorstehers wird dieser Fall ein ebenso interessantes
Bild als auf die „sicheren Rechtsgarantien“, unter denen wir be-
kanntlich in Deutschland leben sollen.

Wie notwendig die Gesetzeskenntnis ist.

Regierungsrat Düttmann berichtet in dem von ihm neu-
gegründeten „Versicherungsbote“ über einen merkwürdigen Fall
von Unkenntnis des Gesetzes an amtlicher Stelle und von dessen
Folgen. Ein Arbeiter hatte sich durch einen Fall eine Wunde zu-
gezogen, die ihn auf längere Zeit arbeitsunfähig machte. Da er
nur vorübergehend beschäftigt war, so hatte er keinen Unter-
stützungsanspruch gegen eine Krankenkasse. In seiner Not wandte
er sich an seinen letzten Arbeitgeber und bat um eine kleine Unter-
stützung. Weder er noch Lehterer, noch das Kontorpersonal hatten
eine Ahnung davon, daß ihm auf Grund des § 12 Abs. 2 des Ge-
werbe-Unfall-Versicherungsgesetzes ein Rechtsanspruch auf Kranken-
unterstützung gegen den Arbeitgeber zustand. Der Letztere er-
stattete vielmehr Anzeige wegen Betrugs! Und da Amtsanwalt
und Amtsrichter von der Bestimmung des obigen Paragraphen an-
scheinend nichts wußten, so wurde der Arbeiter zu einer Haftstrafe
von 14 Tagen wegen Betrugs verurteilt! Ein städtischer Be-
amter, dem er den ganzen Tatbestand erzählte, nahm sich seiner
an. Er machte für ihn eine Eingabe an das Amtsgericht, die auch
zur Freisprechung des Verurteilten führte. Gleichzeitig benach-
richtigte der Beamte die Armenverwaltung, die dem Arbeiter sofort
eine Unterstützung zukommen ließ und den Arbeitgeber dazu an-
hielt, daß er die Armenunterstützung zurückzahlte und dem ver-
letzten Arbeiter den Rest der ihm gesetzlich zustehenden Kranken-
unterstützung auszahlte.

„Also bei fünf Personen, die als „Nächstbeteiligte oder amtlich
mit der Sache befaßt waren“, so schließt Regierungsrat Düttmann
seine Betrachtung. „Hätte die Gesetzeskenntnis verfehlt, und erst
der Sachse, der lediglich außerordentlich aus freien Stücken sich des
Mannes annahm, verschaffte ihm zu seinem Rechte, indem er auf die
ganz zweifelsfreie Rechtslage hinwies. Darum bessere Gesetzes-
kenntnis!“

Landwirtschaftliche Unternehmer?

Eine 60 Jahre alte Tagelöhnerin in Unterfranken hatte im De-
zember 1906 einen Unfall dadurch erlitten, daß sie, im Begriffe,
ihrer Pflege Mutter zu bringen, im Hofe zu Fall kam und sich einen
Bruch der linken Handwurzel zuzog.

Die landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft für Unterfranken hatte
jedoch den Anspruch auf Unfallentschädigung abgelehnt, weil die Ver-
letzte ihren Veltz ihrer ältesten Tochter übergeben, selbst nur 0,021
Hektar Wiese gewahrt habe, keinen Mitgliederbeitrag zur landwirt-
schaftlichen Unfallversicherung entrichtete, daher auch nicht als ver-
sicherte Landwirtin zu betrachten sei. Die Verletzte legte gegen
diesen Bescheid Berufung ein und hatte Erfolg. Das Schieds-
gericht zu Würzburg verurteilte die Berufsgenossenschaft zur
Entschädigung des Unfalls in Höhe von 40 Proz. wie folgt: „Nach
Artikel 1 des bayerischen Ausführungsgesetzes vom 5. April 1888,
zum Reichsgesetz vom 5. Mai 1888, die Unfallversicherung der in
Land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen
betreffend, wurde die Unfallversicherung auf alle Unternehmer der
unter § 1 des Reichsgesetzes fallenden Betriebe ausgedehnt. Als
Unternehmer in diesem Sinne erscheint nach der Rechtsprechung nicht
allein der Besitzer landwirtschaftlicher Grundstücke, sondern jeder, der
sich mit Bodenbewirtschaftung zur ursprünglichen Gewinnung von
organischen Bodenerzeugnissen befaßt. Demnach auch der Pächter
landwirtschaftlicher Grundstücke. Der geringe Umfang des Be-
schäftigten ist rechtlich bedeutungslos. Es ist also auch die Klägerin,
die eine Wiese in Pacht hat und hierauf eine Pflanze hält, als versicherte
Betriebsunternehmerin anzusehen. Die Vollhaltung erscheint als Aus-
fluß des landwirtschaftlichen Betriebes und das Führen des Viehes als
Tätigkeit im landwirtschaftlichen Betriebe. Die unfallbringende
Tätigkeit der Klägerin war hierauf von der Versicherung umfasst.
Die Bezahlung von Mitgliederbeiträgen kann nicht die Voraussetzung
für die Versicherung sein, da diese Beiträge nach dem Wahlsatz der
Grundbesitzer umgelegt werden, also nur von dem Grundstückseigentümer
zur Erhebung gelangen.“

Abgesehen hiervon hat Klägerin glaubhaft dargelegt, daß sie im
landwirtschaftlichen Betriebe ihrer verheirateten Tochter, bei der sie
wohnt, mitgearbeitet und daß die Karottenscheiben auch für deren
Pflanze, die im gleichen Pflanz mit der übrigen Pflanze, bestimmt waren.
Klägerin erscheint daher auch von diesem Gesichtspunkte aus ver-
sichert.“

Das alles war doch der Berufsgenossenschaft auch bekannt und
trotzdem erst die Klage um die Rente.

Entschädigungskosten bei den Gemeindekrankenversicherungen.

Der „Segen“ unserer Gemeindekrankenversicherungen hatte ein
armer Kleinrentner in Unterfranken deutlich genug verspüren
müssen. Er erkrankte an seinem Arbeitsorte und verlor mangels
richtiger Pflege zu seiner Familie in die Heimat ab. Er erhielt
wohl von der Gemeindekrankenversicherung noch langen Worten und
Pflanzten das Krankengeld von täglich 1,00 Mark = 6,00 Mark pro
Woche ausbezahlt, nicht aber die Kosten für Arzt und Medikamente.
Die Gemeinde berief sich auf das Krankenstatut, der Ortsrat auf
seine Kosteneinverleibung als Familienrentner und verlangte
von der Aufsichtsbehörde der Krankenkasse, dem künftl. Bezirksamte
Lehr a. M. die Anträge in Höhe von 18,55 M. zurück. Der Kläger
beauftragte in seinem Schreiben an diese Behörde, daß die Gemein-
dekrankenversicherung gar keine gedruckte Statuten besitze, die Kosten-
mitglieder also über ihre Rechte und Pflichten gar nicht aufklärt
seien. Die Behörde wurde jedoch zurückgewiesen, da der Kläger
gehört war, an Versammlungsorte Arzt und Apotheker auf Kosten
der Krankenkasse in Anspruch zu nehmen. Ein Notfall liege auch
nicht vor, da der Kläger vor seiner Abreise ist erkrankt war. Auch
die Bemerkung des Klägers, daß er gar kein Statut der Krankenkasse
erhalten habe und auch nicht erhalten konnte, sei unerschütterlich, da im Reichs-
gesetz nichts vorgeschrieben ist, daß dies geschehen müsse. Vielmehr genügt
jede in der allgemeinen Form der Publikation polizeilicher Vor-
schriften erfolgte Veröffentlichung. Dies ist von der Gemeinde ge-
schehen! Der Kläger hätte sich also das Statut vom Jahre 1884

verschaffen müssen, wenn er das Krankenstatut lesen wollte! Noch
größer war aber die Erregung des Vermissen, als er einige Tage
nachdem folgende Kostenrechnung von dem Bezirksamte erhielt:
Gebührengebühr 2,00 M., Gebühren für 1 Protokoll 1,00 M.,
Zeitungsgeld 3,50 M., Portoauslage 10 Pf., Arztgutachten 6,00 M.,
Portoauslage 20 Pf., Zustellgebühren 3,40 M., Portoauslagen 2,40 M.,
Summa: 18,60 M. Dabei betrug seine ganze Forderung nur
18,55 M., kein Wunder, daß diese Aufsichtsbehörde wenig der-
artige Streitfälle zu erledigen hat!

Gerichts-Zeitung.

Material zum Vereinsgesetz.

Der Löpfer Frank, ein langjähriges Mitglied des Zentral-
verbandes der Löpfer, wurde am 26. Oktober auf dem städtischen
Friedhof in Friedrichsfelde beerdigt. Im Auftrag
des Verbandes legte sein Vorstandsmitglied Fritz Wolff einen Kranz
auf dem Grabe nieder, wie es Sitte ist. Dabei fügte er die Worte
hinzu: „Möge Dir die Erde leicht sein!“

Der Friedhofsverwalter Prox zeigte ihn darauf an,
daß er „zum Zwecke einer sozialdemokratischen Demonstration ohne
polizeiliche Genehmigung eine Grabrede gehalten habe“. Wirklich wurde
er auch nicht nur angeklagt, sondern auch gestern zu 10 Mark
Geldstrafe verurteilt. Das Schöffengericht zu Lichter-
berg nahm an, daß freilich kein Verstoß gegen die Polizei-
verordnung vom 15. Juni 1895 vorliege, weil der Friedhof in
Friedrichsfelde weder ein kirchlicher sei, noch auch das Begräbnis
durch einen Geistlichen ausgeführt worden. Das Verstoßvergehen
sei aber dadurch, daß Wolff bei der Kranzniederlegung die Worte:
„Möge Dir die Erde leicht sein“ hinzugefügt, zu einem „außer-
gewöhnlichen“ geworden, und deshalb — eine öffentliche
Versammlung unter freiem Himmel, welche der schriftlichen
Genehmigung der Ortspolizeibehörde bedürftig hätte. Die Worte,
welche Wolff gesprochen seien auch eine „Rede“. Er sei also in
einer nicht genehmigten öffentlichen Versammlung unter freiem
Himmel als Redner aufgetreten und habe daher den § 17 des
Vereinsgesetzes übertreten.

Das Urteil wird im Instanzenzuge schwerlich aufrechterhalten
bleiben. Es ist eine Illustration zu dem „freihetlichen“ Zuge der
Volkswirtschaft. Und dies ist der freihetliche Zug, den der Friedhofs-
verwalter der „liberalen“ Berliner Stadtverwaltung auf dem
städtischen Friedhof in Bewegung setzt. Es ist echt liberal,
wenn Berlin auf seinem religionslosen städtischen Friedhofe derartig
vorgeht! Unsere Genossen in der Stadtverordnetenversammlung
dürften diese Verwaltungsmaxime — denn um eine solche handelt es
sich — einer gründlichen Besprechung unterziehen. Der Reichs-
vereinsgesetzentwurf in seiner jetzigen Fassung gestattet übrigens
dieselbe Schandthat.

Ungültige Vorschrift einer Verordnungsverordnung über den Karbonnertag und den Osterheiligabend.

Die Oberpräsidialverordnung über die äußere Heilighaltung
der Sonn- und Feiertage vom 18. März 1904 (für Schleien) be-
stimmt gleich anderen gleichartigen Verordnungen im § 12 unter
b): „Am Donnerstag und am Sonnabend der Karwoche sind ver-
boten: Gesangs- und deklamatorische Vorträge, Schauspielungen von
Personen, theatralische Vorstellungen und alle Aufführungen,
falls nicht der ernste Charakter gewahrt ist.“ — Gegen diese Vor-
schrift sollte sich Herr Haberland vergeblich haben. Er ist Vorkler
eine Panoramatafel, das in der Karwoche in Königsbütte aufgestellt
war. Um das Publikum anzulocken, ließ er eine Dreiborgel spielen.
Am Osterheiligabend dauerte das Spiel bis 6 Uhr abends. Die
Heilighaltung der Verordnung wurde darin gesehen, daß er am
Sonnabend der Karwoche überhaupt Musik machen ließ, bei der
der ernste Charakter nicht gewahrt war. Das Landgericht Reuthe-
n sprach ihn jedoch frei, weil eine Polizeivorschrift ungültig sei,
welche jenes Verbot für ganze Tage ausspreche, die weder
Sonn- noch Feiertage seien, wie es mit dem Grundsonntag und
dem Osterheiligabend der Fall wäre. Die Kabinetsordre vom
7. Februar 1897 (in den neueren Provinzen das Gesetz vom 9. Mai
1898) verleihe nur die Befugnis zum Erlaß von Verordnungen
zum Schutze der äußeren Heilighaltung der
Sonn- und Feiertage. Wegen Ungültigkeit der Vorschrift
habe Freisprechung einzutreten.

Die Staatsanwaltschaft legte Revision ein und
vertrug darauf, daß das Oberverwaltungsgericht derartige Ver-
ordnungen, die Beschränkungen für die ganze Karwoche ausspreche,
für ungültig erklärt habe. Auch wurde betont, daß das Kammer-
gericht ihre Gültigkeit für die Karabende von Feiertagen
anerkannt hätte. So zum Beispiel die Beschränkung, daß an den
Vorabenden des Dulttages, des Weihnachts- und Pfingstfestes
Lanzmusik nicht veranstaltet werden dürfen.

Der erste Strafsenat des Kammergerichts
verwarf dieser Tage die Revision der Staats-
anwaltschaft. Es handelte sich, wurde in den Gründen aus-
geführt, im vorliegenden Fall nicht um den Vorabend des
Karbonntages und des ersten Oftertages, sondern um den ganzen
Karbonntag und den ganzen Karsonnabend (Osterheilig-
abend). Ein soweit gehendes Verbot diene nicht der äußeren
Heilighaltung des Karbonntages und Osterfestes. Es sei deshalb
ungültig. Konnte also die Musik u. a. nicht für den Kar-
sonnabend allgemein verboten werden, so sei §. mit Recht frei-
gesprochen. —

Der vötlige Fortfall der Verordnungsverordnungen würde
eine Fälle überflüssiger Prozesse vermeiden.

Ein Doppelleben hat der Arbeiter Georg Stanig längere
Zeit hindurch geführt, welcher sich vorgestern unter der Anklage
der Bigamie vor der ersten Strafkammer des Landgerichts III
verantworten mußte. Der Angeklagte hat eine sehr bewegte Ver-
gangenheit hinter sich. Er ist dreimal verheiratet gewesen, ist aber
auch dreimal geschieden worden. Der Grund zu den Scheidungen
lag darin, daß er wiederholt zu längeren Zuchthausstrafen ver-
urteilt wurde, bald nach seiner Entlassung aus der Strafanstalt
heiratete der Angeklagte wieder und nahm in Mathenow seinen
Wohnsitz. Wegen einer Anzahl Diebstähle wurde er hier zu
1½ Jahren Zuchthaus verurteilt, die er in der Strafanstalt Luden
verbüßte. Nach seiner Entlassung ging er nach Charlottenburg
und verheiratete sich wieder, obwohl seine Ehefrau in Mathenow
wohnte. In sehr geschickter Weise bekam er der Angeklagte fertig,
abzuwechseln mit der einen oder der anderen Frau zusammen zu
leben. Seiner zweiten Frau in Charlottenburg erzählte er, er
habe in Mathenow gute Arbeit bekommen und müsse längere Zeit
hier dort ausfallen. Nachdem er dann einige Zeit mit seiner
Karlsruher Ehefrau zusammen gelebt hatte, erzählte er dieser
wiederum, er habe in Charlottenburg während Arbeit gefunden.
Diese Doppelleben des Angeklagten bestand mehrere Monate, bis sie

schließlich durch einen Zufall zur Kenntnis der Behörden kam.
Segen Stanig, der inzwischen schon wieder im Zuchthaus saß,
wurde die Anklage wegen Bigamie erhoben. Das Gericht er-
kannnte unter Berücksichtigung mildernder Umstände auf die für den
Fall der Verurteilung mildernder Umstände geringste gesetzlich zu-
lässige Strafe von einem Jahre Zuchthaus gegen den An-
geklagten.

Eingeprieglerte Religion.

Das Landgericht Alschaffenburg verhandelte gegen den Pfarrer
Klois Häsel von Johannsberg, der drei achtjährige Mädchen, weil
sie die Kirche verläßt und beim Religionsunterricht unachtsam
gewesen, betrat geschädigt hatte, daß die Hände anzuwollen und
blutunterlaufene Stellen aufwiesen. Der geistliche Prügelpädagoge
kam mit 18 M. Geldstrafe davon.

Aufhebung eines im Wiederaufnahmeverfahren gefällten Urteils.

Unvorhersehbar schwierig ist das Wiederaufnahmeverfahren in-
folge des Gesetzes, das nur in wenigen Fällen ein einmal rechts-
kräftig gefälltes Urteil in einem neuen Verfahren wieder aufheben
läßt. Wenn trotzdem einmal eine Wiederaufnahme gelungen ist, so
ist in der Regel das Gericht, das über einen von ihm schon einmal
Verurteilten zu entscheiden hat, geneigt, sein früheres Urteil zu be-
stätigen. Das zeigt auch eine am Dienstag vor dem Reichsgericht
verhandelte Revisionssache. Vom Landgericht Viefelsfeld ist am
31. August der Anwalt Friedrich Fleer auch im Wiederaufnahme-
verfahren wegen Körperverletzung zu drei Monaten Gefängnis
verurteilt worden. Das erste Urteil war am 3. Oktober 1905 ge-
fällt worden. — In seiner Revision gegen das neue Urteil rügte
der Angeklagte, daß nur der Befehl über die Wiederaufnahme des
Verfahrens, nicht aber auch der Eröffnungsbescheid verlesen worden
ist. Er beschwerte sich ferner über die Ablehnung eines erheblichen
Verweisantrages. Der Angeklagte hat die Tat bestritten. Ein ein-
wandfreier Zeuge hat bekundet, der Angeklagte sei nicht der Täter
gewesen (der Bruder des Angeklagten spielt bei der Sache irgend
eine Rolle), die Jengen Sp., Vater und Sohn, haben jedoch
mit Bestimmtheit den Angeklagten als Täter bezeichnet.
Dieser behauptete nun, die beiden Zeugen seien übel
beleumdet und wollte dies beweisen. Das Gericht hat
aber den Antrag abgelehnt, indem es die Wahr-
heit dessen, was der Angeklagte behauptete, unterstellte. Im
Urteile heißt es nun aber, daß den beiden Zeugen Sp., wenn sie sich
auch nicht des besten Leumundes erfreuen mögen, doch Glaubens-
würdigkeit worden sei. — Der Reichsanwalt erklärte beide
Beschwerden für durchaus begründet. Die Nichtverlesung
des Eröffnungsbeschlusses sei ein Mangel, der allein zur Aufhebung
des Urteils hinreiche. Aber auch eine Beschränkung der Verteidigung
liege vor, denn es sei ganz etwas anderes, ob jemand sich nicht
des besten Leumundes erfreue“ oder ob er „übel beleumdet“ sei. —
Seinem Antrag gemäß hob das Reichsgericht das Urteil
auf und verwies die Sache an ein anderes, nämlich an das Land-
gericht Paderborn.

Verfammlungen.

Die Deutscher Arbeiter hielten am Mittwoch im „Gewerkschafts-
haus“ eine Branchenversammlung ab, wo zunächst ein Vortrag
über die gegenwärtige Krise und die Arbeiter
auf der Tagesordnung stand. Der Vortragende A. Busch,
der einleitend das Wesen der Krise darlegte, schilderte unter
andrem auch die Arbeitslosigkeit, die die jetzige, ja noch in der
Entwicklung begriffene Krise schon hervorgerufen hat, namentlich
unter den Metallarbeitern Berlins. Meldeten sich im Oktober
vorigen Jahres auf dem Arbeitsnachweis der Metallarbeiter
2302 Arbeitslose, während 1448 Stellenangebote einliefen, so war
die Zahl der Arbeitslosen im Oktober dieses Jahres 3103, die der
Stellenangebote nur 712. Im November hat sich das Verhältnis
offenbar noch sehr verschlechtert. Die genauen Zahlen für diesen
Monat lagen dem Redner noch nicht vor; er schätzte die Zahl der
gemeindeten Arbeitslosen auf 4000, die der Stellenangebote auf
kaum 600. Wie im Arbeitsnachweis, so tritt die Krise auch in
den Fabriken und Werkstätten mit erschreckender Deutlichkeit zu-
tage. So wurden z. B. in den Werkstätten für Kugellagerbau der
Firma Ludwig Löwe noch vor wenigen Wochen über 600 Arbeiter
beschäftigt, und jetzt ist die Arbeiterzahl auf ungefähr 130 gesunken.
Sogar 8 Meister dieses Spezialbetriebes sind wegen Arbeitsmangel
entlassen worden. Der Redner führte weiter aus, daß die Krise
diesmal umso schwerer auf der Arbeiterschaft lastet, als das sonst
bei Krisen eintretende Sinken der Preise der Lebensbedürfnisse
ausbleibt, ja eine andauernde steigende Teuerung sich immer mehr
geltend macht. Umso mehr sei ein festes Zusammenhalten und
eifrigste Weisung in der gewerkschaftlichen wie politischen Ar-
beiterbewegung notwendig, zumal die Unternehmer, wie sie die gute
Geschäftslage zur Einheimung von Reichthümern ausnützen, nun
die Krise zur Niederdrückung und Anbelagerung der Arbeiterschaft
auszunutzen trachten. Der Redner wies auf das Streben der Unter-
nehmer zur Gründung gelber Gewerkschaften hin, für die sie,
unter dem Titel von Sparvereinen, Unterstützungsvereinen und derg-
leichen, mit Hilfe der Meister die Arbeiter zu gewinnen oder
vielmehr zu pressen suchen. In den Statuten dieser Vereine, die ja
schon zu einem „Bund“ zusammengeschlossen sind, heißt es überall,
daß die Mitglieder keiner anderen Organisation angehören dürfen.
Im Anschluß an diese interessanten und lehrreichen Aus-
führungen berichtete der Branchenvorstand Müller von einer Agi-
tationsversammlung der Gelben, die allerdings, obwohl der Zu-
tritt nur gegen Vorzeigung von Einladungsformeln gestattet wurde,
ihren Zweck gänzlich verfehlt. Hier verfuhr der bekannte gelbe
Agitator Vetersdorf, nach dem üblichen üblichen Gewohnheit
auf Sozialdemokratie und Gewerkschaften mit den schamigen
Mitteln des Reichstagenverbandes den Anwesenden klar zu machen,
daß sie bei dem 25 Pfennig-Vortrag der Gelben ungeheure Summen
an Beiträgen ersparen könnten. Er sagte natürlich nichts von den
unvergleichlich größeren Verlusten, die die Arbeiter erlitten würden,
wenn es den Unternehmern wirklich gelingen sollte, mit Hilfe
der Gelben die Löhne nach Herzenslust zu drücken. Vetersdorf
hatte denn auch keinen Erfolg in jener Versammlung, die vielmehr
der Agitation für den von ihm in den Schmutz gezogenen Verband
diene.

Unter Branchengelegenheiten wurde das Verhalten der Firma
Kern u. Ludwig besprochen, die jedem Arbeiter, der bei ihr
eintreten will, einen Kevers zuzurückstellen vorlegt,
der ihn verpflichtet, weder gewerkschaftlich noch
politisch organisiert zu sein. Der Geschäftsführer scheint sich
sogar nicht, Arbeiter auf offener Postkarte mitzuteilen, daß sie
in Arbeit treten könnten, wenn sie nicht organisiert seien. Die
Organisation wird selbstverständlich Mittel und Wege finden, um
dieser schamlosen Schandung des Koalitionsrechts entgegenzuwirken.
Wegen der fürchterlichen Krise, die auch sehr schwer auf den
Drahtarbeitern lastet, beschloß die Versammlung einstimmig, daß
Löhne herausgegeben werden, um Gelder zu einer Weihnachtunter-
stützung der seit dem Streik arbeitslosen Kollegen zu sammeln. Die
Löhne werden am Sonnabend ausgegeben.

An unsere Inserenten, welche Inserate größeren Umfanges für die nächste
Sonntags-Nummer aufzugeben beabsichtigen, richten wir die höfliche Bitte, dieselben bis
Donnerstag nachmittag 5 Uhr in unserer Haupt-Expedition aufzugeben.

Verlag des „Vorwärts“.

Gewerkschaftliches.

Die Verhandlungen in der Holzindustrie

sind vorläufig abgebrochen, ohne daß bis jetzt ein greifbares Resultat herausgekommen ist. Nachdem die Vertreter der Parteien längere Zeit über die gekündigten Verträge in Ludenwalde, Osnabrück, Ebersfeld und Stuttgart verhandelt hatten, kamen sie zu der Ansicht, daß die ihnen zur Verfügung stehende Zeit nicht ausreichen werde, um in Berlin zu einer Verständigung zu kommen.

Die übrigen 29 Orte, deren Vertreter auf Veranlassung des Arbeitgeber-Schutzverbandes nach Berlin geladen waren, konnten noch weniger zu einem Resultat kommen, da ja ihre Verträge noch gar nicht gekündigt sind und in vielen Orten weder die Arbeiter noch die Arbeitgeber an eine Kündigung gedacht, sondern mit einem unveränderten Fortlaufen der Verträge gerechnet haben.

Berlin und Umgegend.

Die Geldsucht in den Siemenswerken.

Bekanntlich ging man nach dem Streik in den Siemenswerken an die Gründung einer gelben Gewerkschaft, mit deren Hilfe dem Metallarbeiterverband der Lebensfaden — wenigstens soweit die Siemenswerke in Frage kommen — abgeschnitten werden sollte.

Mit dieser Angelegenheit beschäftigte sich am Mittwoch eine in der Kronenbrauerei abgehaltene Versammlung von Arbeitern und Arbeiterinnen der Siemenswerke. Die Ungünstigkeit der Wahl wurde besprochen und nach den Gründen derselben gefragt.

Deutsches Reich.

Zur Ausperrung der niederrheinischen Seidenstoffweber.

Die ausgesperrten Weber haben es abgesehen, einen Druck auf ihre streikenden Kollegen auszuüben, um diese zur Wiederaufnahme der Arbeit zu bewegen. Nachdem die Organisationsvertreter und die Ausschüsse beschlossen hatten, den Forderungsbuch aufzunehmen und dem Kampfe nicht aus dem Wege zu gehen, hat eine von sämtlichen Aussperrten besuchte Versammlung diesen Beschlüssen zugestimmt.

Die Bewegung unter den Stoffwebern ist älteren Datums, der Anfang liegt mehrere Monate zurück; damals traten die Weber durch ihre Ausschüsse an die Fabrikanten heran und ersuchten in Anbetracht der teuren Lebensverhältnisse um eine Lohnerhöhung von 10 Proz. Nach Verhandlungen, die sich eine längere Zeit hinzogen, lehnten die Fabrikanten die Forderung rundweg ab.

Die schon mitgeteilt, sind diejenigen Weber, welche tägliche Kündigung hatten, seit Montag den 9. Dezember auf die Straße, während die übrigen zwei Tage vor Weihnachten entlassen werden.

Zu der Bewegung selbst ist zu bemerken, daß es einigermaßen Erkennen erregte, als die Seidenstoffweber beschlossen, ihre Forderungen durch Arbeitseinstellung zur Geltung zu bringen. Die Stoffweber sind die Varias, die am schlechtestenlohnlichsten unter der Textilarbeiterschaft; man traute ihnen den Mut zum Streik nicht zu.

Ganz richtig wird sogar von einem bürgerlichen Schriftsteller, dem Kaplan Dr. Brauns, in seinem Buch über die niederrheinische Textilindustrie ausgeführt, daß die Unternehmer diese billigen und willigen Arbeitskräfte mit Vorliebe ausnützen.

Die Löhne sind, wie bemerkt, niedrig; in der Stadt Krefeld selbst ergibt einen Durchschnittslohn von 14—16 M. nur ein sehr tüchtiger Weber und zwar auf komplizierte Ware. Ganz erbärmlich sind aber die Löhne auf dem Lande, dorthin haben nämlich eine Anzahl Krefelder Fabrikanten ihre Betriebe verlegt.

Während nun in den anderen Branchen der Textilindustrie in den letzten Jahren Lohnerhöhungen, wenn auch keine großen, vorgenommen wurden, berücksichtigte man die Stoffweber in keiner Weise. Die Unternehmer zogen, wo eben möglich, Schlinge heran, um stets willfährige Kräfte zur Verfügung zu haben.

„Zwischen der Firma . . . einerseits und dem . . . andererseits wurden heute folgende Vereinbarungen getroffen: Der . . . stellt seinen Sohn in Diensten der Firma . . . damit derselbe das mechanische Weben erlernen kann, und verpflichtet sich, seinen Sohn nach erfolgter Ausbildung noch drei nacheinander folgende Jahre als Weber zu überlassen bei vollständiger Verzichtleistung auf die gesetzliche Kündigungsfrist.

Das sind die Verträge, welche, wie bemerkt, auf dem Lande gang und gäbe sind und durch welche dem Arbeiter alle Rechte vorenthalten werden.

Schon einmal, es war im Dezember 1898, zur Zeit der Hochkonjunktur, versuchten die Stoffweber, angeeifert durch eine Anzahl Lehnbewegungen am Niederrhein, ihre elende Lage zu verbessern. Genau wie jetzt begann die Bewegung, die Arbeiter einzelner Betriebe wurden wegen Lohnerhöhung vorstellig, bis die Weber einer Fabrik plötzlich die Arbeit einstellten.

Unter dem Vorwande, eine andere Lösung der Frage zu suchen, wurden die Arbeiter beruhigt und als dann später die Krise wieder einsetzte, war es für eine erneute Lohnbewegung zu spät.

Seit der Zeit, wo die Unternehmer so schamlos ihr Wort brachen, sind die Verhältnisse der Stoffweber noch schlechter geworden. Man hat fast durchweg das Zweistuhlsystem eingeführt, d. h. der Weber oder die Weberin hat zwei Stühle zu bedienen. Diese Arbeit erfordert die größte Aufmerksamkeit, Fehler in der Rinne werden unumkehrbar mit Lohnabzügen bestraft.

Wie die niedrigen Löhne auf die Gesundheitsverhältnisse einwirken, geht am besten daraus hervor, daß nach einer Statistik des christlichen Textilarbeiterverbandes in Krefeld 43 Proz. aller Sterbefälle in seinen Mitgliederkreisen auf Lungenschwindsucht zurückzuführen waren.

Weiter kommt in Betracht, daß durch die Fabrikarbeit der verheirateten Frauen ein Geburtenrückgang in Krefeld zu verzeichnen ist. Man nähert sich in dieser Beziehung den französischen Zuständen. Die Zahl der Geburten ging nämlich von 47,5 pro Tausend der Bevölkerung im Jahre 1871 auf 26,8 im Jahre 1903 zurück.

Den Ausgang des Kampfes kann man nicht voraussagen; wir wollen auch nicht behaupten, der Zeitpunkt der Arbeitseinstellung war günstig oder ungünstig gewählt; aber das ist sicher, wenn je eine Forderung berechtigt ist, dann die der niederrheinischen Seidenstoffweber.

Die Rüstungen der deutschen Unternehmerorganisationen gegen die Gewerkschaften.

Ein günstiger Wind wehte der „Chemnitzer Volksstimme“ folgendes „vertrauliche Rundschreiben“ an den Redaktionstisch:

Unter Wegnahme auf unsere wiederholten Rundschreiben und die Ihnen zugesandten Satzungen unserer Gesellschaft bitten

wir Sie hierdurch nochmals dringendst, mit Ihrem Beitritt nicht länger zu zögern.

Unsere Gesellschaft bezweckt die Verhütung von Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder und eintretendenfalls die Entschädigung der durch Streiks hervorgerufenen Nachteile dergestalt, daß für jeden Streiktag pro Arbeiter bis zu 25 Proz. des durchschnittlichen Tagesverdienstes des gesamten bei der Berufsgenossenschaft zuletzt angemeldeten Personals bewilligt werden. Der jährliche Beitrag beträgt ein Promille der Berufsgenossenschaft zuletzt aufgegebenen Jahreslohnsumme und das Eintrittsgeld 1/3 Promille der gleichen Summe.

Für die in dem laufenden Quartal beitretenden Mitglieder beträgt der diebständige Beitrag nur 1/4 Promille der Jahreslohnsumme.

Angefaßt der stetig steigenden Nachmittels der Gewerkschaften, deren jährliche Einnahmen von 27 812 257 M. im Jahre 1905 auf 41 602 939 M. im Jahre 1906 gewachsen sind, muß sich jeder Industrielle im eigenen wie im allgemeinen Interesse seiner Pflicht zur Uebung der gleichen Solidarität und Opferwilligkeit, wie sie die Arbeiterchaft so glänzend zeigt, bewußt werden.

Der Schutz, welcher von den einzelnen Branchenverbänden den Industriellen gewährt wird, bedarf, so weit die Verbände nicht selbst über große Streikentschädigungsfonds verfügen, der Ergänzung durch die materielle Beihilfe, die ihnen unsere Gesellschaft zur Durchführung von Streiks gewährt.

Wie die Arbeiterchaft, in großen Blöcken vereint, den Kampf gegen die Arbeitgeber führt, so dürfen auch die Industriellen ihrerseits ihre Kräfte nicht bloß in einzelnen speziellen Branchenverbänden zusammenschließen, sondern sie müssen sich zur Abwehr außerdem in einer alle Branchen umschließenden Organisation, wie die unsere, vereinigen.

So hat sich unsere Gesellschaft, welche gegenwärtig bereits ziemlich tausend sächsisch und außer-sächsisch Fabrikbetriebe als Mitglieder besitzt, in allen Fällen als ein festes Bollwerk gegenüber dem Uebermut und den übertriebenen Ansprüchen der Arbeiterchaft bewiesen. Es ist der Gesellschaft möglich gewesen, seit ihrem Bestehen alle Streikfälle (92) in fahungsnaher Höhe (25 Proz. vom Lohn pro Tag und Arbeiter) zu entschädigen. (Darunter z. B. ein Streik in Höhe von über 30 000 M.). Nicht minder ist es der Gesellschaft in zahlreichen Fällen gelungen, drohende Streiks in den Betrieben ihrer Mitglieder von vornherein überhaupt zu verhindern.

Die moralische Wucht der Unterstützung unserer Gesellschaft ist einleuchtend.

Wir bitten deshalb nochmals dringend, die beifolgende Beitrittserklärung möglichst umgehend vollzogen zurückzusenden.

Hochachtungsvoll Gesellschaft des Verbandes Sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen.

NB. Mit der Jungescheitelt auf unserer Gesellschaft muß die Mitgliedschaft bei dem Verbande Sächsischer Industrieller verbunden sein. Dieser umfaßt circa 3000 Fabrikbetriebe, und ihm ist der Einfluß zu verdanken, den die sächsische Industrie allmählich auf die Gesetzgebung gewinnt. Der Jahresbeitrag an den Verband richtet sich nach der Zahl der Arbeiter und beträgt: bis zu 25 Arbeitern 10 M., bis zu 50 Arbeitern 15 M., bis zu 100 Arbeitern 20 M., und für je weitere 100 Arbeiter 10 M. mehr.

Für die Arbeiterchaft kann es keine dringendere Mahnung zur Organisation geben, als dieses Verbeschreiben der Unternehmer. Diese Gesellschaft kann mit Stolz darauf hinweisen, daß es ihr gelungen ist, in sämtlichen 92 Streikfällen 25 Proz. der Lohnsumme an Entschädigung zu zahlen, in einem Falle sogar 30 000 M. Dazu kommt, daß ja die Unternehmer außerdem noch den Schutz ihrer Branchenorganisation genießen. Mehr als 1000 Betriebe sind jetzt schon der Streikentschädigungsgesellschaft angeschlossen. Wenn die Arbeiterchaft nicht bald und schnell ihre Organisationen lückenlos schließt, dann werden die Reutenhiebe sozial brutaler Unternehmernormen für die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation einbläuen — wenn es zu spät ist. In der schweren Not der kommenden Krise gibt es nur eine Hilfe — die Organisation der Arbeiter.

Die Buchhandlungsgesellen Leipzig, die in einer Bewegung wegen Gehaltserhöhung stehen, beschlossen, am 12. Dezember die passive Resistenz anzuwenden.

Ausland.

Elektrierstreik.

Fast sämtliche 800 Bedienstete der Elektrizitäts- und Gasgesellschaft zu Bourdeaux beschlossen in den Ausstand zu treten, da ihre Forderungen betreffend Lohnerhöhung, Aufgehälter und Sonntagruhe nicht bewilligt wurden. Der Ausschuss der Bediensteten wird den Tag und die Stunde zu bestimmen haben, wann die Arbeit eingestellt werden soll.

Die neueste Statistik der französischen Fachverbände, die den Stand vom 1. Januar 1907 anzeigt, ergibt eine Zunahme von 1190 Verbänden mit 149 240 Mitgliedern gegenüber dem 1. Januar 1906: es wurden nämlich am 1. Januar 1907 12 971 Syndikate mit 1 958 511 Mitgliedern gezählt. Arbeiterverbände wurden in Gewerbe und Handel 5322 mit 896 012 Mitgliedern gezählt oder 465 Verbände mit 60 878 Mitgliedern mehr als am 1. Januar 1906. Der Mitgliederzahl nach rangierten die Syndikate in den wichtigsten Berufsgruppen wie folgt:

Table with 2 columns: Trade and Industry, and Number of Members. Trades include Commerce and Transport, Metalworking, Textile Industry, Construction, and Mining.

Die Zahl der Arbeitgeberverbände stellte sich am 1. Januar 1907 auf 3812 mit 315 271 Mitgliedern. Landwirtschaftliche Fachverbände im engeren Sinne gab es 8883 mit 716 590 Mitgliedern oder 390 Verbände mit 39 890 Mitgliedern mehr als am 1. Januar 1906. Die Verbände haben sich wieder zu Unionen zusammengeschlossen, von denen es bei den Arbeitgeberverbänden 8075 mit 732 392 Mitgliedern und bei den Arbeiterverbänden 2450 mit 257 847 Mitgliedern gibt. Arbeitsbüros wurden 131, sechs mehr als am 1. Januar 1906, gezählt. Dessen 131 Büros sind 2596 Verbände mit 455 790 Mitgliedern angeschlossen. 130 dieser Büros mit einer jährlichen Subvention von 450 329 Fr., die sie teils von den Gemeinden, teils von den Departements erhalten, führten im Jahre 1906 bei 111 613 Arbeitssuchenden und 84 139 Gesuchen um Arbeitskräfte 62 824 Stellenvermittlungen aus.

Aus der Frauenbewegung.

Ratschläge.

Bei Gelegenheit der Interpellation über die Lebensmittelteuerung und Kohlennot hat der Staatssekretär den Arbeitern vorgeworfen, daß sie sich in ihrer Arbeitsleistung verfehlten hätten. Genosse Rollenhuhr hat darauf geantwortet, daß schlecht bezahlte, darbede Arbeiter notwendig degenerieren müssen.

Das ist gewißlich wahr. Aber noch ein anderes kommt hinzu, diesen Niedergang zu beschleunigen. Dies andere ist der Alkohol.

Wie kann ihm, außer durch Erziehung, durch Willenshandlungen und Selbsttätigkeit, von Seiten der Hausfrau entgegenwirken werden. Man muß den Alkohol durch eine sorgfältige Nahrungsführung und Speisenzubereitung entbehrlieh machen. Zum Stück Bier oder Käse will der Mann sein Bier oder seinen Schnaps haben. Sonst er etwas Warmes in guter Zubereitung vorgesetzt, kriegt er abends sein Glas Milch, Tee oder Kaffee, so wird er allmählich auf den Alkoholismus im Hause verzichten, ihn im Wirtshaus einschränken lernen.

Die erste Voraussetzung ist freilich, daß die Frau zu Hause bleiben und daß sie richtig kochen kann. Wir kommen damit zu einem recht wichtigen Punkt und zu einer Aufgabe des ganzen Gesellschafts- und insbesondere des Erziehungssystems. Bedauerlich viele Proletarierfrauen können nicht richtig kochen. Einmal weil sie von der Schulbank direkt in den Erwerb mühen, zum anderen darum, weil eben die Schule an ihnen nicht ihre Pflicht tut. Die Schule soll eine Vorbereitungsanstalt fürs Leben sein. Dazu gehörte doch wohl, daß sie nicht nur geistige und sittliche Bildungsgüter verarbeitete und ihren Schülern zuführt, sondern daß sie sie auch für das praktische Leben geschickt und tüchtig macht.

Im normalen Fall verlangt aber das praktische Leben von der Frau, daß sie Markt-, Haushalts- und Küchenkenntnisse besitze. Daher hat die Schule die ernste Verpflichtung, der dazugehörigen Unterweisung im Lehrplan mindestens der Volksschule die geübteste Stelle einzuräumen. Ein geordneter Unterricht in Lebens-, Berufs-, und Rechtskunde und vor allem in allen Zweigen der Hauswirtschaft sollte im letzten Volksschuljahr einen breiten Raum einnehmen und ein neuntes obligatorisches Schuljahr mühte angegliedert werden. Ferner ist in diesem Zusammenhang die obligatorische Fortbildungsschule für Mädchen bis zum 18. Jahre, die Gründung von besonderen Haushaltungsschulen aus kommunalen Mitteln und die Festlegung einer höchstens sechsständigen Arbeitszeit bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zu verlangen.

Das sind unerläßliche Mindestforderungen für jeden, dem es ernst ist mit der Stärkung der vollstehenden Kraft, Gesundheit und Leistungsfähigkeit.

In diesem Zusammenhang ist zunächst darauf hinzuweisen, wie ungemein wichtig es ist, die Kost, die wir Mann und Kindern vorsetzen, so auszuwählen, daß ein gesundes, d. h. dem Körper bestimmtes Mischungsverhältnis der einzelnen lebensnotwendigen Nährstoffe zustande kommt.

Die wichtigsten Nährstoffe sind Eiweiß, Fett und Kohlehydrate. Biertrink, ein bekannter Chemiker, verlangt als tägliches Kostmaß für einen Erwachsenen 120 Gramm Eiweiß, 90 Gramm Fett, 330 Gramm Kohlehydrate.

Nun gibt es Nahrungsmittel, in denen alle drei Stoffe vorkommen, und andere, die nur den einen oder anderen Stoff neben mineralischen Bestandteilen, Wasser usw. führen. Fleisch, Fische und besonders Eier sind die wichtigsten Eiweißträger. Fett kommt außer in direkten Fettträgern (Öl usw.) hauptsächlich beim Fleisch und seinen Nebenprodukten vor. Kohlehydrate bilden den Hauptbestandteil aller Wehle und mehlsaltigen Stoffe, aller Hülsenfrüchte usw. Sie sind weitläufig billiger als die Eiweißträger und auch als die Fette. Während man z. B. nach einer Teller, die allerdings die heutigen Preisverhältnisse nicht widerspiegelt, wohl aber den Verhältnißwert der einzelnen Nährstoffe zur Anschauung bringt, für 1 R., die für Fleisch verausgabt wird, 742 Nährheiten, bei Schellfisch 753, bei Hering 1266, bei Rindstalg 2507 Nährheiten für eine Portion bekommt, stellen sich die betreffenden Ziffern bei Erbsen auf 4242, Bohnen 3854, Linsen 2838, Wehl 3732 und Kartoffeln auf 4066 Nährheiten.

Konkret kann man deshalb nicht nur Kartoffeln essen. Einmal darum, weil es unmöglich ist, Kartoffeln in solchen Quantitäten zu verschlingen, daß die Ernährung eine ausreichende ist. Erst recht aber darum, weil die Kartoffel zwar reichlich Kohlehydrate, aber sehr wenig Eiweiß und fast gar kein Fett enthält. Soll deshalb Kartoffelernährung in rechter Weise für den Körper nutzbar gemacht werden, so muß sie mit dem nötigen Quantum Fett und Eiweiß, das heißt also mit einer genügenden Menge von Speise versehen werden, die diese Stoffe reichlicher enthält.

Der Kartoffel vorzuziehen sind unbedingt die Hülsenfrüchte, die zwar wenig Fett aber sehr viel Kohlehydrate und weit mehr Eiweiß enthalten als selbst die besten Fleischsorten. Linsen z. B. enthalten bei 52,84 Proz. Kohlehydraten 25,94 Proz. Eiweiß, 1,03 Proz. Fett und nur 12,33 Proz. Wasser, während das gleiche Quantum Fleisch zweiter Qualität bei 18 Proz. Eiweiß und 20 Proz. Fett 61 Proz. Wasser enthält.

Als das weitläufig wichtigste, weil zugleich billige und nahrhafte Nahrungsmittel aber sind die Hülsenfrüchte zu bezeichnen. Eines freilich ist bei der Verwendung von Hülsenfrüchten

unbedingt notwendig: daß die Hausfrau sie zu kochen versteht. Es genügt nicht, die Hülsenfrüchte morgens zuzusetzen und sie zwei Stunden kochen zu lassen. Man muß die sorgfältig ausgewaschenen Hülsenfrüchte am Abend vorher einige Male tüchtig waschen und sie dann, mit Wasser übergossen, über Nacht stehen lassen. Am anderen Morgen setzt man sie mit dem Wasser, in dem sie gewaschen wurden, zu, gibt ein halbes Kilo Stücken Soda hinein und läßt sie mehrere Stunden gut und tüchtig kochen. Wer eine Kochkiste hat, kann diese, nachdem die Hülsenfrüchte eine knappe Stunde auf dem Feuer gekocht wurden, zum Garwerden benutzen. Ist die Suppe gar, so wird eine gute Mehlsoße gemacht und das nötige Salz dazu gegeben.

Das sättigt und kräftigt. Aber jeden Tag kann man's freilich nicht essen, und wenn irgendwo, so gilt auf dem Gebiet der Verköstigung das Wort, daß Abwechslung sein muß. Dazu ist aber nötig, daß wir uns immer und überall die Kenntnisse anzueignen suchen, vermittelt derer wir auch mit geringen Mitteln gut wirtschaften können. Und nötig ist auch, daß wir mit großer Liebe, Nachdenken und Aufmerksamkeit die Nahrungsgüter besorgen und uns ganz mit dem Gedanken erfüllen, wie wichtig es für die Arbeitstüchtigkeit und den Lebensmut des Mannes, wie unerlässlich es für die Gesundheit und den Frohsinn unserer Kinder, wie notwendig es für die Kampfbereitschaft des Proletariats ist, daß seine Glieder gut und sorgfältig ernährt werden.

Säuglingsbehandlung.

Ein Vorortblöchlchen berichtet aus einer am 9. Dezember stattgefundenen Kreisversammlung des Kreises Niederbarnim unter anderem folgendes:

„R.-A. König-Weihensee tritt lebhaft für Errichtung einer Säuglingsanstalt zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit ein. In Weihensee besteht bereits eine solche Anstalt, aber sie ist viel zu klein. Es wird eine Summe von 150 000 R. dazu benötigt. R.-A. Wölz-Weihensee weist darauf hin, daß in allen anderen Staaten die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit in Angriff genommen werde, nur in Preußen nicht. Anfänge bestehen nur in Berlin, Charlottenburg und Weihensee. Der Kreisrat ist gut, wenn er der Gemeinde Weihensee eine Unterstützung von 150 000 R. zum Bau eines Säuglingskrankenhauses geben würde.“

Daselbe Blöchlchen gab fernerhin in der Frage der Säuglingspflege folgendes Votum ab:

„In Zukunft werden sich also die sozialdemokratischen Frauen der Mühe unterziehen, ihre Kinder zu gebären, für ihre Pflege aber die Gemeinde auskommen lassen. Dem Spreewald eröffnet sich eine neue Erwerbsquelle. Gemeindevorstände! Ein herrliches Zukunftsbild. Da alle Gewerbebetriebe nach dem Rezept der Sozialdemokratie am besten in eigene Regie der Gemeinde geführt werden, so empfiehlt sich vielleicht auch die Gründung einer Gemeindefabrik.“

Ein Mann mit solchem hochverständigen Urteil mühte der eventuell zu gründenden Anstalt als geschätzte Kraft gewonnen werden. Wir empfehlen ihn als Oberwächter für kleine Servietten. . .

Verfammlungen.

Die Volksversammlung im Bernhard-Rose-Theater, Badstraße, am Dienstagabend Genosse Adolf Stern einen Vortrag hielt, wurde nach 8 Uhr polizeilich abgebrochen. Der Andrang war so stark, daß nicht nur die Tische, sondern auch die Stühle zum größten Teil entfernt werden mußten. Kopf an Kopf stand eine dichtgedrängte Menge von Männern und Frauen bis nach Ritternacht und hörte eine Predigt eigener Art über „Jesus von Nazareth und das heutige Christentum“, der eine lebhaftige Diskussion folgte.

Der ehemalige evangelische Geistliche Adolf Stern legte eine scharfe Kritik an den Text der vier Evangelien, wie er jetzt allgemein in Geltung ist; Stern zeigte, daß dieser Text in einem Widerspruch steht mit den ältesten Handschriften über das Leben Jesu, die von eifrigen Forschern entdeckt und untersucht worden sind. Da wird Jesus nicht als der Sohn der Jungfrau Maria hingestellt, sondern es heißt in dem Urtext: „Joseph zeugte Jesusum.“ Das ganze Christentum mühte einer großen Unterzucht auf Grund der neuentdeckten alten Handschriften unterzogen werden. Der Redner führte viele Beispiele dafür an. Er zeigte, daß die Annahme, Jesus habe Taufe und Abendmahl gestiftet, falsch ist; den trinitarischen Taufbefehl, nach dem die Kirche sich richtet, kann Jesus nie gegeben haben, denn die Apostel hatten eine andere Taufformel. Auch das Bild Jesu nach dem Tode wird ein anderes nach neueren Forschungen über Visionen

und Halluzinationen, die hochgradig erregte Menschen haben können und die darum doch nicht Wirklichkeit sind. Die textkritischen Forschungen sind wichtig, weil sie uns einen ganz neuen Jesus geben, der nichts Wesentliches gemein hat mit dem Jesus des heutigen Christentums. — Der Vortragende erzählte, daß man es ihm oft zum Vorwurf mache, daß er diese Wahrheiten ins Volk trage. Geistliche hätten ihm gesagt, er habe Recht mit seinen Behauptungen, aber dies gehöre in die Studierstube und nicht in eine Volksversammlung. Er aber sei der Meinung, das Volk müsse die Wahrheit erfahren, und die Wahrheit gehöre überall hin. (Beifall.) Wahrheit mühte das Volk frei machen von der Herrschaft der Kirche, die an Stelle von Jesu Lehren starre Dogmen gesetzt habe, wie z. B., daß Jesu ein wahrer Gott sei, der angebetet werden mühte. — Viele Geistliche gibt es heute, welche den Dogmenglauben nicht besitzen. Und wenn der Papst neuerdings gegen den Modernismus geeifert hat, so kann die Folge davon nur die sein, daß die Suchelei größer wird unter den Geistlichen. Wenn heute die Lästerung von kirchlichen Einrichtungen so sehr bestraft wird, dann sollte der Staat auch da eingreifen, wo Geistliche gezuwungen werden, gegen ihre Ueberzeugung zu predigen. Forderte Jesus doch die Wahrhaftigkeit von seinen Nachfolgern! Er wollte das Himmelreich auf Erden errichten, einen großen Bruderbund; das war dasselbe Ideal, das wir heute im Sozialismus erblicken.

Über zwei Stunden lang sprach der Redner und legte ausführlich den Gegensatz dar zwischen der Kirche und ihren Dogmenlehren einerseits und dem liebenden, großmütigen Jesus, wie er sich in Wirklichkeit und zeigt. — Langanhaltender Beifall lohnte ihn.

In der Diskussion tat sich der Pfarrer Rebeling von der St. Paulskirche hervor. Er erklärte, daß er der liberalen Richtung in der Kirche angehöre und im großen und ganzen den Ausführungen des Vortragenden zustimme, aber in vielen einzelnen Punkten anderer Meinung sei. Die freiere Richtung würde bedeutend gegenüber der orthodoxen an Boden gewinnen, wenn es den Geistlichen dieser Richtung möglich wäre, solche Volksversammlungen zustande zu bringen und darin als Redner aufzutreten. Besonders imponierte dem Redner die fast andächtige Ruhe, mit der die Versammlung dem Vortrage vom Genossen Stern folgte. Dieselbe Ruhe wurde übrigens auch bei der Entgegnung des Pfarrers Rebeling gewahrt. Stern erwiderte ihm sofort und wies auf die schweren und verwickelten wirtschaftlichen und politischen Gegenstände hin, die in dem Volke bestehen. Und wenn die liberalen Pastoren von der Liebe reden, die sie mit dem arbeitenden Volke verbindet, dann sollten sie auch als streitbare Männer für die Rechte des Volkes aufzutreten. Als der Redner daran erinnerte, daß sie auch mitwirken mühten, daß das Volk im Landtag vertreten werde durch eigene freigewählte Abgeordnete, damit es seine Klagen vorbringen könne, da erhob sich lauter, allgemeiner Beifall.

Über die politische Lage sprach Genosse Emme, der Reichstagsabgeordnete für Rülhausen i. G. unter großem Beifall am Dienstag in einer Volksversammlung, die den geräumigen Saal des „Adoliner Hof“ füllte. — In der Diskussion sprachen die Genossen Jungmann, Bader, Busse und Frau Böhm. Diese Genossen wies besonders darauf hin, daß die Beteiligung der Frauen auf dem Wedding noch viel zu wünschen übrig läßt, und ermahnte die Frauen zu eifriger Tätigkeit. Ferner wurde in der Diskussion auf den Wert und die Bedeutung der Konsumgenossenschaften aufmerksam gemacht. Einige Rednerungen des Genossen Jungmann, daß der Parlamentarismus im wesentlichen für das Proletariat nur den Wert habe, aufklärend zu wirken, im übrigen mehr oder weniger ein Komödientenspiel sei, veranlaßten den Referenten in seinem Schlusswort zu der Erinnerung, daß durch das Parlament wohl etwas zu erreichen sei, wenn nur erst einmal die große Masse der Arbeiter und derer, die die gleichen Interessen haben, aufgestellt sei. So lange von den 12 Millionen Wahlberechtigten erst 3 Millionen für die Sozialdemokratie stimmten, könne man noch nicht verlangen, daß alles nach unserem Willen gehen solle. Auf einen Zwischenruf „Generalkrieg!“ bemerkte der Redner, daß man von den Rassen der Arbeiter, die nicht für uns stimmten, viel weniger erwarten könne, daß sie zu einem Generalkrieg bereit seien. Wenn die Partei den Generalkrieg propagiere, mühte sie sich vor allem der Verantwortung bewußt sein und die Machtverhältnisse richtig abschätzen.

Nachdem der Vortragende, Genosse Farrow, unter Hinweis darauf, daß sich die bürgerlichen Parteien immer fester zu einer reaktionären Masse zusammenschließen, zu eifrigster Aufklärungsarbeit aufgefordert hatte, wurde die Versammlung mit Hochrufen auf die Partei geschlossen.

Theater.
Freitag, 13. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Hof. Cyranus, Theres. Der Barbier von Bagdad.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
D. arisches. Was ihr wollt.
Kammerstücke. Katharina Gräfin von Armaignac. (Anfang 8 Uhr.)

Berliner Theater.
Gastsp. des Neuen Operett-Theaters.
Blaubart.
Kom. Oper in 3 Akten v. J. Offenbach.
Anfang 8 Uhr.
Morgen u. folgende Tage: Blaubart.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater (Wallner-Theater).
Freitag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Vollständ. in vier Akten von Ludwig Angenbrüder.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Revisor.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Kaiserjäger.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Der Revisor.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Freitag, abends 8 Uhr:
Maria Stuart.
Ein Trauerspiel in 5 Akten von Friedrich Schiller.
Sonabend, abends 8 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, nachm. 3 Uhr:
Der Richter von Zalamea.
Sonntag, abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.

Zirkus Schumann
Heute, Freitag, den 13. Dezember, abends präglie 7 1/2 Uhr:
Vornehmend humoristisches Programm.
Zwölf Glöckchen und Anguste mit ihren neuen urtomischen Entrees und Intermezzen.
Die phänomenalen
6 liegende 2 Damen
6 Banvards 4 Herren
Größter und bester Lustakt der Gegenwart.
Sensationelle Novität
The three Demons
und die
neu engagierten Spezialitäten.
Am 14. Uhr zum 74. Male:
Die diesjährige große Wasser-pantomime
Ein **Auf dem Necker**
Sonntag: 2 Galavorstellungen.
Nachm. ein Kind frei.

XIII. Saison.
Zirkus Busch
Freitag, 13. Dez., präglie 7 1/2 Uhr
Wohltätigkeits-Vorstellung
zum Besten des XII. Kreis-Kommunalfarats - Nationalbank für Veteranen. U. a.:
Familie Kromo, 10 Personen.
Miss Virginia Bell, Geschw. Vichia Herr Burkhardt, Jostil, Schulreiter, Herr Ernst Schumann mit den neuesten Dressuren, Fräulein Stella Brevat, Schulreiterin.
Am 14. 10 Uhr: **Auf der Hallig.**
Diesj. gr. Kunst-Pant. d. J. J. Busch
Sonntag, den 15. Dezember:
Zwei große außerordentliche Vorstellungen
nachm. 4 Uhr und abends 7 1/2 Uhr.
Nachm. 4 Uhr zahlen Kinder unter 10 Jahren auf allen Sitzplätzen halbe Preise. Samstag 4 Uhr: 3. 1. Male: **Jodel und Kolo!**
D. enthr. Affen l. d. Sommerreise.
Gr. hum. Wasserpant. l. 2. Mal.
Abends 7 1/2 Uhr: **Auf der Hallig.**

Theater.
Freitag, 13. Dezember.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Hof. Cyranus, Theres. Der Barbier von Bagdad.
Königl. Schauspielhaus. Die Braut von Messina.
D. arisches. Was ihr wollt.
Kammerstücke. Katharina Gräfin von Armaignac. (Anfang 8 Uhr.)
Schiller Charlottenburg. Maria Stuart.
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Jugend von heute.
Kleines. Wandragola.
Zentral. Frau Warrens Gewerbe.
Theater an der Spree. Tyroler Schützenfest.
Reichens. Ganz der Papa.
Königliche Oper. Die verkaufte Braut.
Wetken. Die lustige Witwe.
Vollständiges. Querschnitt.
Zirkus. Fräulein Jostil — meine Frau.
Thalia. Die große Gefahr.
Vulcan. Erziehung zur Ehe.
Bernhard Hofe. Ein christlicher Kaffee.
Metropol. Das muß man sehen.
Wolke. Schiller-Schäfer jr. Siegen. Genies.
Walhalla. Spezialitäten.
Folies Caprice. Geistes Uebe.
Kafino. Biederleute.
Gedr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben.
Pallage. Paula Wirth. Spezialitäten.
Vater. Döbels.
Wafel. Am heiligen Abend. Spezialitäten.
Parodie. Das Ungeheuer. Japfenfleisch. Roma Vanna.
Wintergarten. Spezialitäten.
Reichshausen. Stettiner Sänger.

Baccarat.
Sonabend: Baccarat.
Sonntag: Baccarat.

Kleines Theater.
Abends 8 Uhr: **Agnes Sorma.**
Mandragola.
Sonabend: Mandragola.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.
Abends 8 Uhr: Mandragola.

Theater des Westens.
8 Uhr: **Die lustige Witwe.**
Sonntag nachm. 3 Uhr: halbe Preise:
Frühlingsluft.
Mittwoch und Sonabend 4 Uhr zu kleinen Preisen: Schauswittchen.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Jugend von heute.
Anfang 8 Uhr.
Sonabend nachm. 3 Uhr: Lügenmäulchen und Wahrheitsmündchen.
Abends 8 Uhr: Jugend von heute.
Zentral-Theater.
Gastspiel des Hebbel-Theaters.
Abends 8 Uhr:
Frau Warrens Gewerbe.
Drama in 4 Akten von Bernh. Shaw.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Sufarenfieber.
Residenz-Theater.
— Direktion: Richard Alexander. —
Anfang 8 Uhr.
Ganz der Papa.
Schwank in 3 Akten von Marx und Desvallières. Deutsch v. R. Schönmay.
Baron des Kubrats: Mich. Alexander.
Sonntag, den 16. Dezember, nachmittags 3 Uhr: **Der Fräuleinmahl.**

Luisen-Theater.
Reichenbergerstr. 34.
Abends 8 Uhr:
Erziehung zur Ehe.
Sonabend nachm. 4 Uhr: Dornröschen. Abends: Das Heiratsspiel.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Berlin wie es weint und lacht. Abends: Ein stiller Mann.
Montag: Der Reitermann und sein Pflegerkind.

Brunnen-Theater
Badstraße 55. Direkt.: Bernh. Rose.
Freitag, den 13. Dezember:
Die Barbaren
oder:
Weihnachtsabend in Feindesland.
Zeltgemälde aus den Kriegsjahren 1870/71
in 4 Aufzügen von Heinrich Stobitzer.
Vollständiger Verkauf vorm. von 10 bis 2 Uhr.
Koffenöffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Abends 8 Uhr:
Ueber den Brenner nach Venedig.
Hörsaal 8 Uhr:
Dr. C. Theising: Staatenbildung bei niederen Tieren.
Invalidenstr. 57-62: Sternwarte.
Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelstöße.

Lortzing-Theater
Abends 8 Uhr:
Hans Heiling.
Sonabend nachmittags 3 1/2 Uhr: Rumpelstilzchen. Abends 8 Uhr: Die Entführung aus dem Serail.
Sonntag nachm. 3 Uhr: Hans Heiling. Abends 8 Uhr: Rigoletto.

Theater an der Spree
Adenickerstraße 69.
Abends 8 Uhr:
Tiroler Krippenspiel.
Sonabend 4 Uhr: Dornröschen.
Abends 8 Uhr: Tiroler Krippenspiel.
Sonntag abends: Am grünen Weg.

Apollo Theater
Abends: **Elite-Vorstellung!**
9 Uhr:
Sylvester Schäffer jr.
Sonntag, 15. Dezbr., nachm. 3 1/2 Uhr: Familien-Vorstellung. Kleine Preise!
8 Uhr: Die neuen Spezialitäten. U. a.:

DERNHARD ROSE THEATER
Gr. Frankfurterstr. 132.
Ein
ehelicher Mörder.
Anfang 8 Uhr. — Wochenpreis.
Sonabend nachm. 4 Uhr Kinder-vorstellung: Frau Holle. Abends 8 Uhr: Der Hüttenbesitzer.

W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Oranienstr. 16.
Zum letzten Male:
Mutter und Sohn.
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonabend: Uraufführung: Regina. Schauspiel in 3 Akten nach dem Roman des „Berliner Lokal-Anz.“

Folles Caprice
Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße.
* **Rabbi Meseritsch.** *
Unter Teil.
Geteilte Liebe.
Anfang 8 Uhr.

Parodie-Theater.
Dresdenerstr. 97. Anfang 8 1/2 Uhr.
Vorletzte Woche
von Japfenfleisch, Das Ungeheuer und Roma Vanna.
Freitag, 20. Dez.: Gala-Vorstellung.

Kafino-Theater.
Lothfingerg. 37. Täglich 8 Uhr:
Biederleute.

Biogr. Theater „Westend“
Charlottenburg.
Potsdamerstraße 11.
Neu! Elegant! Interessant!
Täglich Vorstellung von 6-11 Uhr.
Sonntags von 3-11 Uhr.
Stetiger Eingang von Reuekten

Metropol-Theater
Anfang präzise 8 Uhr.
Das muß man seh'n!!
Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollander. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultze.
G. Thielscher, F. Massary,
B. Darmani, Benler, Giampietro,
Josephi.
Ranchen überall gestattet.
Sonntag, 15. Dezember,
nachmittags 3 Uhr:

Die Herren von Maxim.
WINTERGARTEN

Auftreten von: Robert Steidl,
Liane de Vries, Kitty Gordon,
Tan Kwai-Truppe, Flood
Brothers, Starr und Leslie,
Boganny-Truppe, Die Tiller
Girls, Brunius, La Béat,
Toqué, Tenji-Truppe, Der
Biograph etc.

**Gebr. Herrnfeld-
Theater.**
57 Kommandantenstraße Nr. 57.
Anf. 8 Uhr. Vorper. 11-6 Uhr.
Heute zum letzten Male:
Es lebe das Nachtleben!
Scherer:
Madame Wig-Wag.
Morgen Sonnabend:
**Premiere von
Papa
und
Genossen.**
Komödie von H. und D. Herrnfeld.
Sonntag 3 Uhr: Die Meyerhains.

**Walhalla-
Variete Theater**
Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.
Anfang 8 Uhr.
Das koloss. Dezember-Programm.
12 Akrobaten Lorch 12
gigantische Spiele.
Colin Claron
„Ein Künstlerfest.“
Harry Arndt, Quacchi.
12 internationale Spezialitäten 12
Tunnel: Regimentskapelle,
Schrammeln. — Theaterbesuchern
freier Eintritt.

Palast-Theater
Burgstraße 24.
Heute 8 Uhr
Entree 20 Pf.
Lona Revée
Tableaux vivants
Luna-Quartett
Damen-Ensemble.
Hee and Shee, das fidele
Duo
und 9 Attraktionen 9.
Am heiligen Abend,
Charakterbild von Hofmann.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Weihnachts-Programm!
Anfang wochentl. 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.
Donnerstag, 26. Dezbr.
(2. Feiertag):
**Gr. Weihnachts-Benefiz-
Matinee.**
Reichshallen-Restaurant:
Militär-Konzert.

Buggenhagen
Moritzplatz
im Theatersaal täglich:
Das neue
Dezember-Programm.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Sonntags 7 Uhr. (Sonntags
reserviert 1 M., Entree 50 Pf.)
Familienbilletts a 40 Pf.
Unter
täglich **Militär-Konzert.**
Beder, Przeworski, Götsch,
Reumann, Eheny und Lütich.

Brauerei F. Happoldt.
Kasernenstraße 32/33. Berlin S. Kasernenstraße 32/33.
zur Einweihung des 11432*
neuen Konzert-Saales
am Sonnabend, den 14. d. M. findet
Militär-Streich-Konzert
mit Harfen- und Harmonikabennutzung statt, ausgeführt von dem
Musikkorps des 2. Garderegiments a. P., Leitung: Maj. Musikdirektor
Max Graf, unter gest. Mitwirkung des Harmonium-Kammervirtuosen
Herrn Stabernack, der Opernsängerin Fräulein Klobe und des
Konzert- und Oratorienführers Herrn Glas.
Nach dem Konzert: **Großer Ball.**
Wozu ladet ergebenst ein C. Elste, Oekonom.
Son Sonntag, den 15. d. M., ab jeden Sonntag:
Militär-Streich-Konzert.

Gesellschafts-Spiele vom billigsten
bis zum feinsten.
Schach, Dame, Domino, Roulette, Krocket,
Tivoli, Poch- und Kegelspiele etc.
Roberte Spazierstöcke und Tabak-Pfeifen aller Art.
Feine Wiener Meerschaum- u. Bernstein-Waren.
Scheunert & Wirth, Blumenstraße 4 und 5,
an der Wallner-Theaterstraße.

**Haben Sie schon
die
Deutschen Konzerthallen,
An der Spandauerbrücke 3, besucht???**

Passage-Theater.
Abends 8-11 Uhr.
Die singenden
Engelsköpfe
Martin Kettner
Erna Fröhlich
und das großartige
Dezember-Programm.

Udel-Quartett u. para Mitw
d. Hrn Prof C. F. Udel
Rita Tanca.
W. Jägerstraße 63a.
Folies Bergère
Tel.-Amt I 4759.
Mila Barry | 8 1/2
Mdm. Dersey. M. Hansa.

Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage 8 Uhr:
Fräulein Josette — meine Frau.

Arbeiter finden für den Winter 4702+
gute und billige Unterkleider in großer Auswahl
Brunnenstr. 158, jetzt Gelber Laden.

**Kleider
machen
Leute!!**
Wenn Sie elegant und schneidig gekleidet
sein wollen, kaufen Sie bei
Alex Bohne
Landsberger Str. 79
Herren- u. Knaben-Moden.
Vornehme Maß-Anfertigung.
Herren-Paletots von 20 Mk. an.
„ Anzüge 20 . . .
Schwarze Rock-Anzüge . . . 28 . . .
Jünglings- und Knaben-Anzüge und Paletots in allen Preislagen.
Zu Weihnachten empfehle ich:
Schlafrocke, Joppen, Phantastie-Westen etc.
Trotz meiner anerkannten sehr billigen Preise gewähre den
Vorzeigern dieses Inserats 5 Proz. Rabatt.

Sanssouci Kottbusser
Straße 6.
Direktion: Wilhelm Reimer.
Heute Freitag wegen gr.
Verjämung:
Geschlossen.
Sonntag, Montag und
Donnerstag:
Hoffmanns Nordd. Sänger
und Tanztruppen.
Durchschlagender Erfolg d.
Dezember-Programms.
Beginn Sonntags 8 Uhr,
wochentags 8 Uhr.

**Schutz-
Marke.**
et, nur mögliche Gegenstände, die viel Freude machen.
In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.
Voricht beim Einkauf! Man achte auf den gef. gef. Namen „Goldperle“
und den Kaminfeger!
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.
Weihnachts- u. Uingeg.: Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11. Fernsprechanst IV. 6296

Bleyle's
gestrickte
Knaben - Anzüge
Illustr. Katalog gratis und franko
Arnold Müller
Kaufhaus für Kinderbekleidung
Leipzigerstr. 95 Ecke Charlottenstrasse

SALAMANDER Schuh-Ges.
Das hervorragendste Erzeugnis
der deutschen Schuh-Industrie.
Von Vielen nachgeahmt,
Von Keinem erreicht.
Schuhprogramm
für Damen
und Herren
Mk. 12⁵⁰
Lern-
auführung
Mk. 16⁵⁰
Centrale W, Friedrich-Str. 153
C, König-Str. 47
SW, Friedrich-Str. 721
Fordern Sie 99999 Musterbuch!

50 Ohne Anzahlung
wöch. J. Antel.
!!! Maßanfertigung!!!
von Herren-, Damen- und Kindergarderobe!
Modernisieren, Ändern, Ausbessern, Reinigen und Aufbügeln von Herren-
und Damengarderobe zu billigen Preisen in meiner Spezialwerkstatt.
!!! Abholen und Liefern kostenlos von allen Stadtgegenden!!!
Julius Friedemann, Schneidermstr., Raabestr. 11, p. 1.
Kronen, Lampen, sämtliche Zubehö-
teile, Gaskocher, Plattapparate etc.
Reparaturen prompt und billigst
Elektrische Klingelleitungen
Fritz Clemens
Inh.: Rud. Fahrholz, Ingenieur
Kanalisations-, Gas- und Wasser-Anlagen.
N. 58, Schönhauser Allee 128,
Laden, Hof geradezu.
Vorzeigern dieses Inserats gewähre an der Kasse 5 Proz.
Messing auf Teilzahlung 50 Pf.
Herrengarderobe fertig u. nach
Maß von 1 M. an, ferner
Teppiche, Steppdecken, Por-
tieren, Spiegel, Bilder, Ver-
größerungen nach jeder Photo-
graphie mit Rahmen, Gas- und Petroleum-Kronen, Uhren usw.
Teich oder Vorkarte. 10402*

**Prächtige Geschenke liegen
Gentners Veilchen-
seifenpulver
„Marke Kaminfeger“**
et, nur mögliche Gegenstände, die viel Freude machen.
In den meisten Geschäften a 15 Pf. zu haben.
Voricht beim Einkauf! Man achte auf den gef. gef. Namen „Goldperle“
und den Kaminfeger!
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.
Weihnachts- u. Uingeg.: Andreas Caspar, Berlin SO., Josephstr. 11. Fernsprechanst IV. 6296

**Sozialdemokratischer Wahlverein
des
6. Berliner Wahlkreises.**
Todes-Anzeige.
Am Dienstag verstarb unser
Mitglied, der Sticher
Otto Tismer
Müllerstraße 162.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Sonnabendnachmittag 2 Uhr von
der Kirche aus nach dem
Städtischen Friedhof in der
Müllerstraße (Ecke Seestraße) statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein
Bezirk Weißensee.**
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht,
daß unser Mitglied
Heinrich Eschbach
am 10. Dezember, nachmittags 9 Uhr,
gestorben ist.
Die Beerdigung findet heute
Freitag, den 13. Dezember, nach-
mittags 2 Uhr, von der Halle
des Weihensteiner Friedhofs, Kölln-
straße, aus statt.
1875 Der Vorstand.

**Deutscher
Holzarbeiter-Verband**
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Karl Müller
am Montag, den 9. Dezember,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 13. Dezember, nach-
mittags 8 Uhr, von der Halle des
Karlshofen-Friedhofs in Wilhelm-
berg aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Julius Seidel
am Dienstag, den 10. Dezember,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 13. Dezember, nach-
mittags 8 Uhr, von der Leichen-
halle des Kummelburger Ge-
meinde-Friedhofes aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege, Tischler
Heinrich Tegge
am Mittwoch, den 11. Dezember,
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am
Montag, den 16. Dezember, nach-
mittags 8 Uhr, von der Halle
des Auferstehungs-Friedhofes am
Weihensteiner Weg aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Lederarbeiter
(Zentrale I Berlin).
Den Mitgliedern zur Nach-
richt, daß am 10. d. Mts. unser
langjähriges Mitglied, der Weis-
gerber
Julius Heidenreich
nach langem Leiden im Alter von
55 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute
nachmittags 3 Uhr vom Trauer-
hause Freiwalderstr. 2 aus nach
dem neuen Weis-Friedhof in
der Seestraße statt.
Zahlreiches Geleit ist Pflicht.
141/11 Der Vorstand.

Am Donnerstag, den 12. Dezbr.,
früh 9 Uhr, starb nach langem
Krankentage meine liebe Frau
Minna Olberg
geb. Schramm.
Die Beerdigung findet am
Sonntag, den 15. d. Mts., nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle der Christus-Gemeinde aus
statt. 1883b
Der trauernde Gatte
Max Olberg und Verwandte.

Dankfagung.
Für die bei der Beerdigung meines
lieben Mannes und erwiesene Teil-
nahme sagen wir allen Freunden
und Kollegen der Firma A. Walter
unseren herzlichsten Dank. 1887b
Frau Franziska Schreiber
nebst Kindern.
Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer, .
nur Mariannen-Straße 2.
Dr. Schönemann
Spiegel-Str. für 1402*
Haut- und Harnleiden,
Frauenkrankheiten,
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

JUGENDSCHRIFTEN!

Die in der **Sonntagsnummer** des „Vorwärts“ vom **8. Dezember** durch den **Bildungs-Ausschuß** empfohlenen **Jugendschriften** sind in unserer Sortiments-Buchhandlung zu haben. Verzeichnisse stehen gratis zur Verfügung.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

!! Haben Sie schon gehört !!

Billigen Weihnachtsverkauf



von unserem
prachtvoll spielender Apparat.
Statt 17,50 R. nur **13,50 R.**
• 35,00 • **24,00** •
Großes Lager in allen Preislagen.
Phonographen, Grammophone,
Platten, Walzen.
Streng reelles Spezial-Geschäft.
Teilzahlung gestattet.
Abonnenten dieses Blattes
3 Proz. Rabatt.

Fialio-Musikwerke.

Neanderstr. 8. Neue Königstr. 43.
Vorführung ohne Kaufzwang! Besichtigung erbeten!

**Uhren,
Gold-,
Silber-,
Alfenidewaren**
in
größter Auswahl
und
moderner Ausführung
Reinh. Wankel
Brunnen-Straße 163
Gegründet 1877. zwischen Anklam- und Invaliden-Straße.

Feiner Hamburger Familien-Kaffee-Ersatz.
Vorzügliches Kaffeegetränk von hohem Nährwert, aus gerösteten Kaffeebohnen hergestellt von
Ferd. Kleiner, Samburg.
Detail-Verkaufspreise: 1/2 Pfund 50 Pf., 1/4 Pfund 25 Pf., 1/8 Pfund 15 Pf.
In allen Kolonialwarenhandl. käuflich. 11072
Engros-Vertrieb **Fritz Markgraf, Berlin NO.**
und Lager: **Neue Königstr. 5.**

Teilzahlung! Steppdecken, Tischdecken, Gardinen, Teppiche, Betten, Böfche, Kleiderstoffe, Kostümstoffe, Bandwaren, Taschentücher, Ketten, Herren-Garderobe! Auch nach Maß!
Kohl & Reimann (Ad. Kohl) Eresdowstr. 14.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gedrahteter moderner Kleidung zu versehen.
Wir beziehen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Kavaliere usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.
Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der meist sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Zeile) und tadellosen Sitz auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinwollene 87862

3 Monat getragene 2 Monat getragene 1 Monat getragene
Maß-Anzüge 8 M. 12 M. 16 M.
Maß-Paletots 6 M. 10 M. 14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben.
Große Frankfurterstraße 93
zwischen Markus- und Krautstraße.
Frack und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen
verlichen.
Eingiges christliches Geschäft dieser Art am Platze.
Achten Sie auf die blauen Schilder.

Begründet 1873. **Spezial-Hut-Engroslager.** Begründet 1873.

Neueste Moden der Saison in Filzhüten, Cylinderhüten, Chapeau claque etc.
Abteilung für den **Einzelverkauf**
zu außergewöhnlich billigen u. streng festen Preisen.
B. Salinger, Neue Königstr. 48, 1 Treppe, 3. Haus v. Alexanderplatz.
Sonntags geöffnet.

Teilzahlung!
Wohntisch nur 1 Mk.
Sessel, Tische, Lampen, Regale, Kleider, Bilder, etc.
Eleg. Phonographen, Grammophone, Platten, Walzen, etc.
Kauf von Kommoden, etc.
Kauf von Kommoden, etc.
Kauf von Kommoden, etc.
Pilzcker & Spillner, nahe Potsdam.

BERLIN SO.
Oranien-Strasse
nahe Hochbahnhof
Empfehle zum bevorstehenden Weihnachtseste zu streng realen, anerkannt billigen Preisen ein
Großes Lager
in Juwelen, Uhren, Gold- u. Silberwaren, Oranienstr. 206
in Wand- u. Stand-Uhren Oranienstr. 207
in Alfenide- u. Nickelwaren Oranienstr. 204
Letztere Sachen werden wegen alzu großen Lagers bis Weihnachten mit 20 bis 30 Prozent Rabatt verkauft. Eigene Werkstatt für Neuarbeit und Reparaturen im Hause.

BERLIN SO.
H. Zimmermann
Oranien-Strasse
nahe Hochbahnhof
Juwelier

Deutschlands größtes Spezialgeschäft
für **Bettfedern**
Erste Bettfedernfab. m. elekt. Betriebs
Gustav Lustig
BERLIN S. Prinzenstr. 46
berühmt geg. Hochqual. garantiert neue und gut erhaltene, gut füllende Bettfedern p. 1/2 D. 255-260-125; prima Gänsefedern 2. 175; Gänsefüßchen 2. 200; prima weiße Gänsefüßchen 2. 250-300-250 etc. etc. etc.
Von den Tannen eignen sich 3-4 D. zum groß. Überd. - Gänsefüßchen (1 Stück) 2. 250 per Pfund; Gänsefüßchen, wie sie von der Gans fallen, mit allen Tannen 2. 150. Grobes und Feinfein gratis. Um- tausch oder Rückführung gebatte. Verpackung kostenlos.
Leistungsfähiger Versand über 2000 Zentner Bettfedern, von feinem zweiten Bettens n. Bett federngeschäft erreicht.

Zum Weihnachtsfest
kaufen Sie bei uns am besten.
Auf Teilzahlung
wöchentlich nur 1 Mk.
Große Auswahl in:
Herren- u. Damen-Uhren, Regulateure, Broschen, Ringe, Ketten, echte Monzenhäuser Eithers, Phonographen, Plattenspieler, Harmonikas, Mandolinen, Geigen etc.
Verkauf v. prima Platten, echten Edisonwalzen Stück 1 Mark.
Jahre & König, Warschaustr. 72, L. Etage.
Rahlsdorfersstrasse 101, L. Etage.

Charlottenburg!
„Vorwärts“-Expedition.
Seienheimerstraße 1, im Laden.
Weihnachtspremien
für unsere Abonnenten.
Freigeigtes sämtliche Werke 3 R.
Gepfäders Werke 3.50 R.
Franz Grillparzers Werke 3 R.
Fritz Reuters Werke 3 R.
Kurms Gesundheitsbuch 1.50 R.
Schicksal von 10 Pf. an.

Dr. Simmel
Spezial-Arzt
für Haut- und Harnleiden.
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 3-1.

Albert Marguard
Berlin, Neanderstr. 26
Weingroßhandlung, Likörfabrik
empfiehlt seine gut gepflegten
Bordeaux-, Rhein- und Moselweine
sowie
Mediz. Ungarwein
unter Garantie der Reinheit.
Ferner
feinst. Rum per Flasche 1,50-5,00
• Arrak . 1,50-3,75
• Cognak . 1,75-6,00
Burgunder-, Rum- u. Arrak-Punsch
per Ltr. 3,00 u. 3,50,
feinen Punsch-, Grog- und
Glühwein-Extrakt
per Ltr. 1,50-2,50.

Lachmann & Scholz

Turm-Str. 76 Warenhaus Otto-Str. 1

Doppelte Rabatt-Marken

und Pfefferkuchen-Bons

Bei einem Gesamt-Einkauf von je 5 Mark im Werte von 50 Pfg., wofür Pfefferkuchen oder Christbaum-Schmuck nach eigener Wahl von unseren Lagern **gratis** verabfolgt werden

am **Freitag, 13.** **Sonntag, 15. Dezember.**

*) Wenige Artikel ausgeschlossen. Die Bons haben bis 22. Dezember Gültigkeit.

Partei-Angelegenheiten.

Wierter Wahlkreis. Die Abteilungsleiter werden gebeten, die Fragebogen von den Bezirksleitern einzuziehen und bei der Abrechnung an das Bureau des Wahlvereins abzuliefern.

Der Vorstand.

Sechster Wahlkreis. Zu der am Sonntag, den 15. Dezember, stattfindenden Vorstellung in der Urania sind noch Billetts bei U. Hill, S. Wicelstr. 24, zu haben.

Der Vorstand.

Lichtenberg. Stadtverordnetenwahlen. Am Sonntag, mittags 11 1/2 Uhr findet im „Schwarzen Adler“, Frankfurter Chaussee 5, eine Volkversammlung statt, in welcher Reichstagsabgeordneter Paul Singer über „Bürgerrechte - Bürgerpflichten“ sprechen wird. Sorge jeder für zahlreichsten Besuch. Von heute ab müssen die Genossen sich den Bezirksleitern zur Wahlarbeit zur Verfügung stellen. Besiehe keine! Sonntag vormittags 10 Uhr: Rosenprache in allen Bezirkslokalen. Da das Geschäftsjahr mit dem Dezember schließt, müssen am Sonntag alle Reste beglichen werden.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordneten-Versammlung. Der Stadtschulrat wird kinderfreundlich!

„Und als das Brot gebaden war, da lag das Kind auf der Totenbahn.“ So endet das Volkslied von dem hungernden Kinde, das zulange warten mußte, bis man ihm Brot gab. In der gestrigen Stadtverordneten-Sitzung mußte man zunächst fürchten, daß auch die Erledigung der von der sozialdemokratischen Fraktion gestellten Anträge, die die Speisung bedürftiger Schulkinder betreffen, so lange hinausgeschoben werden sollte, bis die Hungernden dem Verhungern nahe seien. Erst allmählich begriff die freisinnige Mehrheit, daß doch nicht länger mehr gezögert werden darf, und es kam zu dem nachträglichen Beschluß, wenigstens den vor acht Tagen in einen Ausschuß verwiesenen Antrag auf sofortige und ausreichende Unterstützung des Kindertochtschulvereins dort schleunigst zu prüfen. Unser Genosse Vörgmann war's, der es öffentlich festnagelte, daß die Absicht bestehe, diesen Ausschuß erst nach Neujahr zu einer ersten Sitzung zusammenzubringen. Nunmehr wird aber der Ausschuß bereits am kommenden Montag zusammentreten, so daß schon am nächsten Donnerstag das Plenum beschließen kann. Wir sind neugierig, was der Ausschuß dem Plenum vorschlagen wird.

Gestern wurde derjenige Antrag der sozialdemokratischen Fraktion beraten, der die grundsätzliche Forderung stellt, bedürftige Kinder „von Stadt wegen“ zu speisen. Genosse Vörgmann begründete ihn in einer eindrucksvollen Rede, die der freisinnigen Mehrheit sehr unbehagen war. Als er daran erinnerte, wie lange und schwer unsere Genossen im Rathaus kämpfen müssen, um in der Frage der schularztlichen Fürsorge, der Säuglingspflege usw. endlich durchzudringen, wurde Herr Gossel nervös und jeterie dazwischen: „Wir auch, wir auch!“ Er wollte wohl sagen, daß auch seine Leute schließlich zur Einsicht gekommen seien. Die Reden, mit denen die Freisinnsmänner dem sozialdemokratischen Redner antworteten, ließen deutlich erkennen, wie — wenn man so sagen darf — weh es der Mehrheit tut, daß sie nun vielleicht doch nicht länger sich wird weigern können, tiefer in den Stadtsäckel zu greifen, um die hungernden Kinder satt zu machen. Auch der tönende Phrosenschwall, mit dem Herr Cassel die Kinderfreundlichkeit des Stadtschulrats pries, vermochte nicht darüber hinwegzutäuschen, wie wenig die Stadt Berlin auf diesem Gebiete bisher zu tun sich bemüht hat. Stadtschulrat Fischer kündigte an, daß man nunmehr mit größter Beschleunigung vorgehen werde. Er versicherte, der Schulverwaltung sei es ernst hiermit, aber in demselben Atemzuge fügte er hinzu, daß von dem Kindertochtschulverein vorgelegte Material müsse erst noch geprüft werden. Wer weiß, ob da die hungernden Kinder nicht schließlich doch noch werden warten müssen, bis sie am Verhungern sind!

Weihnachtszauber.

In feenhafter Beleuchtung, recht stimmungsvoll und anziehend arrangiert, haben die großen Warenhäuser ihre Spielwaren-Ausstellungen errichtet. Für die Kinder ist in der allerdenklichsten, raffiniertesten Weise gesorgt. Was die verwegene Phantasie nur auszutüfteln vermag, ist hier greifbar in die Tat umgesetzt. Gerade in Spielsachen ist man bemüht, das Unmögliche zu leisten, leider und oft genug auf Kosten des guten Geschmacks und der vernünftigen Zweckmäßigkeit. Da Schiller's und Stimmert's und Leuchter in buntem, mannigfadem Wirrwarr, daß es selbst für Erwachsene des Staunens genug gibt.

Hier hat die Spielwarenindustrie die Wunder ihrer Leistungsfähigkeit ausgestellt und die Höhe ihrer Entwicklung sinnfällig demonstriert. Vor allem das Puppenlager. Man ist versucht, sich selbst eines dieser hübschen, reizenden Kinderideale zu wünschen, so köstlich und anmutig paradieren sie da in langen Reihen. Da ist eine lebensgroße, elegante und bewegliche Puppe, die schlafen und sprechen kann und ihr eigenes, komfortables, mit verschwenderischem Luxus eingerichtetes Heim besitzt, bestehend aus mehreren Zimmern, wie sich das bei einer großen Dame auch von selbst versteht. Weiter drüben laufen Automobile auf Miniaturrennbahnen herum. Aber auch größere Töfz-Töfz, zum Gebrauch geschaffen, fordern unsere Verwendung heraus. Besonders herhalten muß natürlich die liebe Soldatenherrlichkeit, um die Jugend früh genug auf den Brudermord abzurichten. Die Kanonen im Warenhaufe unterscheiden sich von denen der Artillerie in der Größe kaum noch merklich. Auch die Spieloldaten sind schon bald beim Gardemaß angelangt. Pferde, Waffen, Schilderhäuser, alles täuschend nachgemacht. Instrumente und Musikwerke sind in reicher Auswahl ausgestellt und eine aufgelegene Spielbox läßt einen schmachtenden Wasser erklingen. Phonographen schmettern uns forsch Marsche ins Gesicht und eine weibliche Stimme bringt die herrlichsten Arien zu Gehör. Auch die Stimme Corujos, des Ritters vom hohen C, kann man umsonst hören, ein Genuß, den die musikalischen Feinschmecker der „oberen Gesellschaft“ im Opernhause mit 25 M. be-

zahlen mußten, weil sie's dazu haben. Weiter finden wir noch selbsttätige Dampfmaschinen und Lokomobile, elektrische Eisenbahnen naturgetreu nachgebildet, photographische Apparate und andere Wunderdinge, alles Schätze, die dem Munde der staunenden Jugend wahre Jubelausbrüche entlocken.

Kleine, ungeschickte Vatschhändchen strecken sich verlangend nach den bunten Gegenständen aus. Viele dieser Kleinen werden am Weihnachtsabend fauchend, in kindlicher Glückseligkeit die hübschen Geschenke in Empfang nehmen und die Eltern werden sich freudestrahlend an dem Glück ihrer Lieblinge sonnen.

Wer aber gedenkt der Tausenden und Abertausenden von armen Kindern, die vom Schicksal enterbt und verstoßen, mit leeren Händen ausgehen werden? Wie viele dieser Armen, die neben ihrer Schulzeit das ganze Jahr noch dem Gelderwerb nachgehen müssen und so ihrer schönsten Jugendzeit beraubt sind, haben nicht einmal einen ganzen Schuh und ein warmes Kleid auf dem Leibe, und viele, allzu viele davon werden am heiligen Abend vor dem leeren Tisch, vielleicht auch in der kalten Stube stehen und obendrein noch hungrig zu Bette gehen. Die Arbeitslosigkeit und die Volksnot nimmt geradezu erschreckende Formen an und niemand weiß, wann und wie es noch enden wird. Aber noch eine zweite Frage.

Ob die mit irdischen Gütern reichlich Bedachten, wenn sie ihre Kleinen beschenken, auch der Unglücklichen gedenken, die für erbärmliche Hungerlöhne bis zur Erschöpfung, all diese hübschen, reizenden Sachen herstellen unter dem hundertwärtigen System der Heimarbeit, unter der brutalen Fuchtel des Kapitalismus?

Ah nein! Man wird das Christkind oder den Weihnachtsmann oder sonst ein gütiges Wesen als die Bringer der Gaben den Kindern bezeichnen. Man wird sich selbst in eine rüheliche Stimmung versetzen, den strahlenden Tannenbaum anschwärmen, sentimentale Lieder singen und tief-sinnige Betrachtungen über das „Fest der Liebe“ anstellen. Die Enterbten aber und ihre Kinder, die all diese Herrlichkeiten erzeugt haben, sind vom Tisch der Freuden verstoßen, sie müssen sich mit den Projamen, die man ihnen gutwillig hinschiebt, begnügen und sollen obendrein noch dafür dankbar sein. So will's die göttliche Weltordnung!

Verlegung der Berliner Sternwarte. Die Sternwarte am Endeplatz in Berlin ist mehr und mehr ihrer Umgebung entwachsen, so daß deren Verlegung nur noch eine Frage der Zeit ist. Von Schinkel in den Jahren 1832 bis 1835 erbaut, stand sie in der ersten Zeit ihres Bestehens an der Grenze der Stadt. Im Laufe der letzten 70 Jahre ist sie mitten in die Stadt hineingewachsen. Weniger die Begrenzung des Horizontes als die dunstige unklare Luft jener Gegend erschweren das Arbeiten auf der Sternwarte mehr und mehr. Befinden sich doch dort allerlei Krastanlagen und Feuerstellen, die verhältnismäßig viel Rauch entwickeln. Wie zahlreiche wissenschaftliche Anstalten Berlins, muß deshalb die Sternwarte in die Vororte ziehen, in ähnlicher Weise wie der Botanische Garten nach Dahlem, das Aeronautische Observatorium nach Lindenberg verlegt worden ist. Als Ort für die künftige Berliner Sternwarte ist Neu-Babelsberg auszuwählen. Die nicht sehr dichte Bebauung jener Gegend, Wasser und Wald versprechen dort eine verhältnismäßig klare Luft, so weit dies in Norddeutschland überhaupt möglich ist. Auch die sogenannte Sonnenwarte, das Astrophysikalische Observatorium, das Meteorologisch-magnetische Observatorium und das Geodätische Institut mit dem Zentralbureau der internationalen Erdmessung befinden sich in der Nähe, auf dem bewaldeten Brunnhausberg bei Potsdam. Besonders bemerkenswert von der Berliner Sternwarte ist, daß 1878 an der nördlichen Stirn des Hauses der mittlere Höhepunkt für das Königreich Preußen mit 37 Meter über Null festgelegt worden ist.

Aus der Grundstücks- und Wohnungsstatistik Berlins

werden von der Steuerverwaltung des Magistrats in ihrem soeben erschienenen Jahresberichte für 1906 wieder einige Hauptzahlen mitgeteilt. Bis Ende 1906 stieg die Zahl aller benutzten Grundstücke im Stadtgebiete auf 27 941. Hieran waren die öffentlichen Behörden und Anstalten, die wohltätigen Institute und milden Stiftungen mit 1569 Grundstücken beteiligt, und von diesen 1569 befanden sich 732 im Besitze der Stadtgemeinde. Von der Gesamtzahl der benutzten Grundstücke waren 27 328 bebaut und 613 noch unbebaut. Zu den unbebauten sind auch diejenigen Grundstücke gerechnet worden, die als Lager-, Zimmer-, Holz-, Kohlenplätze benutzt wurden und meist mit Schuppen, Kontorbauwerken usw. besetzt waren. Gegenüber dem vorhergehenden Jahre haben die benutzten Grundstücke sich um 414 vermehrt, davon die bebauten um 403, die unbebauten nur um 11. Alle Grundstücke zusammen hatten einen Jahresdurchschnittswert von reichlich 435 Millionen Mark, wieder um volle 17 Millionen mehr als im vorhergehenden Jahre. Der Jahresdurchschnittsertrag pro Grundstück stellte sich nun bereits auf 15 571 M., das sind noch 384 M. mehr als der Durchschnittsertrag des vorhergehenden Jahres. Die Zahl der Wohnungen einfach, Geschäft-, Arbeits-, Lager-, Diensträume) stieg bis Ende 1906 auf 609 671, gegenüber dem vorhergehenden Jahre ist eine Zunahme um 20 234 eingetreten. Der durchschnittliche Mietwert einer Wohnung usw. war 715 M. Auf 715 M. war er schon bis Ende 1904 gestiegen, das Jahr 1905 hatte dann einen Rückgang auf 709 M. gebracht, in 1906 ist aber wieder der Stand von 1904 erreicht worden. In den zehn Jahren 1897—1906 stellte sich der Durchschnittswert auf 639 M., 642 M., 656 M., 677 M., 702 M., 709 M., 710 M., 715 M., 709 M., 715 M. Die Steigerung war besonders groß in den drei Jahren 1899, 1900, 1901 — den Jahren der Wohnungsnot! — wo der durchschnittliche Mietwert pro Wohnung usw. sprunghaft um 14 M., 21 M., 25 M. sich erhöhte. Selbstverständlich können all diese Durchschnittszahlen kein Bild von den tatsächlichen Verhältnissen geben. Aber auch sie lassen doch deutlich genug die Wirkung jener unerhörten Mietssteigerungen erkennen, die uns in den Jahren der Wohnungsnot beschert wurden. Gerade für die kleinen und kleinsten Wohnungen, die natürlich nicht 700 M., sondern 400 M., 300 M., 250 M. kosteten, wurden damals die Mietsen am ärgsten gesteigert, während gleichzeitig die Inhaber großer und größter Wohnungen, an denen ja damals

kein Mangel war, fast ausnahmslos von Mietssteigerungen verschont blieben.

Ueber die Beförderung von Drucksachen sind vom Reichspostamt neue, zum Teil abgeänderte Bestimmungen erlassen worden, die besonders jetzt zu Weihnachten und Neujahr von Interesse sind. Alben mit Photographien können gegen die Drucksachentage befördert werden. Einbanddecken können nur dann als Bestandteile einer Drucksachensendung angesehen und gegen die ermäßigte Lage befördert werden, wenn sie von dem dazu gehörenden Druckwerke begleitet sind. In der Form sollen die offenen gedruckten Karten nicht wesentlich von den Formularen zu Postpaketadressen, Postanweisungen und Postkarten abweichen. Für ihre Größe bleibt bis auf weiteres das alte Formular zur Postpaketadresse mit einer Breite von 11,1 Zentimeter und einer Länge von 18,8 Zentimeter maßgebend. Karten von wesentlich anderer als rechteckiger Gestalt, z. B. in Form von Plandern, Alceblättern, Bierfeldern, sind zur offenen Beförderung nicht geeignet. Gedruckte Doppelposten dürfen, auch wenn sie auf der nach außen gekehrten Rückseite mit gedruckten Angaben versehen sind, ohne Umschlag oder Wond zur Beförderung gegen die Drucksachentage eingeliefert werden. Mit offenen Karten können auch Formulare zu Antwortkarten mit Postwertzeichen oder ohne solche verbunden sein. Sendungen, bei denen die Aufschrift nicht nur den eigentlichen Empfänger bezeichnet, sondern zugleich die Bestimmung enthält, daß die Sendungen auch anderen Personen mitgeteilt werden können, sind zur Beförderung gegen die ermäßigte Lage nicht geeignet. Wenn zu dem Bände Papier verwandt worden ist, das bereits zu Schriftstücken gedient hat, sind die aus der früheren Benutzung herührenden schriftlichen Angaben nicht als unzulässig anzusehen.

Gegen die Untertunnelung der Leipzigerstraße hat der Verband Berliner Spezialgeschäfte an den zuständigen Stellen Protest zu erheben beschlossen. Die Arbeiten zur Herstellung eines Untergrundbahntunnels, wie ihn die Große Berliner Straßenbahn zu erbauen beabsichtigt, würden, wie der Verband befürchtet, die Ladenengeschäfte in der Leipzigerstraße für Jahre hinaus lahmlegen. Auch die Herstellung des Tunnels in kleineren Abschnitten würde für die Ladeninhaber die gleichen Folgen haben. Die Konzeption sollte nur dann erteilt werden, wenn die Untertunnelung bergmännisch betrieben wird, was allerdings die Kosten des Tunnelbaues erheblich vergrößern würde.

Die Kassen der sieben städtischen Volksbadeanstalten werden am Weihnachtsabend bereits um 5 Uhr geschlossen. Die Schwimmbäder sind von 12—5 1/2 Uhr ununterbrochen nur für männliche Personen geöffnet. Am zweiten Weihnachtstage sowie am Neujahrstage bleiben die städtischen Badeanstalten geschlossen.

Der Tod des Brauereiarbeiters Cieslik aus der Carmen Schloßstraße ist nach den letzten Ermittlungen wahrscheinlich nicht auf Mord, sondern auf Selbstmord zurückzuführen. Die Sonderkommission der Kriminalpolizei und der Gerichtsargt sind bei Besichtigung der Leiche und auf Grund weiterer Zeugenerkenntnisse zu dieser Ueberzeugung gelangt. Cieslik und seine Witwe waren Anna Wenzlaff waren Trinker. Beide hatten auch am Dienstag stark getrunken. Während die Frau ihren Rausch ausschloß, hat sich Cieslik allem Anschein nach im Bett mit der Wäsche erbrochelt. Die Leiche Ciesliks wurde gestern nachmittags nach dem Schauhause gebracht. Die Witwe Cieslik dürfte wieder einer Irrenanstalt überwiesen werden.

Vorgehen der Sittenpolizei. Unter den Linden, an der Haltestelle der elektrischen Omnibusse, wurde, wie ein Leser der „Tägl. Rundschau“ schreibt, Mittwochabend ein junges Mädchen in einer für die zufälligen Zeugen des Vorganges recht peinlichen Weise verhaftet. Das Mädchen wurde plötzlich von einem Herrn angesprochen, der auf ihre laute Frage, was er wolle, einfach eine Westinghousmarke zeigte und verlangte, daß das Mädchen ihm folgen solle. Sie mußte gehorchen und beide gingen die Mittelpromenade entlang. Ein zweiter Herr schloß sich an. Das Mädchen machte nicht den Eindruck einer Skottein, befand sich aber von dem Augenblicke an, als sie dem berechtigten oder unberechtigten Befehle Folge leistete, in der Gewalt zweier handfester Männer. Die Frage, die ich stellen möchte, ist folgende: Ist ein Mann verpflichtet, einem derartigen von unbekanntem Zivilisten gestellten Verlangen nachzukommen? Ich glaube nicht und ich würde, ehe ich Zivilpersonen folgen und mich mit ihnen in einen Wagen setzen würde, eine zuverlässigere Begleitung verlangen als eine Westinghousmarke, die gefunden oder nachgemacht sein kann. Kann eine junge Dame das gleiche verlangen oder ist sie wirklich oder angeblich Sittenschutzeuten nur wegen ihres Geschlechts ohne weiteres überantwortet und ist dieses von der Sittenpolizei beanspruchte Recht ganz unbedenklich? Die Zeugen der vorerwähnten Festnahmen empfinden das Gegenteil und haben das Bewußtsein, daß günstigsten Falles wieder ein junges Menschenkind, das vielleicht nur strauchelte, der Sittenkontrolle, d. h. dem vollständigen moralischen Untergang verfallen ist. Die Frauenvereine sollten sich dieser Sache annehmen und wie auf den Bahnhöfen, auch an belebten Kreuzungspunkten der Stadt Heiserinnen aufstellen. Außerdem sollten Zivilbeamte angewiesen werden, den Verhafteten sofort dem nächsten Schutzmanssposten zuzuführen, um dort beständigen zu lassen, daß die Verhaftung zu Recht erfolgt ist.

Der Schreiber obiger Zeilen scheint, nach seiner Fragestellung zu urteilen, ein sehr naiver Herr zu sein. Er weiß nicht, daß in Preußen die Polizei alles kann, sie ist allmächtig, kann machen, was sie will. Und so lange die Einrichtung der Sittenpolizei besteht, wird diese auch in ihrer Art ihres Amtes walten. Daß sie dabei vielfach Mißgriffe begeht, ist schon öfters erwiesen worden.

Drei Tischlerien durch Großfeuer zerstört.

In der Rantkeuffelstr. 59 wütete gestern früh ein Großfeuer, das einen ganz bedeutenden Schaden verursachte. Die Fabrikräume des vierstöckigen Quergebäudes sind durchweg mit Tischlerien besetzt. In der ersten Etage, und zwar in der Tischlerei von Koad, war das Feuer bald nach drei Uhr ausgebrochen. Da die Flammen bei Ankunft des ersten Löschzuges bereits aus allen Fenstern schlugen, so wurden schleunigst noch Verstärkungen herangezogen. Der niedrige Lormweg gestattete das Einschlagen der mechanischen Leitern auf den Hof nicht, so daß die Tischlermannschaften zunächst auf Steil- und Halenleitern am Gebäude emporklettern mußten, um so den ersten Angriff zu verwehren. Durch die Transmissionsfrang das Feuer in kurzer Zeit auch auf die Möbelwerkstatt von Günther (2. Etage) und auf die Tischlerei von Hafe (3. Etage) über. Das Ueberspringen der Flammen von einer Etage zur anderen wurde noch durch die leichten Schaldecken zwischen den einzelnen Stockwerken begünstigt, da diese Schaldecken schnell an zahlreichen Stellen durchgebrannt waren. Mit dreizehn Mann wurden vom ersten und zweiten Hofe aus riesige Wassermengen in die Glut geschleudert, aber erst nach 7 Uhr galt die Hauptbeschießung für beendet. Die drei Tischlerien sind total vernichtet. Auch die im Erdgeschoß befindliche Bauwerkstatt von Lauffer ist stark durch Wasser in Mitleidenschaft gezogen worden, ebenso im Keller die Schmalzfabrik von Lange. Eine Dampfmaschine hatte lange zu tun, um das durch die Decken in den Keller eingedrungene Wasser wieder auszupumpen. Um 8 Uhr wurden die erschöpften Mannschaften durch die Löschzüge 1, 12 und 20 abgelöst. Die Aufräumarbeiten werden erst am Abend beendet sein.

Aus der Selbstmordchronik. In einem Hotel erschossen hat sich vorgestern der 22 Jahre alte Instrumentenmacher Konrad Hinte. Der junge Mensch hatte am Mittwoch das Grand Hotel am Alexanderplatz und ein Zimmer genommen, in dem er ungestört bleiben konnte. Vorgestern wurde das Hotelpersonal durch einen Schuß aufgeschreckt, der in dem Zimmer des H. gefallen war. Als man die von innen verschlossene Tür geöffnet hatte, fand man den jungen Mann mit durchschossener Schläfe tot auf. Woher er stammt und was ihn in den Tod getrieben hat, darüber hatte er vor seinem Tode nichts verlauten lassen. — Im Tiergarten Selbstmord verübt hat ein unbekannter etwa 30 Jahre alter Mann. In der Nähe der Sieges-Allee jagte sich der Lebensmüde, auf einer Bank sitzend, eine Revolverkugel in die rechte Schläfe. Ein patrouillierender Schuttmann entdeckte später den bereits zur Leiche Erstarren und veranlaßte seine Überführung nach dem Schauhaus. Der unbekannte Tote hatte eine Invalidentasche bei sich, die auf den Namen Ernst Jelle ausgefüllt war. Die Kleidung des Lebensmüden bestand aus einem grauen Jackettanzug, grauem Herbstüberzieher und schwarzem feinen Hut.

Die Gefahren des Rutscherberufes. Ein bedauerlicher Unglücksfall hat sich Mittwoch nachmittag auf dem Grundstück Teiststraße 40 zugetragen. Der 20 Jahre alte Rutscher Robert Bixth, der mit seinem Wagen auf den Hof hinaufgefahren war, hatte beim Zurückfahren des Gefährtes die Deichsel am Vorderende angefaßt, um dadurch die Richtung zu geben. Bei einer Wendung des Wagens wurde dem B. die Deichsel mit solcher Wucht gegen den Kopf geschleudert, daß der Betroffene bestunntungslos zusammenbrach. Er hatte einen schweren Schädelbruch erlitten und wurde in fast hoffnungslosem Zustande in das Virchow-Krankenhaus gebracht.

Die wilde Jagd nach einem weiblichen Räuber rief Mittwoch abend am Anhalter Bahnhof ungeheures Aufsehen hervor. Ein auf der Durchreise befindlicher russischer Kaufmann hatte auf der Straße die Bekanntschaft eines hübschen jungen Mädchens gemacht und es auch mit nach seinem Privatlois in der Maderstraße, gegenüber dem Anhalter Bahnhof, genommen. Auf dem Zimmer wurde der Kaufmann von seiner Schönen beraubt. Das junge Mädchen stahl dem Manne die Brieftasche, in der sich Bargeld von beträchtlichem Werte befand. Als der Bestohlene seinen Verlust bemerkte, eilte er, nur mit dem Ärgernisvollsten Bekleidet, der bereits fortgegangenen Frauenperson nach. Er traf sie noch auf der Straße. Als die Räuberin den Ruffen gewahrte, ergriff sie die Flucht. Sie wurde aber von dem Bestohlenen und anderen Passanten verfolgt. Es bot ein ganz eigenartiges Bild, als der Ruffe, nur noch mit einem Hemd bekleidet, hinter der Diebin herlief. Die Flüchtige entledigte sich auf der Flucht der Brieftasche dadurch, daß sie dieselbe an dem Hause Maderstr. 145 in das Kellerfenster warf. Dies war jedoch bemerkt worden, und der Bestohlene konnte so wieder zu seinem Eigentum kommen. Die Räuberin wurde nach einer wilden Jagd festgenommen und zur Polizei gebracht. Dort entpuppte sie sich als eine ganz gefährliche Wauensünderin, auf die die Polizei schon längst ihr Augenmerk gerichtet hatte.

Ein blutiges Drama hat sich Mittwoch abend in der ersten Stunde am Wedding abgepielt. Der 35 Jahre alte Arbeiter August Obi wurde in seiner Wohnung in der Malplaquestr. 14 von seinem Schlafbruder, dem 37jährigen Arbeiter Emil Solgmann, überfallen und am Hals schwer verletzt. Er erlitt eine tiefe Schnittwunde, die halb um den Hals herumläuft. Als B. sah, was er angerichtet hatte, stürzte er sich aus dem Fenster hinab und blieb tot auf dem Bürgersteig liegen. Wie seitens der Ehefrau des O. angegeben wird, soll B. von O. aus dem Fenster geworfen worden sein. Familienverhältnisse und nicht zum wenigsten die elende Notlage „guter“ Nachbarn sollen die Ursache zu dieser bedauerlichen Tat sein.

Im Volkstheater in den Tod gegangen ist eine Unbekannte, deren Leiche vorgestern an der Halberstädter aus dem Schiffbrückental gelandet worden ist. Die Lebensmüde ist ein etwa 20 Jahre altes Mädchen und war mit einem weichen Volkstuch bekleidet. Vermutlich hat sie in derselben Nacht, in der sie ein Ballvergnügen mitgemacht hat, den Tod in Wasser gesucht. Die Leiche ist zur Autopsie nach dem Schauhaus gebracht worden.

Eine Kindesleiche angeschwemmt wurde gestern in der Nähe der Viktoria-Bootwerft am Rummelsburger See. Es handelt sich um das Kind des Schiffseigentümers Geseck aus Rumburg an der Oder, der vor etwa 6-8 Wochen mit seinem Koffeln den Rummelsburger See passierte, wobei das Kind ins Wasser stürzte und ertrank.

Die studentischen Arbeiterunterrichtskurse Berlin beendeten am Sonntag, den 15. Dezember, abends 8 Uhr, in den Zentral-Festhällen, Alte Jakobstr. 33, ihren 1. diesjährigen Kursabend: Soziale Kunst, Gesang, Klavierkonzerte und Rezitation. Mitwirkende u. a. Karl Hensell, Maria Holgers, Dr. Wang, Leo Reichenberg u. a. Marien durch den Vortragsausfluß, p. A. Herrn Schmidt, O. 17, Langestr. 60 IV.

Eine unbekannte männliche Leiche im Parkhaus Oranienburg. Am 5. Dezember d. J. ist im Walde in der Nähe der Haltestelle Borsdorf ein etwa 30 Jahre alter Mann, anscheinend Berliner, erschossen aufgefunden worden. Der Gefundene hat untersehrte Haare, blonde Haare, rötlichen gewachsenen Schnurrbart und war bekleidet mit schwarzen Strümpfen, Hosen, Weste, Jacke, Überzieher, Hut und Schuhen. Personen, welche über die Persönlichkeit des Gefundenen Auskunft geben können, werden gebeten, ihre Wahrnehmungen der Kriminalpolizei oder einem Polizeirevier mündlich oder schriftlich zu den Akten 9000/IV. 30, 07 mitzuteilen.

Von einem Tabakarbeiter verloren wurde am 4. d. M., früh zwischen 7 und 8 Uhr, im Stadtbahngange zwischen Grünau und Berlin, eine Kasse, enthaltend gedruckte Formulare und ausgedruckte Listen, der Zahlstelle Berlin des Deutschen Tabakarbeiterverbandes gehörig. Es wird der event. Finder um Abgabe an Otto Ratichke, Berlin N. 58, Stolpischestr. 81, Seitenfl., 1 Tr., gebeten.

Feuerwehrbericht. Wegen eines Automobilbrandes wurde gestern mittag die Feuerwehr nach dem Opernplatz gerufen. Mit einer Schlauchleitung konnten die Flammen gelöscht werden. In der Weinstr. 75 brannten ein Tannenbaum und die Dekorationen in einem Schaufenster. Ein zweiter Schaufensterbrand beschäftigte die Wehr in der Brunnenstr. 33, wo Waite, getrocknete Gräser usw. in Brand geraten waren. Ein Kellerbrand wurde aus der Sargarderstraße 60, ein Küchenbrand aus der Schönhauser Allee 21 und zwei Wohnungsbrände aus der Kominienerstr. 19 und Räderstr. 5 gemeldet. Ohne Erfolg wurde eine Sauerstoffapparat in der Calvinststraße 8 benutzt.

Vorort-Nachrichten.

Wie man sich lohnenden Erwerb schafft.

Wie Du die lohnenden Erwerb schaffst? Manche sagen: ei dadurch, daß Du arbeitest. Leute aber, die es besser zu wissen meinen, behaupten: nein, dadurch, daß Du andere für Dich arbeiten läßt. Für die erlgemanten Leute, die selber arbeiten wollen, sind die Inserate bestimmt, in denen allerlei Kundige sich erboten, ihre erwerbssuchenden Witmenschen in nützlichen Handfertigkeiten zu unterweisen, auf daß sie sich hiermit ihr Brot verdienen können. Diese Inserate wenden sich an Erwachsene; namentlich wird auf verheiratete Frauen gesehen, die zu Hause noch ein bißchen dazu verdienen möchten. Die „Lehrzeit“ dauert in der Regel nicht lange, schon in 8-14 Tagen kann die „Lehrdame“ als „perfekte Arbeiterin“ entlassen werden. „Lehrgeld“ wird natürlich verlangt, und für die während der „Lehrzeit“ ausgeführte Arbeit wird kein Lohn gezahlt. Dafür stellt aber der

„Lehrmeister“ für später guten Verdienst in Aussicht. Wenn er vorsichtig ist, wakt er den sich meldenden Veranlustigten nur aus, daß sie mit dem, was sie bei ihm lernen können, überall Arbeit und Verdienst finden werden. Ist er unvorsichtig, so verspricht er wohl gar, daß nach Beendigung der „Lehrzeit“ er selber ihnen Arbeit geben werde.

Zahlreich sollen die „Lehrinstitute“ dieser Art sein, und an „Lehrdamen“ fehlt's ihnen wohl niemals. Aber mit dem lohnenden Erwerb, auf den die Veranlustigten rechnen, soll es gewöhnlich sehr hapern. Aus Rixdorf wird uns über die Erfahrungen berichtet, die eine Frau mit einem dortigen „Lehrinstitut“ für Schürzenkonfektion“ gemacht hat. Der Inhaber heißt Fiedler und haßt Jaserstr. 13. Auf eine verlockende Annonce im „Rixdorfer Tageblatt“, die ständig wiederkehrte, meldete sich eine Frau P., um sich als Schürzennäherin anstellen zu lassen. Herr Fiedler überreichte ihr einen gedruckten Prospekt, der durch sein fast nobel zu nennendes Klugere einen sehr vertrauens-erweckenden Eindruck machte. Darin erklärte Fiedler: „Durch den Mangel an schlagemög ausgebildeten Kräften in der Schürzenkonfektion habe ich mich veranlaßt gesehen, einen theoretischen und praktischen Kursus für Interessenten einzurichten, durch den Frauen und Mädchen Gelegenheit geboten wird, sich die nötigen Kenntnisse praktisch und theoretisch anzueignen. Da jederzeit Nachfrage nach solchen ausgebildeten Arbeiterinnen herrscht, können sich Teilnehmerinnen an meinem Kursus jederzeit guten Erwerb verschaffen.“ Die „Lehrbedingungen“ waren hauptsächlich: bei Anmeldeung sind 6 M. Lehrgeld zu zahlen; Krankenlosentbehrliche sind vom Lernen zu tragen; Lehrzeit dauert längstens 14 Tage; während der Lehrzeit ist „Entschädigung für Arbeiten ausgeschlossen“; nachher wird „natürlich jeder Rat gern erteilt“. Frau P. zahlte 6 M. Lehrgeld, mußte noch 1,50 M. für Unterweisung in Maschinenkenntnis hinzulegen und lernte los. Mit ihr lernten noch drei andere Frauen; das Lehrgeschäft soll bei Herrn Fiedler überhaupt sehr flott gehen. Der „Lehrmeister“ reichte den vier Frauen die zugeschnittenen Schürzen, die er wohl für ein Geschäft liefert, und sie mußten ihm die Teile zusammensteppen, die Taschen annähen und die Borten aufsehen. Die 14 Tage gingen hin, und die Schürzennäherin konnte als „perfekt“ entlassen werden. Ihr selber lag aber ganz und gar nichts daran, entlassen zu werden; denn sie hatte bei der Anmeldung sich von ihrem Herrn „Lehrmeister“ erzählen lassen, daß sie eventuell auch bei ihm selber Arbeit kriegen könne. Sie hat um Arbeit, kriegte sie aber erst nach wiederholter Mahnung und nach einer Wartezeit von mehreren Tagen. Ihr erster Auftrag bestand aus ganzen 1/2 Duzend Schürzen, und 10 Pf. pro Stück wurde ihr als Lohn versprochen. Für diese 10 Pf. mußte sie die Teile zusammensteppen, einen Volant nebst Blende aufnähen, eine Tasche aufnähen, den Volant nebst Blende sowie Tasche und Bürtel mit Vorle befehen. Die Arbeit erschien der Frau P. so unlohnend, daß sie sich entschloß, sie aufzugeben. Sie lieferte ihm 1/2 Duzend Schürzen und forderte 1,80 M. Lohn. Aber da wurde ihr erklärt, für diese Arbeit gebe es überhaupt keinen Lohn, die Schürzen seien nicht zu brauchen, der Stich sei viel zu groß und so weiter. Den Vorkurs, sich mit 0,80 M. zu begnügen, lehnte sie ab. Schließlich wurde sie unter einer Plut von Schimpfworten und unter Androhung von Taktlichkeiten hinausgewiesen.

Frau P. war um eine Erfahrung reicher geworden. 7,50 M. hatte sie für die paar Handgriffe gezahlt, die ihr von Fiedler beigeigt wurden, vierzehn Tage hindurch hatte sie ihm seine Schürzen genäht, ohne einen Pfennig Lohn zu kriegen, beschäffigen wollte er sie nur gegen einen Hungerlohn — und nun sollte sie auch den noch verlieren. Sie ging zum Gewerbegericht und klagte. Fiedler brachte seine Schürzen mit, aber er vermochte den Richter nicht zu überzeugen, daß die Arbeit so schlecht sei, wie er sie hinstellte. Uebtrigens versicherte er, daß andere Arbeiterinnen schon viel mehr bei ihm verdient hätten. Um ein Ende zu machen, wählte Frau P. ein, den Lohn von drei Schürzen zu opfern, und sie kriegte dann 1,30 M. Herr Fiedler ging stolz von dannen. Er hat vermutlich sofort wieder eine Annonce aufgegeben, um Veranlustigte zu suchen und ihnen zu zeigen, wie man „sich jederzeit guten Erwerb verschafft“.

Der Lichtenberger konservativ-freisinnige Wahlblock in Rötin.

Die 100 000 Mark-Affäre bereitet den Lichtenberger Wodbrüdern arge Wahl Schmerzen. Sie waren so ungeschickt, die Affäre sofort als ein Wahlmandver der Sozialdemokratie zu bezeichnen. Warum man so eilig war mit solcher Beschuldigung — das zu untersuchen, ist nicht unsere Sache. Jedenfalls handelt das Ortsblodblättlein wenigstens darin konsequent, daß es mit einer Unerschrockenheit, die man an dem ins Wasser springenden Frosch rühmt, bei dem Versuch bleibt, die Öffentlichkeit zu täuschen, die Ueberverteilung der Gemeinde als harmlose Sache zu erklären. Das sind Wahlmandver, die der Wod, was nicht zu leugnen ist, sehr nötig hat. Man begnügt sich nicht damit, die Ringunternehmer als Ehrenmänner hinzustellen und die Klüßeder des Skandals nach verläßverbändlicher Manier anzupödeln, sondern offenkundig legte man dem Herrn Bürgermeister Biechen bei Ermittlung des Tatbestandes Schwierigkeiten in den Weg, ja, das Wodprophet gab den Unternehmern indirekte Anweisung, die Öffentlichkeit durch Erklärungen zu täuschen, durch Wüchfalschungen usw. die Machinationen zu verwischen. Daß wir den Nachen nicht zubiel nachsagen, das beweisen die nachfolgenden Zitate aus dem Wodblättlein. Wenn nämlich die böse Absicht sich nicht verbindet mit zureichendem Können, dann passieren allerhand Unstimmigkeiten, durch die der Schwindelmann sich selbst an den Hals bringt. Also wir zitieren aus dem Wodpapier:

15. November: „Die bürgerlichen Gemeindevorsteher waren anscheinend von dieser ungeheuerlichen Anklage so konsterniert, daß Lehrer — woran wir (!) bei Verlesung der Interpellation sofort dachten — auf den Gedanken kam, den Antrag auf Ausschluß der Öffentlichkeit zu stellen. Das wäre aus tatsächlichen Gründen vielleicht etwas richtiger gewesen.“

16. November: „Straubt er sich gegen diese Annahme, dann müssen wir ihn schon freundlichst bitten, das Dunkel des Geheimnisses zu lüften und an derselben Stelle, wo er den Ruf von 10 mallelosen Personen angefaßt hat, auch das Material für die Verichtigung, seiner maßlosen Angriffe zu publizieren.“ — Also, Herr Grauer, heraus mit Ihrem Flederwisch... „Weil aus inneren Gründen die ganze Geschichte den Stempel der Unwahrscheinlichkeit an der Stirn trägt.“

21. November: „So konnte es leider geschehen, daß sich Herr Grauer zu Versicherungen verließ, die zum Teil erlogen, zum Teil entstellte waren, ohne daß ein einziger Protestruf durch den Saal tönte.“

„Hätte man die Krankenausanglegenheit durchberaten, so wäre die Uhr 10 geworden, und dann wäre sicherlich die Interpellation Grauer-Düwells der Vertagung verfallen. Es ist schade, einzig schade, daß es nicht so gekommen, denn dann wäre uns die jämmerliche Parze der Herren Grauer und Düwells erspart geblieben.“ (!)

22. November: „Die Tatsachen lassen zunächst erkennen, daß es sich nicht um eine ganz so hohe Summe handelt, als ursprünglich angegeben. Immerhin wurde nach dieser Mitteilung der Frage näherzutreten sein, ob der Vertrag aufgehoben ist.“ — Nach dieser Erklärung seitens des Herrn Bürgermeisters...

G. V. Schachtel: Es ist dankenswert, daß wir Kenntnis von dem Stand der Angelegenheit erhalten haben. Nach dem, was wir heute erfahren, ist voraussichtlich Samstagtag das einzige Mittel, anders oder gleichen Radzelle zu schäben.“

G. V. Hlong: Wenn Herr Grauer erklärt, die Ortspresse habe durch ihre Haltung dem Herrn Bürgermeister Schwereigkeiten gemacht, so muß dieser Vorwurf zurückgewiesen werden... Nach den heutigen Ausführungen wird sie ja die Angelegenheit auch wesentlich anders betrachten als bisher.“ (!!!)

30. November: „Wenn auch nach dem Protokoll, das Herr Bürgermeister Biechen mit dem Ingenieur Fischer aufgenommen hat, in wesentlichen Punkten die Darstellung des Herrn Grauer von den Angaben seines Gewährsmannes abweicht, so bleibt — wie wir offen eingestehen — doch noch genug übrig, was geeignet ist, die Unternehmer in den Verdacht (!) unaufrichter Handlungen zu bringen.“

6. Dezember: „Aber im vorliegenden Falle ist die geschäftliche und persönliche Ehre von Männern, die sich bisher eines unbedingten Vertrauens erfreuten, mit wünschlicher Freude durch den Akt gegogen worden und eine Wolke von Verdächtigungen hat sich auf ihren ganzen Stand herabgelassen... Es wäre nur (!) nötig gewesen, kurz zu erklären: 1) es ist unwahr, daß wir an jede der an der Submission beteiligten Firmen 4000 Mark Abstandsgeld gezahlt haben. Wahr ist, daß wir ihnen nur ihre für die vorbereitenden Arbeiten aufzuwendenden Kosten vergütet haben, 2) es ist unwahr, daß 10 000 Mark an die Verbandskasse gezahlt worden sind, 3) die 50 000 Mark, von denen Herr Grauer in halben Andeutungen gesprochen hat, leben nur in seiner Phantasie. In dieser Fassung hätte die Verichtigung Richtigungen (!) nicht unterliegen können...“

11. Dezember: „Wenn die Unternehmer die Verfehlungen, deren sie sich schuldig gemacht haben sollen, wirklich begangen haben, so sind sie rechtzeitig durch das fürchterliche Lament der Sozialdemokraten gewarnt und können die Spuren ihrer Handlungen so verwischen, daß kein Gerichtshof in der Lage ist, sie zu überführen. Wie das gemacht werden kann? (!) Wechsel sind bald gerissen und leicht so verfaßt, daß man ihre Herkunft nicht erkennen kann. Und, da bekanntlich bares Geld nicht reicht, so wird man auch aus dem Odour der Taufdenmarkscheine im Tresor der Unternehmer nicht zu Rücksichten auf ihren Ursprung berechtigt sein.“

Das sind wörtliche Zitate, in denen wir lediglich die markanten Stellen hervorgehoben haben. Am 20. November gab der Wodführer, Herr Hlong, die Erklärung ab, das Wodblättlein werde nunmehr die Angelegenheit anders betrachten als bisher. Sehr schön! Bisher hatte es die Entstellungen unserer Genossen frisch, frisch als Schwindel bezeichnet, nun gab es den Unternehmern Anweisung, die Spuren zu verwischen. Das sind nicht nur Wahlmandver, das ist die schärfste Kampfweise, die sich denken läßt, weil nicht nur die Gegner in der ordinärsten Weise beschimpft werden, sondern auch das Gemeininteresse zugunsten der Ringunternehmer und Wodlandboten geschädigt wird.

Charlottenburg.

Älternverein für freie Erziehung. (Verein freier Kindergärten.) Mittwoch, den 18. Dezember findet in dem großen Saale des Volkshauses, Rosinenstraße 3, ein Winterfest statt. Zur Veranlung der Kinder sind vorgesehene Spiele aller Art, Weihnachtsbaum, ein Gaben spendender Weihnachtsmann und Kaspertheater mit zwei neuen Stücken: „Kasper und die Wunderregel“ und „Kasper und die Getrübde“. Anfang 4 Uhr. Eintritt für Kinder 10 Pf., für Erwachsene 20 Pf.

Schöneberg.

Die Ausstellung der Jugendliteratur ist geöffnet am Sonnabend den 14. Sonntag den 15. Dienstag den 17. und Sonntag den 18. Dezember in den G. Obsthäusern, Reiningersstr. 8. Hier ist allen Eltern, die ihren Kindern durch den Kauf eines guten Buches eine Weihnachtsfreude machen wollen, Gelegenheit gegeben, das Passende leicht zu finden, da die an sich reiche Auswahl übersichtlich geordnet ist.

Die Zahlstelle Schöneberg des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes nahm in einer außerordentlichen Generalversammlung Stellung zu den am 1. Januar 1908 zu zahlenden Unterstufungsbeiträgen. Der Bevollmächtigte legte in längeren Ausführungen die Kassenverhältnisse dar. An der Hand von Zahlen wies er auf eine unglückliche Beeinflussung der Kasse durch die jetzige Arbeitslosigkeit hin. Danach wurden im 4. Quartal 1906 781 M. in den Monaten Oktober und November dieses Jahres aber 1465,85 M. an Arbeitslosenunterstützung angezahlt. Diese Summe, meinte Redner, dürfte sich bis zum Schluß dieses Quartals noch um ein erhebliches steigern. Dazu kommt noch die Kassenunterstützung. Die Folge davon sei ein Defizit der Hauptkasse der Lokallasse. Die Verwaltung stelle deshalb den Antrag, die dreitägige Kassenzeit auf acht Tage auszuweiden. Nach einer sehr regen Debatte wurde beschlossen, 1. Die alten Unterstufungsbeiträge beizubehalten, 2. der im Januar stattfindenden außerordentlichen Generalversammlung ausgiebiges Material vorzulegen und dann auf Grund dieses die Kassenzeit neu zu regeln.

Ober-Schöneweide.

Gemeindevertretung. In nichtöffentlicher Sitzung beschäftigte sich die Vertretung mit der Angelegenheit des vom Anze suspendierten Amts- und Gemeindevorsteher's Eckardt. Da wegen seiner sexuellen Verfehlungen gegen ihn das Disziplinarverfahren mit dem Ziel auf Amtsenthebung eingeleitet ist, ist eine Vertretung in der Führung der Verwaltungsgeschäfte notwendig. Es wurde in Aussicht genommen, die für den 1. April 1908 geschaffene Stelle eines besoldeten Schöffen schon jetzt zu besetzen und diesem die Geschäfte einstweilen zu übertragen. Wie wir in Erfahrung gebracht haben, hat Herr Eckardt krankhafte Veranlagung bei sich entdeckt und sich zwecks Heilung in eine Heilanstalt gegeben. — In der folgenden öffentlichen Sitzung hatte die Vertretung eine umfangreiche Tagesordnung zu erledigen. Die Erwahlung des Vertreters der 1. Klasse, Herrn Engel, wurde für gültig erklärt. — Die Wilhelmshofstraße soll mit einem Kostenanwande von circa 400 000 M. in Rechensteinpflaster neu hergestellt werden. — Zweck Erweiterung des Gemeindefriedhofes soll mit dem Fortschritt betreffs Verrentverlauf erneut verhandelt werden. Der Piskus verlangt als Kompensation Einstellung eines gegen ihn gerichteten Streitverfahrens wegen Heranziehung zur Grundsteuer. — Die Anschaffung eines zweiten Gemeindefriedhofes wurde beschlossen. — Ein Gesuch einiger Gemeindevorsteher (Militäradvokaten) wegen Anrechnung eines Teiles ihres Militärpensions wurde zur Entscheidung zurückgestellt, wird dort aber jedenfalls keine Berücksichtigung finden. — Die Regierung fordert hinfür eine Untersuchung der Wüchser durch ein königliches Untersuchungsamt. Es wird demgemäß beschlossen. — Die von der Vertretung beantragte anderweitige Abgrenzung des Amtsbezirks ist abschlägig beschieden worden. Ein Antrag unserer Genossen, den Klageweg zu beschreiten, wurde abgelehnt. — Ein Antrag des katholischen Pfarrers auf Honorierung des von ihm erteilten Religionsunterrichts wurde gegen die Stimmen unserer Genossen angenommen. — Der vorliegende Plan zur Eingemeindung von Forstarczel in der Umgebung des zu erbauenden Krankenhauses wurde gutgeheißen. — Eine Petition des Lehrervereins betreffs Abwehr einer drohenden Ferienverfärgung für die Volksschulen wurde von unseren Genossen befürwortet und dem Schulvorstande überwiesen. — In Anbetracht der finanziellen Schädigungen, welche in letzterer Zeit vielen Gemeinden durch den Unternehmerring im Tiefbau zugefügt sind, stellte Genosse Grünow den Antrag, die Steinlieferung für die Wilhelmshofstraße direkt einem Wodzentzen zu übertragen, und die Pflasterarbeiten nur einem Unternehmer zu übertragen, der dem Unternehmerkoll nicht angehört. Der Antrag fand einstimmige Annahme.

Wannsee.

Ueber „Sozialdemokratie und Landeskirche“ referierte in einer auch von Frauen gut besuchten Volksversammlung Genosse G ö h r e. Redner zeigte den Versammelten den inneren Widerspruch der von den herrschenden Klassen propagierten christlichen Lehre. Die Sozialdemokratie erkläre in ihrem Programm die Religion als Privatangelegenheit; wenn indes die Kirche Reichstümer über Reichstümer sammelte, ohne zur Beseitigung der Not etwas beizutragen, so sei es notwendig, daß man sich von derselben löse. Im übrigen zeigte Redner auch, wie durch die moderne Weltanschauung die christliche Lehre vom Dasein Gottes immer mehr ins Wanken gerate. In der Diskussion suchte ein Herr Gruber den Ausführungen Göhres entgegenzutreten, er blieb indes nur bei dem Versuch und mußte sich alsbald vom Referenten eines besseren belehren lassen. Die Versammelten nahmen die Ausführungen des Genossen Göhre mit lebhaftem Beifall entgegen.

Adlershof.

Ich verbitte mir solch eine Frechheit! Diese Worte bekam vor kurzer Zeit ein hiesiger Einwohner zu hören, als er sich mit der Erziehungsmethode des Lehrers Wilde an der hiesigen Mädchenschule in einem Brief, welchen er an den Lehrer gerichtet hatte, nicht einverstanden erklären konnte. Herr Reimer, so heißt der Einwohner, schickte bei genannten Lehrer ein Mädchen zur Schule. In einem Tage, so behauptete das Kind, sei es von einem hinter ihm stehenden Mädchen mit den Händen gestochen worden und als es sich umdrehte, um sich das zu verbitte, habe der Lehrer Wilde sie aus der Bank kommen lassen und geschlagen. Der Vater des Kindes legte dem Vorkommnis keine Bedeutung bei; er wurde jedoch von seiner Frau unterrichtet, daß das Mädchen erst vor kurzem geschlagen worden sei. Jetzt schrieb Herr R. einen Brief an den Lehrer, in welchem er den von dem Mädchen vorgetragenen Sachverhalt erwähnte und den Lehrer ersuchte, das Kind in Zukunft nicht mehr ungerührt zu schlagen. Zum Schluß des Briefes erlaubte sich der Schreiber die Lehrmethode des Herrn W. als eine vorfindliche zu bezeichnen. Herr W. sahlag hierauf in der Klasse Lärm und drohte vor allen Kindern mit dem Gericht, sobald sich noch jemand erlauben sollte, einen solchen Brief an ihn zu schreiben. Das Mädchen des Herrn R. kam an demselben Tage sitzend nach Hause. Am Tage darauf ging Herr R. zum Rektor Herrn Perler. Dieser ließ Herrn Wilde in sein Amtszimmer rufen. Hier angelangt, soll Herr W. in Gegenwart des Rektors folgende Frage an Herrn R. gestellt haben: „Also Sie sind der Herr Reimer, der mir diesen Brief schrieb, wie kommen Sie eigentlich dazu? Ich erkläre Ihnen nochmals, es ist eine Frechheit von Ihnen ein solches zu schreiben. Ich habe mich bereits erlaubt, Sie gehören einer Partei an, in der Aussprüche wie vorfindlich an der Tagesordnung resp. üblich sind.“ Herr R. ging auf diese Worte nicht ein und erklärte nur, daß ihn die ungerührte Fälschung veranlaßt habe, den Brief zu schreiben. Nachdem W. den Brief dem Rektor vorgelesen, entfernte er sich. Eigentümlich ist, daß der Rektor Herr P. es duldet, daß W. in dieser Weise gegen den Beschwerdeführer loszugehen konnte. Was hat die Beschwerde des R. mit seiner Parteijugendlichkeit zu tun? Als ob es nicht das gute Recht der Eltern wäre, gegen ungerechte Fälschungen ihrer Kinder Verwahrung einzulegen. Man braucht wahrlich nicht einer bestimmten Partei anzugehören, um in der Prügelschule eine vorfindliche Erziehungsmethode zu erkliden, noch dazu wenn man glaubt, daß dieselbe ungerührt angewendet worden ist.

Herr Reimer berichtet uns, daß er nicht der einzige sei, der sich gegen Herrn Wilde zu beschwerten habe. Auf diese Weise werden allerdings die Beziehungen zwischen Schule und Haus nicht gefördert.

Woltersdorf.

Ueber Kommunalpolitik und Sozialdemokratie referierte in einer gutbesuchten Volksversammlung Genosse S o n n e n b u r g. Friedrichshagen. Der Wahlverein hatte zu dieser Versammlung die Gemeindevertretung, den Geistlichen und Lehrer eingeladen; es hatte jedoch nur die Gemeindevertretung einen Vertreter entsandt. Der Referent besprach zunächst die Mängel im Schulwesen, in der Armen- und Waisenpflege und vermittelte zum Schluß unter lebhaftem Beifall das für die Kommune tote auch zum Staat gehende Dreiklassenwahlrecht. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Der Vorsitzende Genosse S c h m i d t forderte die Versammelten auf, sowohl für den Wahlverein als auch für die sozialdemokratische Presse zu agitieren.

Weihensee.

Ein scharflicher Eisenbahnunfall hat sich vorgestern auf dem Ringbahnhof Weihensee ereignet. Der 42 Jahre alte Maurer Albert Schmidt von hier wollte einen in der Richtung nach der Landesberger Allee abfahrenden Zug besteigen, als dieser sich bereits in Bewegung gesetzt hatte. Er glitt auf dem Trittbrett aus und kam zu Fall. Unglückslicherweise hatte er ein Knie mit dem Ende eines Waggons berührt und so stürzte er zwischen den beiden Wagen auf die Gleise hinab, so daß der Zug über ihn hinweg fuhr. Auf die Kunde der Beamten wurde der Zug sofort zum Stehen gebracht und Schmidt unter den Nähern hervorgeholt. Der linke Unterschenkel war ihm vollständig zermalmt worden und außerdem hatte er im Gesicht und am Kopf erhebliche Verletzungen erlitten. Im Krankenhaus am Friedrichshagen, wo der Schwerverletzte Aufnahme fand, mußte das Bein amputiert werden.

Ueber die im nächsten Jahre stattfindenden Gemeindevertreterswahlen wird jetzt schon in den einzelnen Vereinen und Vereinen debattiert. Auch die „Weihensee Zeitung“ glaubt ihr übriges zu tun, um für die Wahlen Propaganda zu machen. Sie erwähnt und bespricht die Forderungen der einzelnen Vereine und führt die Vereine auf, welche sich öffentlich an der Wahl beteiligen werden, so z. B. den Haus- und Grundbesitzerverein, den Verein der Gewerbetreibenden, den Arbeiterverein usw. Der größte Verein am Ort, der jetzt 1500 Mitglieder zählende sozialdemokratische Wahlverein wird aber mit keiner Silbe erwähnt, und dennoch stellt gerade dieser Verein seit einem Jahrzehnte die Vertreter der dritten Abteilung. Daher wollen wir der „Weihensee Zeitung“ in Erinnerung bringen, daß die Mitglieder des sozialdemokratischen Wahlvereins nicht nur gewiß sind, ihre Siege in der dritten Abteilung zu behaupten, sondern sich sogar mit der Absicht tragen, auch in die zweite Abteilung einzubringen. Gerade die Arbeiterklasse hat das größte Interesse an den Wahlen und wird den Kampf mit derselben Freude aufnehmen, wie in den Vorjahren.

Auch noch in diesem Jahre werden die Genossen des 3. Bezirks zu Wahl arbeiten, um für den ausgeschiedenen Gemeindevertreter Wortes Erlaß zu schaffen. Der Termin ist noch nicht festgelegt, die Wahl wird aber zwischen Weihnachten und Neujahr stattfinden.

Pankow.

Dem höheren Schulwesen galt die Verhandlungen in der letzten Gemeindevertretersitzung. Für Realschulen sowie Oberrealschule wurden je zwei Oberlehrer sowie zwei Elementarlehrstellen bewilligt. Die Mehrbelastung der Gemeinde beträgt hierdurch jährlich 9100 M. Für die höhere Mädchenschule soll nunmehr zum 1. April die Teilung der zweiten Klasse vorgenommen werden. Die Frequenz der zweiten Klasse beträgt 39 Schülerinnen, nach Ansicht des Schulfraus und des Schulvorstandes ein unzulässiger Zustand; auch für die höheren Schulen werden demnächst mindestens zwei neue Lehrkräfte angenommen werden müssen, das bedeutet für jetzt zwanzig Schülerinnen eine Mehrbelastung von etwa 4000 Mark. Deswegen wurde beschlossen, die zehnte Klasse für die höhere Mädchenschule einzurichten. Man hofft mit 12 Schülerinnen diese 10. Klasse eröffnen zu können, es muß aber damit gerechnet werden, daß es weniger sind. Auch hier ist eine jährliche Mehrbelastung der Gemeinde von 8-7000 M. zu verzeichnen. Damit man den Ausgaben auch eine Einnahme gegenüberstellen kann, wurde beschlossen, das Schulgeld für auswärtige Schüler von 12 auf 150 M. zu erhöhen, das heißt für die höheren Klassen-

schulen; der finanzielle Effekt ist natürlich gleich Null. Die Umzugslospen für die Lehrpersonen an den höheren Lehranstalten wurden auf die für Staatsbeamten üblichen Sätze normiert. Ein Antrag, diese Regelung auch auf die Gemeindefachlehrer auszudehnen, wurde abgelehnt. Das Grundgehalt der Zeichenlehrerinnen an der höheren Mädchenschule wird von 1150 M. auf 1400 M. erhöht. Nachdem schon im letzten Gemeinderat die Ausgaben für Kirchenbauarbeiten eine Einschränkung erfahren haben, soll der nächste Etat von den Verordnungsstellen vollständig geäubert werden. Auf eine Anfrage der Gemeinde an das Konfistorium bezieht sich dieses auf das städtische Recht und die sogenannte Fidei-, Doti- und Akordordnung vom Jahre 1702, wonach auch die Domänen des Staates, eine solche war zu damaliger Zeit auch Pankow, zu den Kirchenbauarbeiten herangezogen werden können; da dieses städtische Recht seit Anfang des vorigen Jahrhunderts nicht mehr existiert — es verband mit der Aufhebung der Leibeigenschaft und der Erbmantelhaftigkeit — so wird die Gemeinde Pankow die Kirchenlasten verweigern. Wie ausgeführt wurde, liegt der Schwerpunkt darin, daß bei etwaigen neuen Kirchenbauten die Gemeinde nicht herangezogen werden kann. Im übrigen gibt das Kirchensteuerrecht vom Jahre 1903 den Kirchengemeinden genügend Mittel an die Hand, um ihre Bedürfnisse zu decken.

Potsdam.

Die Anstellung von Jugendchriften und Wandschmuck, die vom Bildungsausschuß im Viktoriagarten veranstaltet ist, wurde am Mittwoch eröffnet und soll bis zum Mittwoch den 19. Dezember zur unentgeltlichen Besichtigung an den Wochentagen von 8-10 Uhr und am Sonntag von 11-1 und 5-8 Uhr geöffnet bleiben. Der organisierten Arbeiterklasse Potsdams ist der Besuch dieser Ausstellung sehr zu empfehlen. Sie zeigt in gedrängter Form die für unsere Kinder geeignete Lektüre und bietet reichen Wandschmuck für die Wohnung eines Arbeitlers.

Eine Schweinemaschinenfabrik — nicht wie es durch einen Schreibfehler des Berichterstatters im letzten Stadtverordneten-Versammlungsbericht hoch Schwimmanstalt — will die Stadtgemeinde nicht einrichten. Zur Schimmanstaltfrage hat die Versammlung noch keine Stellung genommen. Diese Frage beschäftigt schon ziemlich 20 Jahre Magistrat und Stadtverordneten in den verschiedensten Projekten: Fließbadanstalt, Badebad und sogar Warmbadanstalt mit Schwimmbassin. Aber zum Besatz ist es immer noch nicht gekommen. Zu Ausgaben für gesundheitliche und hygienische Zwecke ist immer nicht genügend Geld vorhanden. Vielleicht soll dieses schwebende Projekt erst das 25jährige Jubiläum feiern.

Vermischtes.

Entgleisung. Wie aus Heinrichswalde (Ostpreußen) berichtet wird, entgleisete gestern vormittag 10 1/2 Uhr ein Zug der Niederung Reimbahn, als er die Brücke bei Wolfberg passierte. Die Lokomotive sprang aus dem Gleis und stürzte in den Wolfberger Kanal. Dem Lokomotivführer gelang es, rechtzeitig abzuspringen; der Feuertürke mit der Lokomotive in den Kanal, lebt aber noch. Die Personenzüge stehen auf dem Gleise. Ein Hilfszug ist sofort von Reinkirch abgegangen. Passagiere sind nicht verletzt. Die Ursache der Entgleisung ist noch unbekannt.

Der gekorndete „Shakespeare“. Aus Kirkwall wird telegraphiert, daß der Dampfer „Shakespeare“ auf einen Felsen gerannt und zertrümmert worden sei. 10 Mann der Besatzung konnten sich retten, 4 sind ertrunken.

Die Lampe im Pulver-Simer. Einer Meldung aus London zufolge fiel in der Nähe von Newcastle eine brennende Lampe in einen Simer mit Pulver, während ein Grubenarbeiter mit der Herstellung von Patronen beschäftigt war. Es erfolgte eine Explosion. Das Gebäude stieg in die Luft, der Grubenarbeiter und seine Frau wurden getötet.

Ermordet. Nach einer Meldung aus Dava wurde in der Ortschaft Karo eine reiche Grundbesitzerwitwe von unbekanntem Täter ermordet und das Haus geplündert. Von den Tätern fehlt jede Spur.

Wie aus Reh gemeldet wird, wurde gestern früh in dem benachbarten Lorch die 80jährige Frau Dost und ihr Sohn ermordet im Keller aufgefunden. Es liegt Raubmord vor. Die Täter sind noch nicht ermittelt.

Pulverexplosion. Nach einer Meldung aus London ist die Rhynochische Pulverfabrik in der Nähe von Barnsley durch Explosion zerstört. Zwei Personen sind dabei ums Leben gekommen, verletzt sind mehrere.

Wegen des Opiumgenusses werden in China seit einiger Zeit scharfe Maßregeln ergriffen. Eine Verordnung recht drastischer Art hat die Kaiserin jüngst erlassen für alle Ansassen ihrer diesen Paläste. Sie gibt ihnen drei Monate Zeit, sich das Opiumrauchen abzugewöhnen. Wer nach dieser Zeit noch dem Genusse frönt, soll hundert Streiche mit der schweren Rute erhalten und aus dem Palaste verbannt werden. — Die Regierung bemüht sich, den Umfang des Konsums von Opium — einschließlich sowohl als auch den indischen — möglichst genau festzustellen und durch ihr Verkaufsmonopol für diesen Artikel systematisch auf Einschränkung des Konsums zu wirken.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde Ander Lindenstraße Nr. 3, zweiter Hof, dritter Eingang, vier Treppen, 2. Jahrestag! wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends stat. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anrufer ein Besuch und eine Hand als Werkzeugen beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Gütige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

A. P. W. 1. Das Amtsgericht Berlin-Mitte ist zuständig. 2. Rein. 3. Circa 40 M. — W. N. 120. 1. Ein bestimmtes Verbot können wir nicht empfehlen. 2. Ja. — S. 25. Zum Schmelzerin in Eichenlagen braucht der Besatz nicht zu erscheinen. Es ist möglich, daß die Eheverhandlung, vielleicht auch eine Widerlage durchgeführt. Die Kosten fallen dem unterliegenden Teil zur Last. — A. P. 50. Rein. Sie haben aber das Recht, sich selbst weiter zu verfahren. Zu diesem Behufe müßten Sie innerhalb je zwei Jahren mindestens 40 Marken, gleichviel welcher Klasse haben.

Streitfall W. 1. Ein Band. 2. Bis erste Auflage bezeichnet man die Exemplare, die nach Abrede zwischen Autor und Verleger zuerst als erste Auflage erscheinen sollen, z. B. die ersten 10000, als zweite Auflage die nach Vereinbarung demnächst herauszugehenden, z. B. 5000 Exemplare usw. — G. R. 1. und 2. 3000 M. 3. 20 M. — C. S. 1907. — Sie müßten sich an Bewaltnehmer wenden. Grundsätzlich können wir die Empfehlung bestimmter Personen ab. — A. P. Zur Jaglung sind Sie verpflichtet, insofern nicht zunächst Klage erfolgen. Beantragen Sie bei der Remediation unter Darlegung Ihres Verhältnisses Niederlegung der Summe.

M. 9. Soweit ersichtlich meinen Sie einen Verzicht auf ein künftiges Erbrecht. Ein solcher wäre nicht rechtsgültig. — W. G. 12. 1. Von Wilms zu Wilms. 2. Das Buch ist empfehlenswert. — H. 2. Es könnte in solchem Falle auf Preiskontrolle bis zum vollen Jahre 42. Lebensjahr, und auch darüber hinaus erkannt werden. — Johannes in Straus 49. 1. und 2. Das Gericht ist zuständig, die Klage aber ungerichtbar. Wegen Sie vor dem Termin schriftlich und im Termin mündlich den Sachverhalt dar. 3. Der Gegenanspruch wäre eben so ungerichtbar wie die Klage. — Wein Weibchen. 1. Die Klage durchzuführen wäre sehr schwierig, aber nicht ganz aussichtslos. 2. und 3. Rein. 4. Deben Sie durch gerichtliche oder notariell beglaubigte Erklärung die Schlüsselgüter Ihrer Frau auf. Ein Beispiel haben Sie in dem dem „Arbeiterrecht“ beigelegten Jahrbuch, Seite 22, Nr. 20. Das Buch liegt in den öffentlichen Bibliotheken aus. 5. Eine Eheverhandlung kann nur durch einen Anwalt angestellt werden. — S. J. 25. 1. Ja. 2. In Ihrem Falle liegt keine Verletzung vor. — Parpuzen. 1. Ja. 2. Sie müßten gegen die Veranlagung durch die überreichliche Verbeide in Österreich reklamieren. 3. Schlichter erhalten in Preußen Akordnoten. 4. Gar nicht. — W. P. 45. Unsere Ansicht über die Gründe der Krisis in Amerika haben wir in mehreren Artikeln dar-

gelegt. Ihre beiden Fragen lassen sich nicht einfach mit Ja oder Nein beantworten. — J. W. 82. Wenn der Verkäufer die Ware in der Tat nur auf Kommission gegeben hätte, so müßte Sie sie ihm herausgeben und haben nur einen Schadenersatzanspruch gegenüber dem Verkäufer des Geschäfts, der außerdem wegen Betrugs strafbar sein würde. Anders liegt die Sache, wenn der Verkäufer Ihnen die betreffende Ware ausdrücklich verkauft hat, also mündlich als verkauft angegeben oder im Inventar ausdrücklich aufgeführt hat. — S. R. 101. Sie können Ihren Schulden zur Leistung des Offenbarungseides laden lassen. Unabhängig ist das Amtsgericht, in dessen Bezirk der Schuldner wohnt. Sie können dann auf seine Überzeugung Bericht legen lassen. 2. Circa 2 M. könnten gefordert werden. 3. Nein, erst einige Tage später.

Eingegangene Druckchriften.

„Der Mensch und die Erde.“ Heft 36-40. Herausgegeben von D. Kramer. 120 Lieferungen a 60 Pf. Deutsches Verlagshaus Bong u. Co., Berlin W. 57.

„Kunst und Künstler.“ Heft 2. Monatsheft. Vierteljährlich 6 M., Einzel 2,50 M. Verlag: Bruno Cassirer, Berlin W. 35.

„Monatshäfte für ärztliches Kunstgewerbe.“ Heft 2. Herausgegeben von H. Knab. Heft 2,50 M. Viertel, 6 M. Verlag: C. Flemming u. Co. Berlin W. 35.

„Völkerverein.“ Nr. 23. Organ der deutschen Völkerverein. Verlag: H. Danneberg. Verlag: J. G. Neumann, Neudamm, Berlin SW. 48.

„Die Eisenbahnen Afrikas.“ Grundlagen und Gesichtspunkte für eine koloniale Eisenbahnpolitik in Afrika. Preis 5 M. Verlag: Wilhelm Engelhardt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Markthallen-Direktion (Hauptbahnhof) Ostpreußen Ia 68-70 pr. 100 Pfd., Ia 62-67, Ia 58-59, Bienenfleisch Ia 67-72, Ia 56-56, Käse, fett 20-28, mager 38-48, Schmalz 62-60, Wachsen, baltische 53-55, Galbithen, Doppellender 110-125, Rastfäden Ia 83-93, Ia 73-82, Räder ger. gen. 53-60, do. holz. 48-54, Sammelnetz, Rastfäden 76-78, Sammel Ia 68-72, Ia 62-67, ungar. 0,00, Schale 47-50, Schweinefleisch 50-58, Rehwild Ia der Hund 0,60-0,78, Ia 0,40-0,55, Rothwild Ia der Hund 0,40-0,48, do. Ia 0,25-0,30, do. Rastfäden 0,40-0,55, Damwild 0,40-0,55, do. Rastfäden 0,50-0,70, Wildschweine per Pfd. 0,30-0,40, Rastfäden per Pfd. 0,50, Kranzchen, groß per Stüd 0,70-1,00, do. klein 0,50, Hahn, groß per Stüd 8,50-9,75, do. mittel und klein Stüd 2,00-3,25, Wildenten per Stüd 1,40-1,60, Rebhühner, junge per Stüd 0,75-1,20, do. alte 0,60-0,70, Polentafasene Ia, junge 2,25-3,00, do. Ia und alte 1,50-2,00, Polentafasene 1,00-1,50, Wildschweine per Stüd 2,00-2,25, do. Ia 1,00-1,50, Gohner, alte, per Stüd 1,20-2,00, do. Ia 0,80-1,00, do. junge Ia 0,60-1,10, do. Ia 0,50-0,55, Zehen Ia 0,35-0,60, do. Ia u. alte 0,25-0,35, do. hal. 0,00, Enten Ia Stüd 1,80-2,50, do. Ia 1,00-1,75, do. per Pfd. 0,90-0,70, do. Hamburger per Stüd 3,20, Hahn per Hund 0,40-0,55, do. Oberländer per Hund 0,40-0,55, Gans per Stüd 0,90-1,20, Hahn per Hund 0,55-0,75, Gans, deutsche, per Hund 0,00, Gans per 100 Pfd. 75-90, do. matt 0,00, do. groß 64, do. groß-mittel 77, do. klein 0,00, Hander 119, do. klein 0,00, bis groß 0,00, Schmalz, unsort. 0,00, do. groß 88-85, do. klein 0,00, Kalb, klein 0,00, do. klein und mittel 0,00, bis groß 0,00, Wild 0,00, Rastfäden 50-50, do. 30-40er, Schmalz, 64-67, do. 40-50er 62-65, do. 50er 69-70, Schmalz 0,00, Schmalz 30-35, do. klein 26-34, Kuddow 0,00, Stiefel 0,00, Bunte Rastfäden 32-50, bis matt 21-26, Gans 0,00, Karottchen 0,00, Biers 30-41, bis matt 0,00, Wand 49-51, Knappen 0,00, Winter-Rheinlands per 100 Pfd. 0,00, Amerikanischer Wachs Ia neuer per 100 Pfd. 110-130, do. Ia neuer 90-100, Seidensper 100 Pfd. 15, Humbern, Kleber, Stiege Ia 2-6, do. mittel Rastfäden 0,00, Gump Stiege 3-6, halbe Rastfäden 2-3, penna. Ia Schod 0,00, Ia 0,00, Rastfäden, klein per Stüd 3-3,00, Strahlender 0,00, engl. per Stüd 2,00-3,00, Spalten, Dampfer, Rastfäden 0,00, do. Rastfäden, Rastfäden 0,00, Rastfäden, groß per Hund 1,10-1,40, mittelgroße 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Rastfäden per Stüd 5,00-9,00, Schmalz, Rastfäden 3,00-4,00, Rastfäden 1,75-2,50, Seidensper, 1902 er per Rastfäden 98, 1904er 98, 1906er 98, 1908er 85-90, Seidensper, Seidensper 1905 0,00, large 40-44, fall 38-40, med. 38-42, deutsche 30-40, Rastfäden, neue Rastfäden, per 1/2, To. 50-120, Seidensper, russ., Rastfäden 1,50-1,60, Seidensper, Rastfäden 1,20-1,40, do. Rastfäden (4 Liter) 1,40-1,70, Rastfäden, Seidensper 11, do. kleine 5-6, do. kleine 14, Rastfäden per Stüd 0,00, gusse 0,00, do. mittelgroße 0,00, bis kleine 0,00 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Gans, groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Bier, Land, unsortiert per Stüd 4,50-5,80, do. große 6,00-6,50, Gans per 100 Pfd. Ia 132-133, Ia 122-128, Ia 118-122, ablaufende 100-106, Saure Gans Schod 4,00, Westfälischer Schod 4,00, Rastfäden per 100 Pfd. Daberische 3,00-3,50, weisse runde 2,50-3,00, mag. bon. 2,75-3,25, Porree, per Stüd 1,00-1,25, Meerrettich, Schod 4-10, Spinat per 100 Pfd. 3-15, Seidensper, per Stüd 3-6, do. penna. 6-8, Rastfäden per 100 Pfd. 2,00-1,00, Peterhille, grün, Schod 0,80-1,25, Rastfäden Schod 0,50-1,00, Rastfäden, baltischer, Stüd 0,04-0,10, baltischer Schod 2,50-3,50, Rastfäden, 100 Pfd. 2,00 bis 2,50, Karottchen, baltischer, Schod 3,00-4,00, Rastfäden, per Stüd 4-6, Rastfäden, Schod 3-7, Weidstiel, per 100 Pfd. 1,15-2,00, Rastfäden, baltischer 100 Stüd 0,00, do. Ernter 0,00, Rastfäden, per 100 Pfd. 10-18, Rastfäden, 2,00-5,00, Rastfäden, Schod 2,00-3,00, Peterhille, runde, per 100 Pfd. 6-7, Schod 4-5,50, Schnittlauch, Töpfe Dusch. 4-5,50, Tomaten, italienische, per 100 Pfd. 30,00-25,00, Rastfäden, per 100 Pfd. 2,50-3,00, Rastfäden, Seidensper, per 100 Pfd. 3-8, do. Teiltower 10-18, Rastfäden, per 100 Pfd. 8-10, Gans, per Stüd 5-6, Gans, per Stüd 3-6, Gans, per 100 Pfd. 3-11, Rastfäden, Ia 18-25, do. Ia 6-17, Rastfäden, per 100 Pfd. 10-14, do. in Rastfäden 100 Pfd. 30-70, Rastfäden, baltischer, 3-5, Rastfäden 5-11, Rastfäden, Ia 15-25, do. Ia 8-12, Amerikaner, per Stüd 18-32, Rastfäden, Ia 100 Pfd. 8-13, Rastfäden, per 100 Pfd. französische 32 bis 40, rumänische 20-27, Rastfäden 32-50, Gans, lange, 100 Pfd. 43-47, do. runde 32-37, Rastfäden, America, per Stüd 8-20, Rastfäden, per Stüd 0,70-0,90, do. II 0,40-0,50, Rastfäden, gelb, per 100 Pfd. 8-22, Rastfäden, per 100 Stüd 20-28, Rastfäden, Rastfäden, per 100 Pfd. 70-115, Rastfäden, Ital., per 100 Pfd. 9-18, Rastfäden, Rastfäden, per 100 Pfd. 22-27, do. Rastfäden, per 100 Pfd. 40, do. in Rastfäden 28-58, Rastfäden, per 100 Pfd. 80-120, Rastfäden, Rastfäden, 300 Stüd 8,75-12,00, do. 300 Stüd 8,00-11,00, do. 300 Stüd 0,00, do. 150 Stüd 0,00, Rastfäden, 300 Stüd 0,00, do. Rastfäden 200 Stüd 6,00-11,00, do. 300 Stüd 7,00-12,00, do. Rastfäden 200 Stüd 11-12, do. 714 Stüd 14-21.

Witterungsübersicht vom 12. Dezember 1907.

Table with columns for Stations, Barometer, Wind, Clouds, Rain, and other weather indicators for various locations like Schwetzingen, Opatowitz, Petersburg, etc.

Wetter-Prognose für Freitag, den 13. Dezember 1907.

Wollos hell, aber noch veränderlich mit geringen Niederschlägen, schwachen südlichen Winden und langsam sinkender Temperatur. Berliner Wetterbureau

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table showing water levels for various stations like Remel, Rastburg, Weichsel, etc., with columns for am, seit, and other measurements.

+) bedeutet Hoch, -) Tief. *) Unterpegel. **) Stauung. *) Entleeren.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Hof I. Unt. 3, 1209. Charitéstraße 3. Hof III. Unt. 3, 1987.

Sonntag, den 15. Dezember 1907, vormittags 9 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
 für die Branche der Eisen-, Metall- und Revolverdreher

im großen Saale des Vereins Berliner Musiker, Kaiser Wilhelmstraße Nr. 18m.

Tages-Ordnung:
 1. Branchenangelegenheiten (Lohn- und Arbeitsverhältnisse der A. E. G., A. S. F. und Brunnenstraße, Soltstraße). 2. Vortrag des Genossen Eduard Bernheim über: „Die jetzige wirtschaftliche Lage unter besonderer Berücksichtigung der Maschinenindustrie“. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!

Sonntag, den 15. Dezember 1907, vormittags 10 Uhr:

Versammlung
 aller in der Schraubenbranche an Automaten und Einzelbänken beschäftigten Einrichter im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 7.

Tages-Ordnung:
 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Einrichter an Automaten und Einzelbänken. 2. Diskussion.
 In dieser Versammlung sollen wichtige Beschlüsse gefasst werden, daher müssen alle Kollegen zur Stelle sein.
 Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, den 15. Dezember 1907, vormittags 9 1/2 Uhr:

Branchen-Versammlung
 aller in der Metall- und Eisenindustrie beschäftigten Hobler, Bohrer, Stoßer und Fräser im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Genossen Stripp über: „Geinrich Heine mit anschließender Rezitation aus seinen Werken“. 2. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
 Die Kolleginnen der Großbetriebe machen wir ganz besonders auf diese Versammlung aufmerksam.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Mitgliedsbuch legitimiert!

Sonntag, den 15. Dezember 1907, vormittags 10 Uhr:

Versammlung
 aller in den Schleifereien und galvanischen Anstalten beschäft. Kollegen und Kolleginnen im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen Karl Wicke über: „Arbeiterbewegung und die gegenwärtige Krise“. 2. Diskussion. 3. Arbeitsverhältnisse in den Kundenbetrieben.
 Kollegen und Kolleginnen! In Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung erwarten wir zahlreiches und pünktliches Erscheinen. Besonders die Kollegen aus den Kundenbetrieben sind hiermit eingeladen.

Sonntag, den 15. Dezember 1907, vormittags 10 Uhr:

Bezirks-Versammlung
 für Köpenick und Friedrichshagen im Lokale von Fritz Ritter, Bahnhofsstraße 44.

Tages-Ordnung:
 1. Beratung über die Neuorganisation der Zusammenfassung der Generalversammlung. 2. Jahresbericht der Bezirksleitung. 3. Neuwahl der Bezirksleitung. 4. Verschiedenes.
 Zahlreicher Besuch wird erwartet.

Der Weihnachtsfeiertage wegen erfolgt die Auszahlung der Arbeitslosen- und Krankennunterstützung an folgenden Tagen:
 Für den 20. und 21. Dezember am Freitag, 20. Dezember.
 „ „ 22. u. 24. Dezember am Sonnabend, 21. Dezember.
 „ „ 25. und 26. Dezember am Montag, 23. Dezember.
 „ „ 27. und 28. Dezember am Dienstag, 24. Dezember.
 „ „ 29. und 30. Dezember am Freitag, 27. Dezember.
 „ „ 31. Dezember am Sonnabend, 28. Dezember.

Am 30. und 31. Dezember und 1. Januar 1908 bleibt der Arbeitsnachweis und das Bureau der Krankennunterstützung geschlossen!
 Die erste Auszahlung erfolgt wieder am Donnerstag, den 2. Januar 1908.

Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten!
 Den Kollegen zur Nachricht, daß Broschüren im Bureau zu haben sind betreffend die Verhandlungen des Reichstages über den Gewerkschaften betreffend die gewerblichen Berufsvereine. Für Mitglieder ist der Preis 25 Pf. (Buchhändlerpreis 75 Pf.).
 Die Ortsverwaltung.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsg.
 Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.
Sonntag, den 15. Dezbr., vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsstadt-Kasino, Holzmarktstr. 72:

Mitglieder-Versammlung.
Tages-Ordnung:
 1. Bericht des Gewerkschaftsdelegierten Kollegen Pelz. — Verhandlungsangelegenheiten.
 2. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
 Auch werden Billets zum Kastenball ausgeben.
 Um zahlreiches Erscheinen ersucht.
 Der Vorstand.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Bureau: Berlin C. 54, Dragonerstr. 15, Hof I. — Fernsprecher Amt 3, No. 2049.

Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, in den Industrie-Kesseln, Deuthstraße 20:

Außerordentliche Generalversammlung
 des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:
 1. Abrechnung vom Stützungsfest. 2. Das Ergebnis der Verhandlungen in der Einigungsfrage, der Beschluß der 7. Konferenz hierzu und welche Stellung nehmen wir nun ein? 3. Diskussion.
 Der Vorstand: J. U.: H. Juppelath.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:

Sitzung der Ortsverwaltung.

Achtung! Vertrauensleute.
 Die Jahrestelle 62 ist von der Kleinen Andreasstraße 15 nach Krautstr. 36 bei M. Rath verlegt worden.

Südlliche Vororte

Tempelhof, Mariendorf, Mariensfelde.

Montag, den 16. Dezember, abends 5 1/2 Uhr, (gleich nach Feierabend):

Versammlung der Holzarbeiter

im Lokale des Herrn Wolsky, Tempelhof, Berlinerstr. 9.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen R. Leopold über: Die wirtschaftliche Lage und unsere zukünftigen Aufgaben. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.
 Um regen Besuch ersuchen
 Die Obleute: E. Brettkopf, G. Gähler.

Einsetzer.

Die **Bezirksversammlung des I. Bezirkes** findet am **Sonnabendabend 7 1/2 Uhr** bei **Merkowski** statt.
 Die der übrigen Bezirke in den bekannten Lokalen.

Achtung! Steinsetzer Groß-Berlins! Achtung!

Unterbezirk Norden.

Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 Uhr, findet im Lokal von Frisch, Bahstr. 12, eine

Unterbezirksversammlung

statt zwecks Delegiertenwahl zu der am 29. Dezember stattfindenden Konferenz
 Um zahlreiches Besuch ersucht
 Der Vorstand: J. U.: W. Schwes

Arbeitsstätten-Lose. Ziehung 14. Dezember. **mit 90% in bar.**
 Alle Gewinne zahlen sofort.
 Lose a 50 Pf., 11 Lose 5 M.
 Porto u. Liste 50 Pf. extra.
Gustav Haase, Neue König-Porto u. Liste 50 Pf. extra. Straße No. 86.

Spar- und Produktiv-Genossenschaft **Groß-Lichterfelde**
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Außerordentl. Generalversammlung
 Sonntag, d. 22. Dezember 1907, vormittags 10 Uhr, im **Total Kaiserhof am Kronenplatz.**
Tages-Ordnung:
 1. Antrag des Vorstandes auf Liquidation der Genossenschaft. 2. Anträge (§ 14 des Statuts).
 Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches. 140/20*
 Der Vorstand: Fr. Harring.

fette Gänse, fette Enten, junge Hühner, Tauben empfiehlt recollt F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34

Tischler-Verein. (G. S. Nr. 89.)

Sonnabend, den 14. Dezember, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

General-Versammlung.

Wahl des Vorstandes für 1908. Ausgabe der Billets zum Weihnachtsvergügen am 1. Feiertag in Kleinsälen. Das Mitgliedsbuch legitimiert.
 Der wichtigen Tagesordnung wegen erwartet zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Freie Vereinigung der Bauarbeiter

Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 15. Dezember, vormittags 10 1/2 Uhr:

Außerordentliche General-Versammlung
 im Englischen Garten, Alexanderstr. 27 c.

Tages-Ordnung:
 1. Die Einheitsorganisation in unserem Beruf. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten. 4. Wahl der Delegierten zur dritten Konferenz.
 In Anbetracht der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht der Kollegen, bestimmt und pünktlich zu erscheinen.
 Mitgliedsbuch legitimiert, ohne dasselbe kein Zutritt.
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
 Ausgabe der Zeitung in der Versammlung, Versand durch die Post erfolgt nicht.
 Der Vorstand.

Genau!!
 zentrierte Dioptrien taucht man am besten im größten
Optischen Spezialgeschäft von Robert Arnoldi
 Berlin NO., Neue Königstraße 42,
 (eine Minute vom Alexanderplatz).
 Vorzeiger dieses Inzerates gewährt an der Kasse 5 Prozent.

Dr. Crato's Backpulver
 kostet pro Päckchen 10 Pf., 3 Päckchen 25 Pf.
 Gen.-Vertr.: Alfred Hirsch, Augsburgstraße 1.
 Tel.-Amt VI, 5787.
 978L*

Weihnachts-Ausverkauf
Plüsch-Paletots
 prima Velours du Nord, Seiden-Astrachan und engl. Seal, auch f. ganz starke Damen passend in gr. Auswahl, jetzt 36, 45, 60, früh. 60—150 M.
Enorm billig! 2000 Kostüme Enorm billig!
Paletotkleider, Jackettkleider, Sakkokleider
 prima Tuch, in allen neuen Farben 20, 25, 30, 40, 50 M. etc., statt 30—75 M., in englischen Stoffen 12, 15, 20 M., früher 25—50 M.
Liftboy-Kostüme jetzt 15, 18, 20, 25, 30 M., früher 28—52 M.
Garnierte französische Kleider, neueste Phantasiestoffe, 15, 20 M., früher 25—50 M.
Frauerkleider, auch für starke Damen, 20, 25, 30 M.
Tanzstunden- u. Gesellschaftskleider.
Astrachan-Paletots und -Jacketts
 jetzt 12, 15, 20, 25, 30 M. früher 18, 20, 27, 33, 42 M.
Letzte Neuheit! Plüsch- und Velvet-Liftboy-Jacketts, mit eleg. farbiger Westenstickerei, jetzt 18, 20, 30, 40 M., früher 30—60 M.
Frauen-Paletots in Astrachan, prima Tuch und Eskimo, gefüttert, jetzt 15, 20, 25, 30, 40 M., früher 20—60 M.
3000 Kostümröcke und 1000 Blusen.
 in allen Weiten und Größen stets reichhaltig sortiert.
Eskimo-Jacketts und -Paletots
 moderne Fassons, jetzt 8, 10, 12, 15, 20, 25 früher 18, 20, 25, 35.
Elegante Abend- und Theater-Mäntel
 in weichen, hell- und dunkelfarbigen Stoffen, 10, 12, 15 M., früher 20—40 M.
 Aus feinem Tuch in den neuesten Pastellfarben, federleicht u. warmgefüttert, teilweise auf prima Satin, Gloria u. Selde
 20, 30, 40, 50 M., früher 30—85 M.
ca. 1500 Engl. Paletots aus glatten und englischen Phantasiestoffen
 jetzt 8, 10, 12, 14, 16, 18, 21, 25 M.
Backfischpaletots aus glatten und engl. Phantasiestoffen, 6,50, 10, 12 M.
Sielmann & Rosenberg,
 Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.,
 Sonntag, d. 15. u. 22., v. 8—10 u. 12—8 Uhr geöffnet.

Zur Lage der Kleinbauern und ländlichen Arbeiter.

II. Verschiedene Berichte der landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen...

„Braunschweig“ bemerkt: „Der Grundsteuermaßstab hat aber den Vorzug, daß die kleinen und kleinsten Betriebe zu Beiträgen herangezogen werden können, ohne zu große Arbeitslast für solche Veranlagung zu verursachen.“

Ueber 45 Proz. der Grundsteuer erheben dagegen die 8 bayerischen landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen. Die Steigerung der Umlage in den Reihen der Jahre zeigt uns nachstehende Zusammenstellung:

Table with columns: Rechnungsjahr, Oberbayern, Niederbayern, Pfalz, Oberpfalz, Oberfranken, Mittelfranken, Unterfranken, Schwaben. Rows: 1889, 1895, 1900, 1906, 1907.

In „Ostpreußen“ beträgt der Beitrag 67,12 Prozent, in Hessen-Kassau (1906) gar 71 Prozent der Grundsteuer.

Die hohe Unfallziffer verschiedener Berufsvereinigungen zeigt uns, daß die landwirtschaftliche Arbeit an Gefährlichkeit nicht viel hinter der gewerblichen zurückbleibt.

Der Bericht erwähnt ferner, daß der Unternehmer 473 M. für Krankenversicherungsbeiträge zu leisten habe, weil er die vollen Beiträge zöble.

Der alte Trick! Werable Löhne und Uebernahme sämtlicher Kassenleistungen!

Deutschler spricht sich der Bericht der „Hessen“ aus.

„Doppelt wichtig ist diese ganze Frage für die landwirtschaftlichen Berufsvereinigungen, wenn man sich vor Augen hält, daß von den 18 Millionen Unfallversicherter in Deutschland, zu denen die Mitglieder dieser Berufsvereinigungen meistens gehören, etwa 7 1/2 Millionen dem Krankenversicherungszwang überhaupt nicht unterliegen.“

Und wie stellen sich die Berufsvereinigungen zu dieser Frage? „Weimar“ hatte laut Bericht: „für zwei verlorene Perionen die Kosten des Heilverfahrens innerhalb der ersten 13 Wochen übernommen und dafür 144,80 M. verausgabte!“

Die meisten Berichte enthalten die Rubrik gar nicht! Größere Beträge haben dagegen die Berufsvereinigungen „Spreußen“ und „Polen“ aufgewendet.

„Ostpreußen“ verausgabte 13 880,55 M., „Polen“ 33 886,92 M. Letztere Berufsvereinigung hatte laut Bericht die Fürsorge in 431 Fällen übernommen und in 424 Fällen günstige Erfolge zu verzeichnen.“

Aus Industrie und Handel.

Kohlenwucher.

Wir haben mehrfach an Hand amtlicher Nachweise die Steigerung der Kohlenpreise beleuchtet. Für die außerordentliche Verteuerung des Hausbrandes ist in erster Linie die Konvention der Kohlenhändler mit verantwortlich.

Wir wiesen damals schon darauf hin, daß die Kleinhändler sich auf den Leim locken ließen; seien sie erst alle in die Konvention hineingebracht, dann würden die Kohlenproduzenten und Großhändler ihnen den Strick um den Hals legen, sie zu ihren Gunsten machen.

„Dennoch treibt die sozialdemokratische Sekse weiter ihre Blüten und verendet Flugblätter, in denen von einem Ring der Händler die Rede ist. Wir erklären diese erneute Flugblattnotiz kurzerhand für eine infame Lüge.“

Der Bericht erwähnt ferner, daß der Unternehmer 473 M. für Krankenversicherungsbeiträge zu leisten habe, weil er die vollen Beiträge zöble.

Der alte Trick! Werable Löhne und Uebernahme sämtlicher Kassenleistungen!

Deutschler spricht sich der Bericht der „Hessen“ aus.

aber — und das dient zur Erklärung des anscheinend unangemessenen Aufschlages — es werden sich auch keine Handelsartikel finden lassen, deren Betrieb mit derartig hohen Spesen verbunden ist wie gerade Kohlen und Zerkettis. Für einen Lagerraum, in dem für 1000—1500 M. Zerkettis gestapelt werden können, muß in Berlin eine Rente von 600 bis 800 M. gezahlt werden, bei welchem andern Handelsartikel ist dies noch der Fall?

Die Ausfälle, die das Blatt sich gegen den „Vorwärts“ leistet, schenken wir ihm, dafür stellen wir die Frage: warum sagt es nicht klipp und klar, wo die Wucherer sitzen, und warum zeigt es nicht, durch welche Mittel der Wucher ermöglicht wird?

Der Kohlenhändler“ sich darüber auslassen, wer für die Erweiterung der Spannung zwischen Großhandels- und Kleinhandelspreisen verantwortlich ist. Mit Geschimpfe ist nichts getan.

Die Preise auf Stück umgerechnet hatten. Diese Behauptung ist sehr interessant. Der Herr sah unsere ausdrücklich als Stückpreise bezeichneten Notierungen als Gewichtspreise an und fabrizierte auf Grund dessen ein Spottgedicht.

Das Spottgedicht noch nicht preis. Fürwahr, sehr nobel! Ob sich nun das Organ endlich dazu bequemt, nachzuweisen, wer den Kohlenwucher verschuldet und um im Kampfe gegen die Wucherer zu unterstützen? Da wird man lange warten, denn das Blatt benutzte die Kleinhändler als Prellbock, um nicht merken zu lassen, daß es die Interessen der Großhändler wahrnimmt.

Die Goldkäufe der Reichsbank.

In den Jahren 1876 bis 1906 kaufte die Reichsbank für rund 3,34 Milliarden Mark Gold, das macht im Durchschnitt für etwa 107,73 Millionen Mark jährlich.

Die Reichsbank kaufte im Jahre 1888 für 235,94, 1894 für 241,13, 1901 für 264,49 Millionen Mark Gold von der Reichsbank angekauft. In den letzten sieben Jahren kaufte die Reichsbank für 885,16 Millionen Mark Gold auf oder durchschnittlich für 119,81 Millionen jährlich.

Rheinisch-Westfälisches Elektrizitätswerk Akt.-Ges. in Essen. Der Stromabgab des Essener Werkes stieg von 22 744 874 auf 37 247 409 Kilowattstunden und die Einnahmen von 2 143 680 auf 3 194 123 M.

Der Bruttoüberschuß beträgt 2 915 220 M. gegen 1 405 005 M. im Vorjahre. Nach Vornahme von 957 731 M. (701 675 M.) Abschreibungen und Rücklagen gelangte eine Dividende von 7 (6) Proz. in Vorschlag.

Das erste Quartal des neuen Geschäftsjahres zeigt gegen das erste Quartal des Berichtsjahres eine weitere Zunahme der Stromabgabe von 53 Proz. Sowohl das Kabelnetz wie auch die Maschinen- und Kesselanlagen mußten wiederum erweitert werden, um den Anforderungen zu genügen.

Verzweiflung der Schifffahrt. Aus Mailand wird berichtet: Die Verhandlungen der italienischen Schifffahrtsgesellschaften behufs Gründung eines Syndikats haben in allen Hauptpunkten zu einer Verständigung geführt.

Die Verhandlungen der Schifffahrtsgesellschaften behufs Gründung eines Syndikats haben in allen Hauptpunkten zu einer Verständigung geführt.

Die Verhandlungen der Schifffahrtsgesellschaften behufs Gründung eines Syndikats haben in allen Hauptpunkten zu einer Verständigung geführt.

Einladung

General-Versammlung

am Montag, den 16. Dezember 1907, abends 8 Uhr, im „Rheinschloß“, Friedenau, Rheinstraße 69.

Tages-Ordnung:

- 1. Vortrag von Frau Dr. David: „Warum haben wir eine Kohlennot?“

Friedenau, den 12. Dezember 1907.

Konjum.-Verein Friedenau und Umgebung

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.

Der Aufsichtsrat G. Gulde, Vorsitzender.

Arbeiter-Berufs-Kleidung

Aeltestes Spezial-Geschäft

3 Mühlendamm 3

und Kottbuserdamm 95.

Adolf Wecker.

Hüte

In allen Preislagen.

R. Weidner, Hutmacher

Dresdenerstr. 100, Prinzstr.

Hygienische Bedarfsartikel

Gummiwaren, 1000e Anork.

V. Prof. u. Aerzt empf. bill.

Apoth. S. Schweitzer Fab. byg. Präp., Berlin O., Holzmarktstr. 69-70. OZ verlang

Advertisement for Bial & Freund, Breslau 2, featuring Gramophone, Zithern, Phonographen, and Musikwerke. Includes a large illustration of a gramophone and a list of products.

H. Greifenhagen Nacht.

Brunnenstrasse 17-18

Veteranenstrasse 1-2

Freitag, Sonnabend

Gratis-Photographie-Bons

bei einem Einkauf von 5 Mark an
und

Doppelte Rabatt-Marken

Ferner

Extra preiswerte Angebote in Lebensmitteln

Wurstwaren

Feine Leberwurst	Pfd. 95 Pfl.
Landleberwurst	Pfd. 85 Pfl.
Delikatess-Leberwurst	Pfd. 65 Pfl.
Zwiebel-Leberwurst	Pfd. 45 Pfl.
Braunschweig. Mettwurst	Pfd. 90 Pfl.
Westfäl. Mettwurst	Pfd. 95 Pfl.
Fleischwurst (Hansschlachten)	Pfd. 95 Pfl.
Prima Rotwurst	Pfd. 75 Pfl.
Landblutwurst geräuchert	Pfd. 50 Pfl.
Prima Cervelatwurst	Pfd. 1.25
Prima Salamiwurst	Pfd. 1.25

Hülsenfrüchte

Prima Erbsen enthält	2 Pfd. 58 Pfl.
Prima halbe Erbsen	18 50 Pfl.
Prima Victoria-Erbsen	18 50 Pfl.
Prima grüne Erbsen	16 45 Pfl.
Pr. grosse weisse Bohnen	20 55 Pfl.
Pr. kleine weisse Bohnen	15 43 Pfl.
Prima Riesen-Linsen	35 Pfl. 1.00
Prima Mittel-Linsen	28 75 Pfl.
Rangoon-Reis	35 Pfl. prima 45 Pfl.
Java Reis	55 Pfl. prima 65 Pfl.
Prima Pflaumenmus	Pfd. 25 Pfl.

Prima Oderbrucher Fettgänse Pfd. 58 Pfl.

Delikatess-Kasseler Pfd. 68 Pfl.

Gänsepökelfleisch Pfd. 68 Pfl.

Schinkenspeck in ganzen und 1/2 Stücken Pfd. 95 Pfl.

Feiner Räucher-Lachs in Stücken Pfd. 80 Pfl.

Käse

Hochfeiner Tilsiter	Pfd. 60 Pfl.
Fromage de Brie	Pfd. 80 Pfl.
Prima Sahnenkäse	Stück 18 Pfl.
Camembert »Hansa«	Stück 22 Pfl.
Hochfeiner Limburger	Stück 60 Pfl.

Backartikel

Weizenmehl Prima	35 85 Pfl.
Weizenmehl hochfein	38 95 Pfl.
Feinstes Auszugmehl	45 Pfl. 1.10
Backpulver	20 Pfl.
Vanillezucker	20 Pfl.

Haushalt-Cacao Pfund 1.25

Haushalt-Schokolade Pfund 85 Pfl.

Gebrannter Kaffee (Spezialmarke) 1/3 Pfund 45 Pfl.

Kochzucker ff. 6 Pfund 95 Pfl.

„Herbalin“, feinste Pflanzenbutter, vorzügl. zum Kochen u. Backen Pfund 58 Pfl.

Apfelsinen 10 Stück 25 Pfl.

Tafeläpfel 3 Pfund 35 Pfl.

Tafelbirnen Pfund 25 Pfl.

Prima Wallnüsse Pfund 32 Pfl.

Prima Haselnüsse Pfund 45 Pfl.

Pfefferkuchen, Weihnachts-Confituren, Christbaumschmuck

in grosser Auswahl

*) Mit Ausnahme einiger Artikel.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Weihnachtsprämien

für unsere Abonnenten.

Sie empfehlen unseren Lesern

Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke

in vorzüglicher Ausstattung, gebunden in zwei eleganten Leinenbänden, statt zu dem bisherigen Preise von 5.- Mark für nur 3.- Mark. (Porto nach ausserhalb 50 Pf.) Die politischen und sozialen Gedichte Freiligraths sollen die Arbeiter veranlassen, diesen Dichter des Kampfes mehr als bisher kennen zu lernen.

Ferner liefern wir in einer neuen illustrierten Ausgabe ebenfalls zum Vorgugspreise:

Friedrich Gerfäkers Werke

in zwei Bänden gebunden und über 1000 Seiten stark, zum Preise von 3.50 Mark. (Porto nach ausserhalb 50 Pf.) In seinen romantischen Romanen verbindet er die Schilderung vorzüglicher Naturbeschreibungen, namentlich des amerikanischen Westens, mit prächtigen Naturstudien.

Von unseren früheren Fechten-Ausgaben haben wir noch einen kleinen Rest am Lager und empfehlen wir:

Franz Grillparzers sämtliche Werke.

Neue illustrierte Ausgabe in zwei Bänden, herausgegeben und mit Einleitung versehen von Rudolf u. Ottilie Hall. Das Werk ist gut ausgestattet, umfasst über 1000 Seiten und kostet ebenfalls nur 3.- Mark. (Porto nach ausserhalb 50 Pf.)

Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Ausgabe, zwei Bände, elegant gebunden, circa 1200 Seiten umfassend, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch. Preis nur 3.- Mark. (Porto nach ausserhalb 50 Pf.)

Arbeiter-Bekleidung

Größtes Spezialgeschäft
Kohnen & Jöring
Hauptgeschäft: Alexanderstraße 12
zwischen Alexanderpl. u. Jannowitzbr.
2. Geschäft: Landsberger Allee 148,
Ecke Langenbookstraße.
Berufskleidung
f. alle Zweige d. Industrie u. Gewerke.

Berliner Arbeiter-
Radfahrer-Verein
Mitglied des Arbeiter-
Radfahrer-Bundes
„Solidarität“.

Touren

Sonntag, den 15. Dezember:

2. Abt. 1 1/2 Uhr: Tour nach am Start Fontane-Promenade bekannt gemacht.

3. Abt. 1 Uhr: Mühlentee (Baerth).

4. und 6. Abt. 1 1/2 Uhr: Kaulsdorf (Wds). Start: 4. Abteilung: Küstrinerplatz. 6. Abt.: Genossenschaft, Oberbergstr. 30.

5. Abt. 2 Uhr: Johannisthal (Schulz). Start: Götterstr.

7. Abt. 2 Uhr: Wilmersdorf. Start: Götterstr. 21.

8. Abt.: Sonntag, den 16. Dezember: Außerordentliche Neuerungsvorstellung nachmittags 3 Uhr, bei Wds, Götterstr. 22.

Das Organist jedes Mitgliedes ist erwünscht. 22/13

Gäste willkommen.

Montag, den 16. Dezember, abends 9 1/2 Uhr, Neue Friedrichstr. 2:

Vorstandssitzung.

Gesundheits-Pfeifen,

Jagd-, Klub-, Shag-, lange und halblange Weichspitzen, Moersch-Weichsel-, Zigarren- u. Zigaretten-spitzen, Prim- und Schnupftabakdoson, Pfeifenteile, Tabaksbeutel und Spazierstöcke.

Karl Schubert, Küstriner-Platz 6.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten. Woll-Resete! Moquette. Plüsch- u. Sattelrasen. Muster b. n. h. Angabe franko. **Emil Lefevre, Oranienstr. 158.**

Achtung! Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinrichtern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Ausflüchten, die wir als nicht haltbar nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu rufen.

Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Entschlusse einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.

Dank der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitlöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen.

Wir ersuchen daher mit Gegenwärtigen die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabenmoderobe in Zukunft

nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

Norden:

„**Offnung**“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnstr. 155.

Nur von dieser Firma in den Handel gebrachten Waren werden zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen dieses daher ganz besonders.

Baer Sohn, Chausseestr. 20/30.

Diese Firma unterhält eine Betriebswerkstätte für 21 Arbeiter und hat die neuzeitliche Arbeitszeit eingeführt.

D. Perleberg, Chausseestr. 63;

„**Offnung**“, Turmstr. 19.

„**Offnung**“, Rosenthalerstr. 9.

„**Offnung**“, Chausseestr. 85.

Diese Firma stellt einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her. Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthalerstraße 55.

Osten:

Baer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.

Haake, Landsbergerstr. 91.

„**Offnung**“, Gr. Frankfurterstr. 137.

Amerikanische Verkaufshallen, Frankfurter Allee 156.

Vindbaum, Gr. Frankfurterstr. 111,

hat nachstehende eine Werkstatt für einen geringen Teil nachschneider eingerichtet.

Süden:

Baer Sohn, Weidenstr. 11.

Eders u. Dyckhoff, Oranienstr. 48.

Geitinger, Deutsche Comp., Oranienstr. 40/41,

haben einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.

Leske u. Lehrer, Kotluiser Damm 78.

Vormann, Kotluiser Damm 77.

„**Offnung**“, Kotluiser Damm 20/30.

Westen:

„**Offnung**“, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt:

S. Adam, Leipzigstr. 27/28.

Peel u. Cloppenburg, Gertraudenstr. 26/27.

Rabich u. Co., Rosenthalerstr. 3.

Philipp Fabick, Rosenthalerstr. 1.

Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.

Sachs, Gr. Frankfurterstr. 182.

Max Schendel, Rosenthalerstr. 8.

Alex. Bohne, Landsbergerstr. 79.

Behrend, Grüner Weg 81.

Ringel, Chausseestr. 31, Brunnstr. 47.

Leiwig u. Co., Brunnstr. 50, Wilmers-

dorfstr. 47.

Vendit, Brunnstr. 68.

Littmann, Oranienstr. 2.

Joseph Wandt, Chausseestr. 80a.

Th. Juras, Chausseestr. 79.

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.
Die Ortsverwaltung.